

DEUTSCHSPRACHIGE GEMEINSCHAFT COMMUNAUTE GERMANOPHONE — DUITSTALIGE GEMEENSCHAP

MINISTERIUM DER DEUTSCHSPRACHIGEN GEMEINSCHAFT

D. 2009 — 3136

[2009/203925]

25. MAI 2009 — Dekret über Maßnahmen im Unterrichtswesen und in der Ausbildung 2009

Das Parlament der Deutschsprachigen Gemeinschaft hat das Folgende angenommen und wir, Regierung, sanktionieren es:

KAPITEL I - *Anerkennung von Berufsqualifikationen und Vergabe von Konformitätsbescheinigungen für Anwerbungsämter im Unterrichtswesen*

Abschnitt 1 - Anerkennung von Berufsqualifikationen

Artikel 1 - Umsetzung der Richtlinie

Vorliegendes Kapitel dient der teilweisen Umsetzung der Richtlinie 2005/36/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 7. September 2005 über die Anerkennung von Berufsqualifikationen.

Die Richtlinie legt die Vorschriften fest, nach denen die Deutschsprachige Gemeinschaft, die den Zugang zu einem reglementierten Beruf oder dessen Ausübung an den Besitz bestimmter Berufsqualifikationen knüpft, für den Zugang zu diesem Beruf und dessen Ausübung in der Deutschsprachigen Gemeinschaft die in einem oder mehreren anderen Mitgliedstaaten erworbenen Berufsqualifikationen anerkennt, die ihren Inhaber berechtigen, dort denselben Beruf auszuüben.

Artikel 2 - Definitionen

§ 1 - Für die Anwendung des vorliegenden Kapitels versteht man unter:

1. reglementierte Berufe: alle Ämter des Lehrpersonals in Einrichtungen des Regel- und Förderschulwesens für Vor-, Primar- und Sekundarschulunterricht, der schulischen Weiterbildung und des Teilzeit-Kunstunterrichts;

2. Berufsqualifikationen: Qualifikationen, die durch einen Ausbildungsnachweis, einen Befähigungsnachweis gemäß Artikel 4 Nummer 1 Buchstabe a) und/oder Berufserfahrung nachgewiesen werden;

3. Ausbildungsnachweise: Diplome, Prüfungszeugnisse und sonstige Befähigungsnachweise, die von einer Behörde eines Mitgliedstaats, die entsprechend dessen Rechts- und Verwaltungsvorschriften benannt wurde, für den Abschluss einer überwiegend in der Europäischen Gemeinschaft absolvierten Berufsausbildung ausgestellt werden;

4. zuständige Behörde: jede von den Mitgliedstaaten mit der besonderen Befugnis ausgestattete Behörde oder Stelle, Ausbildungsnachweise und andere Dokumente oder Informationen auszustellen beziehungsweise entgegenzunehmen sowie Anträge zu erhalten und Beschlüsse zu fassen, auf die im vorliegenden Dekret abgezielt wird;

5. reglementierte Ausbildung: Ausbildung, die speziell auf die Ausübung eines bestimmten Berufes ausgerichtet ist und aus einem abgeschlossenen Ausbildungsgang oder mehreren abgeschlossenen Ausbildungsgängen besteht, der oder die gegebenenfalls durch eine Berufsausbildung, durch ein Berufspraktikum oder durch Berufspraxis ergänzt wird oder werden;

6. Berufserfahrung: tatsächliche und rechtmäßige Ausübung des betreffenden Berufs in einem Mitgliedstaat;

7. Konformitätsbescheinigung: Verwaltungserklärung, die bestätigt, dass eine in einem anderen Mitgliedstaat verliehene Berufsqualifikation Zugang zu einem oder mehreren Anwerbungsämtern, die in den gesetzlichen, dekretalen und verordnungsrechtlichen Bestimmungen über das Statut der Personalmitglieder des Unterrichtswesens festgelegt sind, gewährt;

8. Mitgliedstaat: Mitgliedstaat der Europäischen Union sowie Island, Liechtenstein, Norwegen und die Schweiz sobald die Richtlinie 2005/36/EG in diesen Ländern Anwendung findet;

9. Antragsteller: Staatsangehörige eines Mitgliedstaates;

10. Herkunftsmitgliedstaat: Mitgliedstaat, mit Ausnahme Belgiens, in dem der Antragsteller eine oder mehrere Berufsqualifikationen erworben hat;

11. Drittstaat: anderer Staat als die in Nummer 8 angeführten Mitgliedstaaten;

12. Regierung: Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft.

§ 2 - Einem Ausbildungsnachweis gleichgestellt ist jeder in einem Drittstaat ausgestellte Ausbildungsnachweis, sofern sein Inhaber in dem betreffenden Beruf drei Jahre Berufserfahrung im Hoheitsgebiet des Mitgliedstaats, der diesen Ausbildungsnachweis anerkannt hat, besitzt und dieser Mitgliedstaat diese Berufserfahrung bescheinigt.

Artikel 3 - Wirkung der Anerkennung

Die Anerkennung der Berufsqualifikationen durch die Deutschsprachige Gemeinschaft ermöglicht der begünstigten Person, in der Deutschsprachigen Gemeinschaft denselben Beruf wie den, für den sie in ihrem Herkunftsmitgliedstaat qualifiziert ist, aufzunehmen und unter denselben Voraussetzungen auszuüben wie ein Inhaber der von der Deutschsprachigen Gemeinschaft geforderten Berufsqualifikation.

Für die Zwecke dieses Kapitels ist der Beruf, den der Antragsteller in der Deutschsprachigen Gemeinschaft ausüben möchte, derselbe wie derjenige, für den er in seinem Herkunftsmitgliedstaat qualifiziert ist, wenn die Tätigkeiten, die dieser Beruf dort umfasst, vergleichbar sind.

Artikel 4 - Qualifikationsniveaus

Für die Anwendung von Artikel 6 werden die Berufsqualifikationen den nachstehenden Niveaus wie folgt zugeordnet:

1. Befähigungsnachweis, den eine zuständige Behörde des Herkunftsmitgliedstaats, die entsprechend dessen Rechts- und Verwaltungsvorschriften benannt wurde, ausstellt

a) entweder aufgrund einer Ausbildung, für die kein Zeugnis oder Diplom im Sinne der Nummern 2, 3, 4 oder 5 erteilt wird, oder einer spezifischen Prüfung ohne vorhergehende Ausbildung oder aufgrund der Ausübung des Berufs als Vollzeitbeschäftigung in einem Mitgliedstaat während drei aufeinander folgender Jahre oder als Teilzeitbeschäftigung während eines entsprechenden Zeitraums in den letzten zehn Jahren;

b) oder aufgrund einer allgemeinen Schulbildung von Primar- oder Sekundarniveau, wodurch dem Inhaber des Befähigungsnachweises bescheinigt wird, dass er Allgemeinkenntnisse besitzt.

2. Zeugnis, das nach Abschluss einer Ausbildung auf Sekundarniveau erteilt wird:

a) entweder aufgrund einer allgemeinbildenden Sekundarausbildung, die durch eine Fach- oder Berufsausbildung, die keine Fach- oder Berufsausbildung im Sinne von Nummer 3 ist, und/oder durch ein neben dem Ausbildungsgang erforderliches Berufspraktikum oder eine solche Berufspraxis ergänzt wird;

b) oder aufgrund einer technischen oder berufsbildenden Sekundarausbildung, die gegebenenfalls durch eine Fach- oder Berufsausbildung gemäß Buchstabe a) und/oder durch ein neben dem Ausbildungsgang erforderliches Berufspraktikum oder eine solche Berufspraxis ergänzt wird.

3. Diplom, das erteilt wird nach Abschluss:

a) einer postsekundären Ausbildung von mindestens einem Jahr oder einer Teilzeitausbildung von entsprechender Dauer, die keine postsekundäre Ausbildung im Sinne der Nummern 4 und 5 ist und für die im Allgemeinen eine der Zugangsbedingungen der Abschluss einer zum Universitäts- oder Hochschulstudium berechtigenden Sekundarausbildung oder eine abgeschlossene entsprechende Schulbildung der Sekundarstufe II ist, sowie der Berufsausbildung, die gegebenenfalls neben der postsekundären Ausbildung gefordert wird;

b) oder - im Falle eines reglementierten Berufs - eines dem Ausbildungsniveau gemäß Buchstabe a) entsprechenden besonders strukturierten Ausbildungsgangs, der eine vergleichbare Berufsbefähigung vermittelt und auf eine vergleichbare berufliche Funktion und Verantwortung vorbereitet.

4. Diplom, das erteilt wird nach Abschluss einer postsekundären Ausbildung von mindestens drei und höchstens vier Jahren oder einer dieser Dauer entsprechenden Teilzeitausbildung an einer Universität oder Hochschule oder einer anderen Ausbildungseinrichtung mit gleichwertigem Ausbildungsniveau sowie der Berufsausbildung, die gegebenenfalls neben dem Studium gefordert wird.

5. Nachweis, mit dem dem Inhaber bestätigt wird, dass er einen postsekundären Ausbildungsgang von mindestens vier Jahren oder einer dieser Dauer entsprechenden Teilzeitausbildung an einer Universität oder einer Hochschule oder in einer anderen Ausbildungseinrichtung mit gleichwertigem Niveau und gegebenenfalls die über den postsekundären Ausbildungsgang hinaus erforderliche berufliche Ausbildung erfolgreich abgeschlossen hat.

Artikel 5 - Gleichgestellte Ausbildungslehrgänge

Jeder Ausbildungsnachweis oder jede Gesamtheit von Ausbildungsnachweisen, die von einer zuständigen Behörde in einem Mitgliedstaat ausgestellt wurde, insofern sie eine in der Europäischen Gemeinschaft erworbene Ausbildung bescheinigen, die von diesem Mitgliedstaat als gleichwertig anerkannt werden und in Bezug auf die Aufnahme oder Ausübung eines Berufs dieselben Rechte verleihen oder auf die Ausübung dieses Berufs vorbereiten, sind Ausbildungsnachweisen nach Artikel 4 gleichgestellt, auch in Bezug auf das entsprechende Niveau.

Unter den Voraussetzungen des Absatzes 1 sind solchen Ausbildungsnachweisen Berufsqualifikationen gleichgestellt, die zwar nicht den Erfordernissen der Rechts- oder Verwaltungsvorschriften des Herkunftsmitgliedstaats für die Aufnahme oder Ausübung eines Berufs entsprechen, ihrem Inhaber jedoch erworbene Rechte gemäß diesen Vorschriften verleihen. Dies gilt insbesondere, wenn der Herkunftsstaat das Niveau der Ausbildung, die für die Zulassung zu einem Beruf oder für dessen Ausübung erforderlich ist, anhebt und wenn eine Person, die zuvor eine Ausbildung durchlaufen hat, die nicht den Erfordernissen der neuen Qualifikation entspricht, aufgrund nationaler Rechts- oder Verwaltungsvorschriften erworbene Rechte besitzt; in einem solchen Fall stuft die Deutschsprachige Gemeinschaft zur Anwendung von Artikel 6 diese zuvor durchlaufene Ausbildung als dem Niveau der neuen Ausbildung entsprechend ein.

Artikel 6 - Anerkennungsbedingungen

§ 1 - Wird die Aufnahme oder Ausübung eines reglementierten Berufs in der Deutschsprachigen Gemeinschaft von dem Besitz bestimmter Berufsqualifikationen abhängig gemacht, gestattet die Regierung den Antragstellern, die den Befähigungs- oder Ausbildungsnachweis besitzen, der in einem anderen Mitgliedstaat erforderlich ist, um in dessen Hoheitsgebiet die Erlaubnis zur Aufnahme oder Ausübung dieses Berufs zu erhalten, die Aufnahme und Ausübung dieses Berufs in der Deutschsprachigen Gemeinschaft unter denselben Voraussetzungen wie einem Inhaber der von ihr geforderten Berufsqualifikation.

Die Befähigungs- oder Ausbildungsnachweise müssen

1. in einem Mitgliedstaat von einer entsprechend dessen Rechts- und Verwaltungsvorschriften benannten zuständigen Behörde ausgestellt worden sein;

2. bescheinigen, dass das Berufsqualifikationsniveau des Inhabers gemäß Artikel 4 mindestens dem Niveau entspricht, das unmittelbar unter dem von der Deutschsprachigen Gemeinschaft geforderten Niveau liegt;

§ 2 - Die Aufnahme und die Ausübung eines Berufs gemäß § 1 müssen dem Antragsteller ebenfalls gestattet werden, wenn er diesen Beruf vollzeitig zwei Jahre lang in den zurückliegenden zehn Jahren in einem anderen Mitgliedstaat, der diesen Beruf nicht reglementiert, ausgeübt hat, sofern er im Besitz eines oder mehrerer Befähigungs- oder Ausbildungsnachweise ist.

Die Befähigungs- oder Ausbildungsnachweise müssen

1. in einem Mitgliedstaat von einer entsprechend dessen Rechts- und Verwaltungsvorschriften benannten zuständigen Behörde ausgestellt worden sein;

2. bescheinigen, dass das Berufsqualifikationsniveau des Inhabers gemäß Artikel 4 mindestens dem Niveau entspricht, das unmittelbar unter dem von der Deutschsprachigen Gemeinschaft geforderten Niveau liegt;

3. bescheinigen, dass der Inhaber auf die Ausübung des betreffenden Berufs vorbereitet wurde.

Artikel 7 - Mängel und Ausgleichsmaßnahmen

Artikel 6 hindert die Regierung nicht daran, in einem der nachstehenden Fälle vom Antragsteller verlangen, dass er einen höchstens dreijährigen Anpassungslehrgang absolviert oder eine Eignungsprüfung ablegt:

1. wenn die Ausbildungsdauer, die er gemäß Artikel 6 § 1 oder § 2 nachweist, mindestens ein Jahr unter der in der Deutschsprachigen Gemeinschaft geforderten Ausbildungsdauer liegt;

2. wenn seine bisherige Ausbildung sich auf Fächer bezieht, die sich wesentlich von denen unterscheiden, die durch den Ausbildungsnachweis abgedeckt werden, der in der Deutschsprachigen Gemeinschaft vorgeschrieben ist;

3. wenn der reglementierte Beruf in der Deutschsprachigen Gemeinschaft eine oder mehrere reglementierte berufliche Tätigkeiten umfasst, die im Herkunftsmitgliedstaat des Antragstellers nicht Bestandteil des entsprechenden reglementierten Berufs im Sinne des Artikels 3 Absatz 2 sind, und wenn dieser Unterschied in einer besonderen Ausbildung besteht, die in der Deutschsprachigen Gemeinschaft gefordert wird und sich auf Fächer bezieht, die sich wesentlich von denen unterscheiden, die von dem Befähigungs- oder Ausbildungsnachweis abgedeckt werden, den der Antragsteller vorlegt.

Wenn die Regierung von der in Absatz 1 angeführten Möglichkeit Gebrauch macht, hat der Antragsteller die Wahl zwischen dem Anpassungslehrgang und der Eignungsprüfung. Im Vorfeld überprüft die Regierung, ob die vom Antragsteller während seiner Berufserfahrung erworbenen Kenntnisse die wesentlichen in Absatz 1 Nummern 1 bis 3 angeführten Unterschiede ganz oder teilweise ausgleichen.

Die Regierung legt die weiteren Modalitäten zur Ausführung der Ausgleichsmaßnahmen fest.

Abschnitt 2 - Vergabe von Konformitätsbescheinigungen für Anwerbungsämter im Unterrichtswesen

Artikel 8 - Erforderlicher Titel

Ein Studienachweis, der in einem Mitgliedsstaat verliehen wurde und dem eine Konformitätsbescheinigung beigelegt ist, ist ein erforderlicher Titel im Sinne der gesetzlichen, dekretalen und verordnungsrechtlichen Bestimmungen über das Statut der Personalmitglieder des Unterrichtswesens in der Deutschsprachigen Gemeinschaft.

Artikel 9 - Antragsverfahren

§ 1 - Um eine Konformitätsbescheinigung zu erhalten reicht der Antragsteller bei der Regierung einen Antrag ein, der mindestens folgende Angaben umfasst:

1. das Antragsformular;
2. eine Abschrift der Ausbildungsnachweise;
3. eine vollständige Aufstellung der belegten Fächer der absolvierten Berufsqualifikation;
4. eine Erklärung einer zuständigen Behörde des Mitgliedstaates, in dem die Berufsqualifikation stattgefunden hat, aus der hervorgeht, dass der Antragsteller den gesetzlichen Titel der Berufsqualifikation, gegebenenfalls mit der Abkürzung, tragen darf.

Die Regierung ist berechtigt, zusätzliche Dokumente und Informationen anzufragen.

Sobald die Akte vollständig ist, bestätigt die Regierung dies dem Antragsteller.

Wenn die Regierung einen berechtigten Zweifel an der Echtheit einer vorgelegten Abschrift hat, kontaktiert sie die zuständige Behörde, die das Dokument ursprünglich ausgestellt hat. Ersatzweise und mittels begründetem Schreiben kontaktiert die Regierung den Antragsteller, der die Abschrift vorgelegt hat. So lange letzterer die Abschrift des Originaldokumentes nicht vorlegt, wird das Verfahren ausgesetzt.

§ 2 - Das Antragsformular umfasst mindestens folgende Angaben:

1. Name und Vorname des Antragstellers;
2. Geburtsdatum und Geburtsort;
3. Staatsangehörigkeit;
4. Kontaktadresse;
5. Regelstudienzeit für die absolvierte Berufsqualifikation;
6. genaue Bezeichnung der Ausbildungsnachweise;
7. eventuell Nachweise über Praktika;
8. Berufserfahrung;
9. das Amt und gegebenenfalls die Unterrichte, Spezialisierungen und Studienjahre, in denen er dieses Amt im Herkunftsmitgliedstaat ausüben darf;
10. den gesetzlichen Titel der Berufsqualifikation, gegebenenfalls mit der Abkürzung, ausgestellt im Herkunftsmitgliedstaat sowie der Name und der Ort der Unterrichtseinrichtung oder des Prüfungsausschusses, der diesen Titel verliehen hat.

Artikel 10 - Konformitätsbescheinigung

Die Konformitätsbescheinigung umfasst mindestens folgende Angaben:

1. Name und Vorname des Antragstellers;
2. Geburtsdatum und Geburtsort;
3. Staatsangehörigkeit;
4. Regelstudienzeit für die absolvierte Berufsqualifikation;
5. genaue Bezeichnung der Ausbildungsnachweise;
6. eventuell Nachweise über absolvierte Praktika;
7. Berufserfahrung;
8. gegebenenfalls das Amt und die Unterrichte, Spezialisierungen und Studienjahre, in denen er dieses Amt in der Deutschsprachigen Gemeinschaft ausüben darf;
9. gegebenenfalls die Besoldungsstufe oder die Besoldungsstufen, im Zusammenhang mit den Angaben zu Nummer 8;
10. den gesetzlichen Titel der Ausbildung, gegebenenfalls mit der Abkürzung, ausgestellt im Herkunftsmitgliedstaat sowie der Name und der Ort der Unterrichtseinrichtung oder des Prüfungsausschusses, der diesen Titel verliehen hat;
11. das Datum der Ausstellung der Konformitätsbescheinigung.

Artikel 11 - Ausstellung der Konformitätsbescheinigung

§ 1 - Die Regierung trifft eine der folgenden Entscheidungen:

1. eine Konformitätsbescheinigung wird ausgestellt;
2. eine Konformitätsbescheinigung wird zu diesem Zeitpunkt nicht ausgestellt, da der Antragsteller die in Artikel 7 Absatz 1 angeführten festgestellten Mängel durch die in Artikel 7 Absatz 2 angeführten Ausgleichsmaßnahmen zu beheben hat;
3. eine Konformitätsbescheinigung wird nicht ausgestellt, da die Anerkennungsbedingungen gemäß Abschnitt 1 nicht erfüllt werden.

Die Regierung trifft eine der in Absatz 1 angeführten Entscheidungen innerhalb von vier Monaten nach Einreichen der vollständigen Akte.

§ 2 - Der Antragsteller erhält eine Konformitätsbescheinigung, sobald die Mängel durch die in Artikel 7 Absatz 2 angeführten Ausgleichsmaßnahmen behoben wurden.

KAPITEL II - Festlegung der wesentlichen Elemente der Fachausbildung der Sekundarschulleiter

Artikel 12 - Festlegung der wesentlichen Elemente der Fachausbildung der Sekundarschulleiter

Die wesentlichen Elemente der Fachausbildung der Sekundarschulleiter, die in Artikel 121sexies § 3 des Königlichen Erlasses vom 22. März 1969 zur Festlegung des Statuts der Mitglieder des Direktions- und Lehrpersonals, des Erziehungshilfspersonals, des paramedizinischen und sozialpsychologischen Personals der staatlichen Einrichtungen für Vor-, Primar-, Förder-, Mittel-, technischen, Kunst- und Normalschulunterricht und der von diesen Einrichtungen abhängenden Internate sowie der Personalmitglieder des mit der Aufsicht über diese Einrichtungen beauftragten Inspektionsdienstes und in Artikel 69.5 § 3 des Dekretes vom 14. Dezember 1998 zur Festlegung des Statutes der subventionierten Personalmitglieder des freien subventionierten Unterrichtswesens und des freien subventionierten Psycho-Medizinisch-Sozialen Zentrums angeführt sind, werden im Anhang festgelegt.

Artikel 13 - Nachweis der Fachausbildung und Anrechenbarkeit von Weiterbildungen

Die Fachausbildung als Sekundarschulleiter kann über Weiterbildungen erfolgen, die im Auftrag der Deutschsprachigen Gemeinschaft oder durch externe Einrichtungen angeboten werden.

Im Falle von Weiterbildungen bei externen Einrichtungen nimmt die Anrechenbarkeit auf die Fachausbildung vor:

- bei schulträgerübergreifenden Modulen: die Regierung;
- bei dem schulträgerinternen Modul: der jeweilige Schulträger.

Die Anrechenbarkeit setzt in jedem Fall nicht nur die Teilnahme an der Weiterbildung voraus, sondern ebenfalls den Nachweis, dass der Teilnehmer eine schriftliche oder mündliche Prüfung erfolgreich abgelegt beziehungsweise bei einer Hausarbeit eine positive Bewertung erhalten hat.

KAPITEL III - Schulmediotheken im Regelsekundarschulwesen

Artikel 14 - Auftrag der Schulmediothek

Die Schulmediothek unterstützt den Unterrichts- und Erziehungsauftrag der Schule und schafft die Voraussetzungen dafür, dass den Schülern gemäß den Anforderungen der Rahmenpläne und der Lehrpläne Lese- und Informationskompetenz unter optimalen Voraussetzungen vermittelt werden können.

Artikel 15 - Anerkennungsbedingungen und -verfahren

§ 1 - Eine Schulmediothek kann anerkannt werden, wenn:

1. sie den von der Regierung festgelegten Raum- und Ausstattungsanforderungen genügt;
2. sie in Bezug auf den Medienbestand den von der Regierung festgelegten qualitativen und quantitativen Kriterien genügt;
3. sie von einem in Artikel 14 angeführten Lehrer-Mediothekar geleitet wird.

§ 2 - Die Regierung erteilt die Anerkennung auf der Grundlage eines Antrags des Schulträgers und eines begründeten Gutachtens des Beauftragten für das Schulmediothekswesen. Die Anerkennung gilt ab dem ersten Tag eines Schuljahres und kann nicht rückwirkend ausgesprochen werden.

Die Regierung bezeichnet den Beauftragten für das Schulmediothekswesen und legt die näheren Modalitäten des Anerkennungsverfahrens fest.

§ 3 - Die Regierung kann die Anerkennung einer Schulmediothek rückgängig machen, wenn sie eine oder mehrere der in § 1 aufgeführten Bedingungen nicht mehr erfüllt oder dem in Artikel 14 definierten Auftrag nicht gerecht wird. Eine Rückgängigmachung der Anerkennung kann auf der Grundlage eines begründeten Gutachtens des Beauftragten für das Schulmediothekswesen und nach Anhörung des Leiters der Mediothek sowie der in Artikel 17 angeführten Mediothekskommission der betreffenden Schule erfolgen.

Die Regierung legt die näheren Modalitäten des weiteren Verfahrens zur Rückgängigmachung der Anerkennung fest.

Artikel 16 - Schaffung einer Stelle eines Lehrer-Mediothekars

§ 1 - In einer Regelsekundarschule, in der eine von der Regierung anerkannte Mediothek besteht, wird eine Vollzeitstelle eines Lehrer-Mediothekars organisiert beziehungsweise subventioniert.

In Abweichung von Absatz 1 wird die Stelle eines Lehrer-Mediothekars auf Antrag des Schulträgers bereits ab dem Tag des gemäß Artikel 15 eingereichten Antrags auf Anerkennung organisiert oder subventioniert. Wird der Antrag abgelehnt, endet die Organisation oder Subventionierung dieser Stelle am Ende des Kalendermonats, in dem die Ablehnung erfolgt und der Schulträger trägt die bis dahin entstandenen Gehaltskosten.

§ 2 - Die Stelle eines Lehrer-Mediothekars ist teilbar, unter der Bedingung, dass mindestens 75 % der Stelle von einem und demselben Personalmitglied bekleidet wird.

§ 3 - Die Wochenarbeitszeit des Lehrer-Mediothekars beträgt durchschnittlich 38 Stunden zu 60 Minuten. Der Durchschnitt wird innerhalb einer Referenzperiode von vier Monaten ermittelt.

Die wöchentliche Arbeitszeit darf auf keinen Fall 50 Stunden überschreiten.

§ 4 - Der Jahresurlaub des Lehrer-Mediothekars wird folgendermaßen festgelegt:

1. Weihnachtsferien: zwei Wochen sowie am 24., 25. und 26. Dezember, wenn diese Tage nicht in die zweiwöchige Ferienzeitspanne fallen;
2. Osterferien: zwei Wochen;
3. Sommerferien: vom 1. Juli bis zum 31. August.

Von den in Absatz 1 angeführten Ferien sind 13 Arbeitstage abzuziehen, von denen fünf auf die letzten fünf Arbeitstage des Monats August entfallen. Die verbleibenden acht Arbeitstage sind vom Schulleiter im Rahmen des Ferienraums festzulegen. Wenn die für den Lehrer-Mediothekar verpflichtenden Weiterbildungen in der Ferienzeit stattfinden, werden diese von den acht Arbeitstagen abgezogen.

Artikel 17 - Mediothekskommission

An den Schulen, die über eine anerkannte Schulmediothek verfügen, setzt der Pädagogische Rat eine Mediothekskommission ein, der mindestens fünf Lehrer aus verschiedenen Fachbereichen angehören. Aufgabe dieser Mediothekskommission ist es, den Lehrer-Mediothekar in seinen Aufgaben zu unterstützen und zu beraten.

Die Mediothekskommission verabschiedet zu Beginn eines jeden Schuljahres auf Vorschlag des Lehrer-Mediothekars:

1. einen medienpädagogischen Maßnahmenkatalog für das entsprechende Schuljahr;
2. eine Bilanz über die Entwicklung der Schulmediothek und die Erfüllung ihres Auftrages im vergangenen Schuljahr.

Der Maßnahmenkatalog und die Bilanz werden dem Beauftragten für das Schulmediothekswesen jährlich bis zum 30. Oktober zur Kenntnisnahme zugestellt.

KAPITEL IV - Rückerstattung von Funktionskosten an Inspektoren für die Religionsunterrichte

Artikel 18 - Rückerstattung

Die Regierung bestimmt die Funktionskosten, die den Personen, die mit der Inspektion der Religionsunterrichte in dem von der Deutschsprachigen Gemeinschaft organisierten oder subventionierten Unterrichtswesen beauftragt sind, rückerstattet werden können. Dabei handelt es sich um:

1. die Erstausstattung ihres Arbeitsplatzes;
2. Fahrtkosten;
3. Aufenthaltskosten;
4. weitere Funktionskosten, insbesondere Telefon-, Fax-, Internet- und Dokumentationskosten.

Die Regierung legt die Höhe und Modalitäten der in Absatz 1 vorgesehenen Rückerstattung fest.

KAPITEL V - Ermäßigung auf den Preis der Busabonnements für Schüler und Studenten

Artikel 19 - Anwendungsbereich

Vorliegendes Kapitel findet Anwendung auf den Schüler beziehungsweise Studenten, der nachfolgende Bedingungen erfüllt:

1. er ist mindestens zwölf und höchstens vierundzwanzig Jahre alt;
2. er besucht eine von der Deutschsprachigen Gemeinschaft organisierte oder subventionierte Unterrichtseinrichtung oder er hat seinen Wohnsitz in der Deutschsprachigen Gemeinschaft und besucht eine Unterrichtseinrichtung im benachbarten Ausland;
3. er wird von der Regionalen Wallonischen Transportgesellschaft zu seiner Unterrichtseinrichtung befördert oder er nimmt die von der Deutschsprachigen Gemeinschaft organisierte Schülerbeförderung in Anspruch.

Artikel 20 - Ermäßigung

Der in Artikel 19 angeführte Schüler beziehungsweise Student hat zwecks Beförderung zu der Unterrichtseinrichtung, in der er als regulärer Schüler eingeschrieben ist, Anrecht auf eine Ermäßigung von 50 % auf den gültigen Tarif des Busabonnements.

Dem in Artikel 19 angeführten Schüler beziehungsweise Studenten, der in der Deutschsprachigen Gemeinschaft wohnt und eine Unterrichtseinrichtung im benachbarten Ausland besucht, wird die in Absatz 1 angeführte Ermäßigung auf den Preis des bis zur belgischen Grenze gültigen Busabonnements gewährt.

Die Regierung legt die näheren Modalitäten fest.

KAPITEL VI - Abänderung der Koordinierten Gesetze vom 31. Dezember 1949 über die Verleihung akademischer Grade und über das Programm der Prüfungen an Universitäten

Artikel 21 - Artikel 6 § 2 Nummer 2 der Koordinierten Gesetze vom 31. Dezember 1949 über die Verleihung akademischer Grade und über das Programm der Prüfungen an Universitäten, ersetzt durch das Gesetz vom 1. August 1988, wird durch folgende Bestimmung ersetzt:

"2. die das fünfte und sechste Studienjahr des allgemeinbildenden, technischen oder künstlerischen Sekundarunterrichts in derselben Unterrichtsform, Abteilung und Studienrichtung erfolgreich abgeschlossen haben oder die das sechste und das im Hinblick auf die Verleihung des Abschlusszeugnisses der Oberstufe organisierte siebte Studienjahr des berufsbildenden Sekundarunterrichts erfolgreich abgeschlossen haben oder die die mittelständische Lehre und das im Hinblick auf die Verleihung des Abschlusszeugnisses der Oberstufe organisierte siebte Studienjahr des berufsbildenden Sekundarunterrichts mit Erfolg abgeschlossen haben;"

KAPITEL VII - Abänderung des Königlichen Erlasses vom 2. Oktober 1968 zur Festlegung und Einteilung der Ämter der Mitglieder des Direktions- und Lehrpersonals, des Erziehungshilfspersonals, des paramedizinischen und sozialpsychologischen Personals der staatlichen Einrichtungen für Vor-, Primar-, Förder-, Mittel-, technischen, Kunst- und Normalschulunterricht und der Ämter der Personalmitglieder des mit der Aufsicht dieser Einrichtungen beauftragten Inspektionsdienstes

Artikel 22 - In Artikel 6 Buchstabe Dbis Buchstabe a) des Königlichen Erlasses vom 2. Oktober 1968 zur Festlegung und Einteilung der Ämter der Mitglieder des Direktions- und Lehrpersonals, des Erziehungshilfspersonals, des paramedizinischen und sozialpsychologischen Personals der staatlichen Einrichtungen für Vor-, Primar-, Förder-, Mittel-, technischen, Kunst- und Normalschulunterricht und der Ämter der Personalmitglieder des mit der Aufsicht dieser Einrichtungen beauftragten Inspektionsdienstes, wird der Punkt nach der Wortfolge in Nummer 1 durch ein Semikolon ersetzt und eine Nummer 2 mit folgendem Wortlaut eingefügt:

"2. Lehrer-Mediothekar."

Artikel 23 - In Artikel 6 Buchstabe E Buchstabe a) desselben Königlichen Erlasses, abgeändert durch das Dekret vom 27. Juni 2005, wird eine Nummer 10ter mit folgendem Wortlaut eingefügt:

"10ter. Forschungsbeauftragter."

KAPITEL VIII - Abänderung des Königlichen Erlasses vom 22. März 1969 zur Festlegung des Statuts der Mitglieder des Direktions- und Lehrpersonals, des Erziehungshilfspersonals, des paramedizinischen und sozialpsychologischen Personals der staatlichen Einrichtungen für Vor-, Primar-, Förder-, Mittel-, technischen, Kunst- und Normalschulunterricht und der von diesen Einrichtungen abhängenden Internate sowie der Personalmitglieder des mit der Aufsicht über diese Einrichtungen beauftragten Inspektionsdienstes

Artikel 24 - In Artikel 16 Absatz 1 Nummer 5 des Königlichen Erlasses vom 22. März 1969 zur Festlegung des Statuts der Mitglieder des Direktions- und Lehrpersonals, des Erziehungshilfspersonals, des paramedizinischen und sozialpsychologischen Personals der staatlichen Einrichtungen für Vor-, Primar-, Förder-, Mittel-, technischen, Kunst- und Normalschulunterricht und der von diesen Einrichtungen abhängenden Internate sowie der Personalmitglieder des mit der Aufsicht über diese Einrichtungen beauftragten Inspektionsdienstes, ersetzt durch das Dekret vom 26. Juni 2006 und ergänzt durch das Dekret vom 11. Mai 2009, wird ein Buchstabe f) mit folgendem Wortlaut eingefügt:

"f) falls es sich um ein Personalmitglied handelt, das das Amt eines Lehrer-Mediothekars bekleidet, muss dieses über einen Befähigungsnachweis zur Führung einer Schulmediothek verfügen;"

Artikel 25 - In Artikel 17 Absatz 1 desselben Königlichen Erlasses, ersetzt durch das Dekret vom 26. Juni 2006 und abgeändert durch das Dekret vom 23. Juni 2008, wird eine Nummer 5 mit folgendem Wortlaut eingefügt:

"5. Er war innerhalb der letzten fünf Schuljahre beim betreffenden Schulträger im aktiven Dienst."

Artikel 26 - In Artikel 20 Absatz 1 Nummer 2 desselben Königlichen Erlasses, ersetzt durch das Dekret vom 26. Juni 2006, wird die Wortfolge "oder bei anderen Trägern sowie die weitere berufliche Erfahrung" durch die Wortfolge "und/oder Dienstalter bei anderen Trägern beziehungsweise weitere berufliche Erfahrung" ersetzt.

Artikel 27 - In Artikel 25 Absatz 1 Nummer 4 desselben Königlichen Erlasses, ersetzt durch das Dekret vom 26. Juni 2006 und ergänzt durch das Dekret vom 21. April 2008, wird am Ende des ersten Satzes der Punkt durch ein Komma ersetzt und die Wortfolge "außer die Bezeichnung des Lehrer-Mediothekars, die am 31. August endet." eingefügt.

Artikel 28 - In Artikel 34 Absatz 2 Nummer 2 desselben Königlichen Erlasses, ersetzt durch das Dekret vom 26. Juni 2006, wird die Wortfolge "oder bei anderen Trägern sowie die weitere berufliche Erfahrung" durch die Wortfolge "und/oder Dienstalter bei anderen Trägern beziehungsweise weitere berufliche Erfahrung" ersetzt.

Artikel 29 - In Artikel 39 Absatz 1 Nummer 5 desselben Königlichen Erlasses, ersetzt durch das Dekret vom 26. Juni 2006 und abgeändert durch das Dekret vom 11. Mai 2009, wird ein Buchstabe *f* mit folgendem Wortlaut eingefügt:

"*f*) falls es sich um ein Personalmitglied handelt, das das Amt eines Lehrer-Mediothekars bekleidet, muss dieses über einen Befähigungsnachweis zur Führung einer Schulmediothek verfügen;"

Artikel 30 - In Artikel 43 Absatz 1 Nummer 2 desselben Königlichen Erlasses, ersetzt durch das Dekret vom 26. Juni 2006, wird die Wortfolge "oder bei anderen Trägern sowie die weitere berufliche Erfahrung" durch die Wortfolge "und/oder Dienstalter bei anderen Trägern beziehungsweise weitere berufliche Erfahrung" ersetzt.

Artikel 31 - Artikel 121quinquies Absatz 4 desselben Königlichen Erlasses, eingefügt durch das Dekret vom 25. Juni 2007, wird durch folgende Bestimmung ersetzt:

"Die Kommission setzt sich wie folgt zusammen:

1. ein Vorsitzender, ausgewählt unter den leitenden Beamten der für das Unterrichtswesen zuständigen Abteilung des Ministeriums;

2. einem Personalmitglied des Ministeriums, das über Fachkenntnisse auf dienstrechtlicher Ebene verfügt;

3. einem Personalmitglied des Ministeriums, das über Fachkenntnisse auf pädagogischer Ebene verfügt;

4. zwei Mitgliedern, die nicht zu den Personalmitgliedern des Ministeriums gehören und die über Fachkenntnisse im Bereich des Bildungswesens verfügen."

Artikel 32 - In Kapitel XIbis desselben Königlichen Erlasses wird Artikel 169bis, eingefügt durch das Dekret vom 17. Mai 2004 und aufgehoben durch das Dekret vom 26. Juni 2006, mit folgendem Wortlaut wieder eingesetzt:

"Artikel 169bis - Artikel 16 Absatz 1 Nummer 5 Buchstabe *d*) findet keine Anwendung auf das Schuljahr 2010-2011."

KAPITEL IX - Abänderung des Königlichen Erlasses vom 22. April 1969 zur Festlegung der erforderlichen Befähigungsnachweise der Mitglieder des Direktions- und Lehrpersonals, des Erziehungshilfspersonals, des paramedizinischen und sozialpsychologischen Personals der staatlichen Einrichtungen für Vor-, Primar-, Förder-, Mittel-, technischen, Kunst- und Normalschulunterricht und der von diesen Einrichtungen abhängenden Internate

Artikel 33 - Artikel 3 letzter Absatz des Königlichen Erlasses vom 22. April 1969 zur Festlegung der erforderlichen Befähigungsnachweise der Mitglieder des Direktions- und Lehrpersonals, des Erziehungshilfspersonals, des paramedizinischen und sozialpsychologischen Personals der staatlichen Einrichtungen für Vor-, Primar-, Förder-, Mittel-, technischen, Kunst- und Normalschulunterrichts und der von diesen Einrichtungen abhängenden Internate, eingefügt durch den Erlass der Regierung vom 4. Juni 1998 und abgeändert durch den Erlass der Regierung vom 7. Dezember 2007, wird durch folgende Bestimmung ersetzt:

"Die in einem Mitgliedstaat der Europäischen Union verliehenen Studienachweise werden als erforderliche Befähigungsnachweise angesehen, wenn ihnen eine durch die Regierung ausgestellte Konformitätsbescheinigung beigelegt ist."

Artikel 34 - In Kapitel II desselben Königlichen Erlasses wird ein Artikel 9ter mit folgendem Wortlaut eingefügt:

"Artikel 9ter - Als erforderliche Befähigungsnachweise für das Amt eines Lehrer-Mediothekars gelten folgende Diplome:

a) das Diplom eines Lehrbefähigten für die Oberstufe des Sekundarunterrichts, vervollständigt durch einen Befähigungsnachweis zur Führung einer Schulmediothek, der von einer Hochschule in der Deutschsprachigen Gemeinschaft ausgestellt wird, oder ein Nachweis, der von der Regierung als gleichwertig anerkannt wird;

b) das Diplom eines Lehrbefähigten für die Unterstufe des Sekundarunterrichts, vervollständigt durch einen Befähigungsnachweis zur Führung einer Schulmediothek, der von einer Hochschule in der Deutschsprachigen Gemeinschaft ausgestellt wird, oder ein Nachweis, der von der Regierung als gleichwertig anerkannt wird;

c) das Diplom des Hochschulwesens kurzer Studiendauer, vervollständigt durch den pädagogischen Befähigungsnachweis und einen Befähigungsnachweis zur Führung einer Schulmediothek, der von einer Hochschule in der Deutschsprachigen Gemeinschaft ausgestellt wird, oder ein Nachweis, der von der Regierung als gleichwertig anerkannt wird.

Die Zusatzausbildung zur Führung einer Schulmediothek umfasst mindestens 10 ECTS-Punkte."

Artikel 35 - In Artikel 10 desselben Königlichen Erlasses, zuletzt abgeändert durch das Dekret vom 27. Juni 2005, wird eine Nummer 18quater mit folgendem Wortlaut eingefügt:

"18quater. Forschungsbeauftragter: mindestens ein Diplom des Hochschulwesens zweiten Grades."

Artikel 36 - Artikel 14 Nummer 3bis desselben Königlichen Erlasses, eingefügt durch das Dekret vom 27. Juni 2005, wird durch folgende Bestimmung ersetzt:

"3bis. Mediothekarassistent:

a) das Diplom eines Lehrbefähigten für die Unterstufe des Sekundarunterrichts,

b) das Diplom des Hochschulwesens kurzer Studiendauer im Bibliothekswesen, vervollständigt durch den pädagogischen Befähigungsnachweis."

Artikel 37 - Artikel 14 Nummer 4bis desselben Königlichen Erlasses, eingefügt durch das Dekret vom 27. Juni 2005, wird durch folgende Bestimmung ersetzt:

"4bis. Mediothekar:

a) das Diplom eines Lehrbefähigten für die Oberstufe des Sekundarunterrichts, vervollständigt durch einen Befähigungsnachweis zur Führung einer Schulmediothek, der von einer Hochschule in der Deutschsprachigen Gemeinschaft ausgestellt wird, oder ein Nachweis, der von der Regierung als gleichwertig anerkannt wird;

b) mindestens ein Diplom des Hochschulwesens kurzer Studiendauer im Bibliothekswesen, vervollständigt durch den pädagogischen Befähigungsnachweis und einen Befähigungsnachweis zur Führung einer Schulmediothek, der von einer Hochschule in der Deutschsprachigen Gemeinschaft ausgestellt wird, oder ein Nachweis, der von der Regierung als gleichwertig anerkannt wird."

Artikel 38 - In Kapitel I desselben Königlichen Erlasses wird ein Artikel 1ter mit folgendem Wortlaut eingefügt:

"Artikel 1ter - Artikel 3 letzter Absatz dient der teilweisen Umsetzung der Richtlinie 2005/36/EG des Europäischen Parlamentes und des Rates vom 7. September 2005 über die Anerkennung von Berufsqualifikationen."

KAPITEL X - *Abänderung des Königlichen Erlasses vom 25. Oktober 1971 zur Festlegung des Statuts der Primarschullehrer, Lehrer und Inspektoren für katholische, protestantische, israelitische, orthodoxe, islamische und anglikanische Religion in den Lehranstalten der Deutschsprachigen Gemeinschaft*

Artikel 39 - In Artikel 4 § 1 des Königlichen Erlasses vom 25. Oktober 1971 zur Festlegung des Statuts der Primarschullehrer, Lehrer und Inspektoren für katholische und protestantische Religion in den staatlichen Lehranstalten für Primar-, Mittel-, technischen, Kunst- und Normalschulunterricht, ersetzt durch das Dekret vom 26. Juni 2006 und abgeändert durch die Dekrete vom 23. Juni 2008 und vom 11. Mai 2009, wird nach Absatz 1 ein neuer Absatz 2 mit folgendem Wortlaut eingefügt:

"Die in einem Mitgliedstaat der Europäischen Union verliehenen Studiennachweise werden als erforderliche Befähigungsnachweise angesehen, wenn ihnen eine durch die Regierung ausgestellte Konformitätsbescheinigung beigelegt ist."

Artikel 40 - In Artikel 5 Absatz 1 Nummer 4 desselben Königlichen Erlasses, ersetzt durch das Dekret vom 26. Juni 2006, wird der Punkt am Ende des Satzes durch ein Semikolon ersetzt.

In denselben Absatz, ersetzt durch das Dekret vom 26. Juni 2006 und abgeändert durch das Dekret vom 23. Juni 2008, wird eine Nummer 5 mit folgendem Wortlaut eingefügt:

"5. er war innerhalb der letzten fünf Schuljahre beim betreffenden Schulträger im aktiven Dienst."

Artikel 41 - In Artikel 8 Absatz 1 Nummer 2 desselben Königlichen Erlasses, ersetzt durch das Dekret vom 26. Juni 2006, wird die Wortfolge "oder bei anderen Trägern sowie die weitere berufliche Erfahrung" durch die Wortfolge "und/oder Dienstalter bei anderen Trägern beziehungsweise weitere berufliche Erfahrung" ersetzt.

Artikel 42 - In Artikel 22 Absatz 2 Nummer 2 desselben Königlichen Erlasses, ersetzt durch das Dekret vom 26. Juni 2006, wird die Wortfolge "oder bei anderen Trägern sowie die weitere berufliche Erfahrung" durch die Wortfolge "und/oder Dienstalter bei anderen Trägern beziehungsweise weitere berufliche Erfahrung" ersetzt.

Artikel 43 - In Artikel 22decies Absatz 1 Nummer 2 desselben Königlichen Erlasses, eingefügt durch das Dekret vom 26. Juni 2006, wird die Wortfolge "oder bei anderen Trägern sowie die weitere berufliche Erfahrung" durch die Wortfolge "und/oder Dienstalter bei anderen Trägern beziehungsweise weitere berufliche Erfahrung" ersetzt.

Artikel 44 - In denselben Königlichen Erlass wird ein Kapitel Xbis, das den Artikel 49.1 umfasst, mit folgendem Wortlaut eingefügt:

"Kapitel Xbis - Übergangsbestimmung

Artikel 49.1 - Artikel 4 Absatz 1 Nummer 5 Buchstabe d) findet keine Anwendung auf das Schuljahr 2010-2011."

Artikel 45 - In Kapitel I desselben Königlichen Erlasses wird ein Artikel 1.1 mit folgendem Wortlaut eingefügt:

"Artikel 1.1 - Artikel 4 § 1 Absatz 2 dient der teilweisen Umsetzung der Richtlinie 2005/36/EG des Europäischen Parlamentes und des Rates vom 7. September 2005 über die Anerkennung von Berufsqualifikationen."

KAPITEL XI - *Abänderung des Königlichen Erlasses vom 20. Juni 1975 über die für ausreichend erachteten Befähigungsnachweise im Vor- und Primarschulwesen*

Artikel 46 - In Artikel 3 des Königlichen Erlasses vom 20. Juni 1975 über die für ausreichend erachteten Befähigungsnachweise im Vor- und Primarschulwesen wird ein Absatz 2 mit folgendem Wortlaut eingefügt:

"Die in einem Mitgliedsstaat der Europäischen Union verliehenen Studiennachweise werden als für ausreichend erachtete Befähigungsnachweise angesehen, wenn ihnen eine durch die Regierung ausgestellte Konformitätsbescheinigung beigelegt ist."

Artikel 47 - In Kapitel I desselben Königlichen Erlasses wird ein Artikel 1.1 mit folgendem Wortlaut eingefügt:

"Artikel 1.1 - Artikel 3 Absatz 2 dient der teilweisen Umsetzung der Richtlinie 2005/36/EG des Europäischen Parlamentes und des Rates vom 7. September 2005 über die Anerkennung von Berufsqualifikationen."

KAPITEL XII - *Abänderung des Königlichen Erlasses vom 30. Juli 1975 über die für ausreichend erachteten Befähigungsnachweise im Sekundarunterricht, der in den freien subventionierten Unterrichtseinrichtungen des Mittel- und Normalschulwesens erteilt wird, das psycho-pädagogische Postsekundarschuljahr inbegriffen*

Artikel 48 - In Artikel 3 des Königlichen Erlasses vom 30. Juli 1975 über die für ausreichend erachteten Titel im Sekundarunterricht, der in den freien subventionierten Unterrichtseinrichtungen des Mittel- und Normalschulwesens erteilt wird, das psycho-pädagogische Postsekundarschulwesen inbegriffen, wird ein § 3 mit folgendem Wortlaut eingefügt:

"§ 3 - Die in einem Mitgliedsstaat der Europäischen Union verliehenen Studiennachweise werden als für ausreichend erachtete Befähigungsnachweise angesehen, wenn ihnen eine durch die Regierung ausgestellte Konformitätsbescheinigung beigelegt ist."

Artikel 49 - In Kapitel I desselben Königlichen Erlasses wird ein Artikel 1.1 mit folgendem Wortlaut eingefügt:

"Artikel 1.1 - Artikel 3 § 3 dient der teilweisen Umsetzung der Richtlinie 2005/36/EG des Europäischen Parlamentes und des Rates vom 7. September 2005 über die Anerkennung von Berufsqualifikationen."

KAPITEL XIII - Abänderung des Königlichen Erlasses vom 30. Juli 1975 über die für ausreichend erachteten Befähigungsnachweise im Sekundarunterricht, der in den offiziellen subventionierten Unterrichtseinrichtungen des Mittel- und Normalschulwesens erteilt wird

Artikel 50 - In Artikel 3 des Königlichen Erlasses vom 30. Juli 1975 über die für ausreichend erachteten Befähigungsnachweise im Sekundarunterricht, der in den offiziellen subventionierten Unterrichtseinrichtungen des Mittel- und Normalschulwesens erteilt wird, wird ein § 3 mit folgendem Wortlaut eingefügt:

"§ 3 - Die in einem Mitgliedstaat der Europäischen Union verliehenen Studien nachweise werden als für ausreichend erachtete Befähigungsnachweise angesehen, wenn ihnen eine durch die Regierung ausgestellte Konformitätsbescheinigung beigelegt ist."

Artikel 51 - In Kapitel I desselben Königlichen Erlasses wird ein Artikel 1.1 mit folgendem Wortlaut eingefügt:

"Artikel 1.1 - Artikel 3 § 3 dient der teilweisen Umsetzung der Richtlinie 2005/36/EG des Europäischen Parlamentes und des Rates vom 7. September 2005 über die Anerkennung von Berufsqualifikationen."

KAPITEL XIV - Abänderung des Königlichen Erlasses vom 30. Juli 1975 über die für ausreichend erachteten Befähigungsnachweise in den subventionierten Unterrichtseinrichtungen des technischen und beruflichen Sekundarschulwesens mit vollem Lehrplan und des Fortbildungsschulwesens

Artikel 52 - In Artikel 3 des Königlichen Erlasses vom 30. Juli 1975 über die für ausreichend erachteten Befähigungsnachweise in den subventionierten Unterrichtseinrichtungen des technischen und beruflichen Sekundarschulwesens mit vollem Lehrplan und des Fortbildungsschulwesens wird ein § 3 mit folgendem Wortlaut eingefügt:

"§ 3 - Die in einem Mitgliedstaat der Europäischen Union verliehenen Studien nachweise werden als für ausreichend erachtete Befähigungsnachweise angesehen, wenn ihnen eine durch die Regierung ausgestellte Konformitätsbescheinigung beigelegt ist."

Artikel 53 - In Kapitel I desselben Königlichen Erlasses wird ein Artikel 1.1 mit folgendem Wortlaut eingefügt:

"Artikel 1.1 - Artikel 3 § 3 dient der teilweisen Umsetzung der Richtlinie 2005/36/EG des Europäischen Parlamentes und des Rates vom 7. September 2005 über die Anerkennung von Berufsqualifikationen."

KAPITEL XV - Abänderung des Königlichen Erlasses vom 27. Juli 1979 zur Festlegung des Statuts des technischen Personals der Psycho-Medizinisch-Sozialen Zentren, der spezialisierten staatlichen Psycho-Medizinisch-Sozialen Zentren, der staatlichen Ausbildungszentren sowie der mit der Aufsicht über die Psycho-Medizinisch-Sozialen Zentren, die Einrichtungen der schulischen und beruflichen Orientierung und der spezialisierten Psycho-Medizinisch-Sozialen Zentren beauftragten Inspektionsdienste

Artikel 54 - In Artikel 13 Absatz 1 Nummer 4 des Königlichen Erlasses vom 27. Juli 1979 zur Festlegung des Statuts des technischen Personals der Psycho-Medizinisch-Sozialen Zentren, der spezialisierten staatlichen Psycho-Medizinisch-Sozialen Zentren, der staatlichen Ausbildungszentren sowie der mit der Aufsicht über die Psycho-Medizinisch-Sozialen Zentren, die Einrichtungen der schulischen und beruflichen Orientierung und der spezialisierten Psycho-Medizinisch-Sozialen Zentren beauftragten Inspektionsdienste, ersetzt durch das Dekret vom 26. Juni 2006, wird der Punkt am Ende des Satzes durch ein Semikolon ersetzt.

In denselben Absatz, ersetzt durch das Dekret vom 26. Juni 2006 und abgeändert durch das Dekret vom 23. Juni 2008, wird eine Nummer 5 mit folgendem Wortlaut eingefügt:

"5. er war innerhalb der letzten fünf Schuljahre beim betreffenden Schulträger im aktiven Dienst."

Artikel 55 - In Artikel 17 Nummer 2 desselben Königlichen Erlasses, ersetzt durch das Dekret vom 26. Juni 2006, wird die Wortfolge "oder bei anderen Trägern sowie die weitere berufliche Erfahrung" durch die Wortfolge "und/oder Dienstalter bei anderen Trägern beziehungsweise weitere berufliche Erfahrung" ersetzt.

Artikel 56 - In Artikel 34 Nummer 2 desselben Königlichen Erlasses, ersetzt durch das Dekret vom 26. Juni 2006, wird die Wortfolge "oder bei anderen Trägern sowie die weitere berufliche Erfahrung" durch die Wortfolge "und/oder Dienstalter bei anderen Trägern beziehungsweise weitere berufliche Erfahrung" ersetzt.

Artikel 57 - In Artikel 39 Absatz 2 Nummer 2 desselben Königlichen Erlasses, ersetzt durch das Dekret vom 26. Juni 2006, wird die Wortfolge "oder bei anderen Trägern sowie die weitere berufliche Erfahrung" durch die Wortfolge "und/oder Dienstalter bei anderen Trägern beziehungsweise weitere berufliche Erfahrung" ersetzt.

KAPITEL XVI - Abänderung des Königlichen Erlasses vom 29. Juni 1984 über die Organisation des Sekundarschulwesens

Artikel 58 - Artikel 18 des Königlichen Erlasses vom 29. Juni 1984 über die Organisation des Sekundarschulwesens, ersetzt durch den Erlass der Exekutive vom 22. Juni 1989, wird durch folgenden Wortlaut ersetzt:

"Artikel 18 - § 1 - Können als reguläre Schüler in das in Artikel 4 § 1 Nummer 5 und § 2 angeführte siebte Studienjahr aufgenommen werden:

1. die Schüler, die das sechste Studienjahr des berufsbildenden Sekundarunterrichts mit Erfolg abgeschlossen haben;

2. die Schüler, die im Besitz des Abschlusszeugnisses der Unterstufe des Sekundarunterrichts sind, die mittelständische Lehre mit Erfolg abgeschlossen haben und Inhaber des gemäß Artikel 7 § 6 Absatz 2 des Dekretes vom 16. Dezember 1991 über die Aus- und Weiterbildung im Mittelstand und in kleinen und mittleren Unternehmen verliehenen Gesellenzeugnisses beziehungsweise eines außerhalb Belgiens erworbenen und durch die Regierung dem Gesellenzeugnis als gleichwertig erklärten mittelständischen Ausbildungsnachweises sind.

§ 2 - Können als reguläre Schüler in das in Artikel 4 § 2 angeführte siebte Studienjahr aufgenommen werden:

1. die Schüler, die das sechste Studienjahr des berufsbildenden Sekundarunterrichts mit Erfolg abgeschlossen haben und Inhaber des Befähigungsnachweises dieses sechsten Studienjahres sind;

2. die Schüler, die im Besitz des Abschlusszeugnisses der Unterstufe sind, die mittelständische Lehre mit Erfolg abgeschlossen haben und Inhaber des gemäß Artikel 7 § 6 Absatz 2 des Dekretes vom 16. Dezember 1991 über die Aus- und Weiterbildung im Mittelstand und in kleinen und mittleren Unternehmen verliehenen Gesellenzeugnisses beziehungsweise eines außerhalb Belgiens erworbenen und durch die Regierung dem Gesellenzeugnis als gleichwertig erklärten mittelständischen Ausbildungsnachweises sind."

Artikel 59 - Artikel 25 § 2 Nummer 2 desselben Königlichen Erlasses, ersetzt durch den Erlass der Regierung vom 8. März 1996 und abgeändert durch das Dekret vom 5. Mai 1999, wird durch folgende Bestimmung ersetzt:

"2. das in Artikel 4 § 1 Nummer 5 angeführte siebte Studienjahr erfolgreich abgeschlossen haben, nachdem sie das sechste Studienjahr des berufsbildenden Sekundarunterrichts erfolgreich abgeschlossen haben,"

In denselben Paragraphen werden eine Nummer 3 und eine Nummer 4 mit folgendem Wortlaut eingefügt:

"3. das in Artikel 4 § 2 angeführte siebte Studienjahr erfolgreich abgeschlossen haben, nachdem sie das sechste Studienjahr des berufsbildenden Unterrichts erfolgreich abgeschlossen haben und Inhaber des Befähigungsnachweises dieses sechsten Jahres sind;

4. die das in Artikel 4 § 1 Nummer 5 und § 2 angeführte siebte Studienjahr erfolgreich abgeschlossen haben, nachdem sie das Abschlusszeugnis der Unterstufe des Sekundarunterrichts erworben haben, die mittelständische Lehre mit Erfolg abgeschlossen haben und Inhaber des gemäß Artikel 7 § 6 Absatz 2 des Dekretes vom 16. Dezember 1991 über die Aus- und Weiterbildung im Mittelstand und in kleinen und mittleren Unternehmen verliehenen Gesellenzeugnisses beziehungsweise eines außerhalb Belgiens erworbenen und durch die Regierung dem Gesellenzeugnis als gleichwertig erklärten mittelständischen Ausbildungsnachweises sind."

KAPITEL XVII - Abänderung des Dekretes vom 26. Juni 1986 über die Gewährung von Studienbeihilfen

Artikel 60 - In Artikel 13 § 1 des Dekretes vom 26. Juni 1986 über die Gewährung von Studienbeihilfen wird die Wortfolge "dreißig Jahre" durch die Wortfolge "35 Jahre" ersetzt.

In § 2 desselben Artikels wird die Wortfolge "30 Jahre" durch die Wortfolge "35 Jahre" ersetzt.

Artikel 61 - In Kapitel II desselben Dekretes, ergänzt durch das Dekret vom 3. Februar 2003, wird ein Artikel 13bis mit folgendem Wortlaut eingefügt:

"Artikel 13bis - Eine ergänzende Studienbeihilfe können die Studenten erhalten, die an einem anerkannten Erasmus-Studienaufenthalt an einer anderen Hochschule beziehungsweise Universität als ihrer Herkunftshochschule beziehungsweise -universität teilnehmen, insofern der Erasmus-Studienaufenthalt eine Mindestdauer von drei Monaten erreicht und - abgesehen von Zuschüssen der Europäischen Kommission - nicht durch eine andere öffentliche Einrichtung bezuschusst wird oder werden kann.

Die Regierung legt die Höhe und die Auszahlungsmodalitäten der in Absatz 1 angeführten Studienbeihilfe fest."

KAPITEL XVIII - Abänderung des Dekretes vom 16. Dezember 1991 über die Aus- und Weiterbildung im Mittelstand und in kleinen und mittleren Unternehmen

Artikel 62 - In Kapitel II Abschnitt I des Dekretes vom 16. Dezember 1991 über die Aus- und Weiterbildung im Mittelstand und in kleinen und mittleren Unternehmen wird ein Artikel 6.1 mit folgendem Wortlaut eingefügt:

"Artikel 6.1 - Die Regierung bestimmt unter Berücksichtigung von Artikel 2 und nach Gutachten des Instituts sowie des Wirtschafts- und Sozialrates der Deutschsprachigen Gemeinschaft die Berufe, für die im Rahmen einer Ausbildung zum Meister ein Meistervolontariat absolviert werden kann.

Das Meistervolontariat wird nicht für Berufe angeboten, für die es bereits eine Erstausbildung auf Ebene der Lehre in der Deutschsprachigen Gemeinschaft gibt."

Artikel 63 - In Artikel 7 § 6 desselben Dekretes, abgeändert durch das Dekret vom 14. Februar 2000, werden die Absätze 3 und 4 mit folgendem Wortlaut eingefügt:

"Den Inhabern eines nach dem 1. September 2008 in Anwendung von Absatz 2 verliehenen Gesellenzeugnisses, die im Besitz eines Abschlusszeugnisses der Unterstufe des Sekundarunterrichts sind, wird zudem das Studienzeugnis des sechsten Jahres des berufsbildenden Sekundarunterrichts verliehen, dessen Muster von der Regierung festgelegt wird.

Die Verleihung des in Absatz 3 angeführten Studienzeugnisses des sechsten Jahres des berufsbildenden Sekundarunterrichts ist an folgende Bedingungen gebunden:

1. das Institut ermöglicht eine Kontrolle der Zentren für Aus- und Weiterbildung im Mittelstand und in kleinen und mittleren Unternehmen durch die pädagogische Inspektion und Beratung hinsichtlich der Wahrnehmung der Kontrollaufgaben gemäß Artikel 4 Absätze 1 und 4 des Dekretes vom 24. März 2003 über die Einsetzung und die Festlegung der Aufgaben der pädagogischen Inspektion und Beratung für das Unterrichtswesen in der Deutschsprachigen Gemeinschaft;

2. das Institut berücksichtigt bei den im Rahmen der Gesellenausbildung organisierten allgemeinbildenden Kursen die im Gemeinschaftsunterrichtswesen anwendbaren Studienprogramme und Lehrpläne des sechsten Jahres des berufsbildenden Sekundarunterrichts."

Artikel 64 - In Kapitel II Abschnitt I Unterabschnitt 2 desselben Dekretes wird ein Artikel 9.1 mit folgendem Wortlaut eingefügt:

"Artikel 9.1 - Das Meistervolontariat bereitet gemäß der Artikel 8 und 9 auf die Meisterprüfung vor. Um einem Meistervolontariat folgen zu können, muss der Meistervolontär den erfolgreichen Abschluss der Oberstufe des Sekundarunterrichts vorweisen können.

Die Regierung legt nach Gutachten des Instituts Folgendes fest:

1. die allgemeinen Bedingungen des Meistervolontariats;
2. die administrative Handhabung des Meistervolontariats;
3. die Zulassungsbedingungen für Ausbildungsbetriebe;
4. die Zulassungsbedingungen für Meistervolontäre;
5. die Vertragsbedingungen;
6. die Pflichten des Meistervolontärs;
7. die Pflichten des Betriebsleiters;
8. die Kündigungsmodalitäten."

KAPITEL XIX - Abänderung des Dekretes vom 18. April 1994 zur Festlegung des Betrages der Funktionssubventionen für das subventionierte Unterrichtswesen

Artikel 65 - Artikel 2bis Absatz 2 des Dekretes vom 18. April 1994 zur Festlegung des Betrages der Funktionssubventionen für das subventionierte Unterrichtswesen, eingefügt durch das Dekret vom 30. Juni 2003, wird durch folgende Bestimmung ersetzt:

"In Abweichung von Absatz 1 erhält eine Regelsekundarschule, die ausschließlich technischen und berufsbildenden Unterricht organisiert, ab dem Jahr 2009 während fünf aufeinanderfolgenden Jahren jährlich eine pauschale Ausstattungssubvention von 40.000 EUR. Die Auszahlung der Subvention ist an die Vorlage eines jährlichen

Investitionsplanes und an das Einreichen von Rechnungsbelegen gebunden. Dem Investitionsplan liegt zudem ein Gutachten des Pädagogischen Rates bei. Der Investitionsplan ist vor Beginn des Haushaltsjahres und die Rechnungsbelege sind nach Ablauf des Haushaltsjahres bei der Regierung zu hinterlegen."

KAPITEL XX - Abänderung des Erlasses der Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft vom 9. November 1994 bezüglich der Laufbahnunterbrechung im Unterrichtswesen und in den Psycho-Medizinisch-Sozialen Zentren

Artikel 66 - In Artikel 4ter § 2 Absatz 1 des Erlasses der Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft vom 9. November 1994 bezüglich der Laufbahnunterbrechung im Unterrichtswesen und in den Psycho-Medizinisch-Sozialen Zentren, eingefügt durch den Erlass der Regierung vom 30. August 2001 und abgeändert durch das Dekret vom 25. Juni 2007, wird das Wort "sechs" durch das Wort "vier" ersetzt.

KAPITEL XXI - Abänderung des Dekretes vom 31. August 1998 über den Auftrag an die Schulträger und das Schulpersonal sowie über die allgemeinen pädagogischen und organisatorischen Bestimmungen für die Regel- und Förderschulen

Artikel 67 - In Artikel 24 Absatz 3 des Dekretes vom 31. August 1998 über den Auftrag an die Schulträger und das Schulpersonal sowie über die allgemeinen pädagogischen und organisatorischen Bestimmungen für die Regel- und Förderschulen wird ein zweiter Satz mit folgendem Wortlaut eingefügt: "Kinder, die das Alter von zwölf Jahren noch nicht erreicht haben, haben einen Anspruch auf kostenlose Schülerbeförderung zur nächstgelegenen Schule ihrer freien Wahl."

Artikel 68 - Artikel 38 § 2 Nummer 1 desselben Dekretes, ersetzt durch das Dekret vom 11. Mai 2009, wird durch folgende Bestimmung ersetzt:

"1. zwei Mitarbeitern des Fachbereichs Pädagogik des Ministeriums,"

Artikel 69 - In Artikel 39 § 1 Absatz 1 desselben Dekretes, ersetzt durch das Dekret vom 6. Juni 2005, wird die Wortfolge "spätestens am ersten Arbeitstag" durch die Wortfolge "spätestens am zweiten Arbeitstag" ersetzt.

Artikel 70 - In Artikel 45 Nummer 4 desselben Dekretes wird ein zweiter Satz mit folgendem Wortlaut eingefügt: "Zeitgleich wird eine Kopie dieses Einschreibebriefs an die pädagogische Inspektion und Beratung gerichtet."

Artikel 71 - Kapitel VII desselben Dekretes, das die Artikel 68 bis 74 umfasst, abgeändert durch das Dekret vom 16. Juni 2008, wird durch folgende Bestimmungen ersetzt:

"Kapitel VII - Evaluation und Begleitung der Schule

Abschnitt 1 - Interne Evaluation

Artikel 68 - Zielsetzung und Organisation

Die Einrichtung, die von der Regierung gemäß Artikel 70 mit der externen Evaluation betraut ist, übernimmt die Koordination der internen Evaluation.

Auf Schulebene ist der Pädagogische Rat für die Organisation der internen Evaluation verantwortlich.

Ziel der internen Evaluation ist es,

1. zu überprüfen, ob und in welchem Maße die Schulstrukturen, Methoden und Ergebnisse der schulischen Arbeit mit den Zielen des Schulprojektes übereinstimmen;

2. eine wissenschaftliche Grundlage für die künftige Entwicklung der Schule zu bieten.

Die interne Evaluation der Schule wird mindestens alle drei Jahre durchgeführt und kann sich auf schulische Einzelthemen beziehen, die vom Pädagogischen Rat oder vom Schulträger festgelegt werden. Die Regierung überprüft, ob diese Evaluation stattgefunden hat.

Artikel 69 - Einbeziehung der Schüler und Eltern

Bei der internen Evaluation werden die Standpunkte der Eltern- und Schülervertretungen eingeholt.

Abschnitt 2 - Externe Evaluation

Artikel 70 - Zielsetzung und Organisation

§ 1 - Die Regierung bezeichnet eine Einrichtung, die für die externe Evaluation der Schulen verantwortlich zeichnet.

Die Bezeichnung gilt für zehn Jahre und ist erneuerbar. Sollte die Regierung zu dem Schluss kommen, dass die gemäß Absatz 1 bezeichnete Einrichtung ihrem Auftrag nicht gerecht wird, kann sie die Bezeichnung vorzeitig beenden.

Zwecks Wahrnehmung dieser Aufgabe stellt die Regierung der Einrichtung für die Dauer der Bezeichnung personelle und finanzielle Mittel zur Verfügung.

Ziel der externen Evaluation ist es,

1. zu überprüfen, ob und in welchem Maße die Schulen dem in vorliegendem Dekret festgelegten Gesellschaftsauftrag gerecht werden;

2. der Regierung, den Schulträgern und der Abteilung Unterricht und Ausbildung im Ministerium der Deutschsprachigen Gemeinschaft alle drei Jahre auf der Grundlage der Einzelberichte der evaluierten Schulen einen Gesamtbericht über Stärken und Schwächen der Schulen zu unterbreiten.

§ 2 - Die von der in § 1 Absatz 1 angeführten Einrichtung mit der externen Evaluation betrauten Personalmitglieder, im Folgenden externe Evaluatoren genannt, erstellen auf der Grundlage eines international anerkannten Qualitätsrahmens einen Bericht, der der Regierung, dem Schulträger und der evaluierten Schule vorgelegt wird.

§ 3 - Sollte die externe Evaluation ergeben, dass die Qualität der Ausbildungsaktivitäten an einer Schule unzureichend ist, bestimmen die externen Evaluatoren einen Zeitrahmen, innerhalb dessen die betreffende Schule einen detaillierten Plan vorlegt, um diese Qualitätsmängel zu beheben. Im Rahmen einer zeitlich festgelegten Nachevaluation überprüfen die externen Evaluatoren die Wirksamkeit dieser Maßnahmen.

Anschließend erstellen die externen Evaluatoren eine Bericht über die Ergebnisse der Nachevaluation, der der Regierung, dem Schulträger und der evaluierten Schule vorgelegt wird.

Artikel 71 - Vertraulichkeit

Die Vertraulichkeit der Erkenntnisse und Ergebnisse wird gewahrt.

Artikel 72 - Periodizität

Jede Schule wird mindestens einmal alle fünf Jahre extern evaluiert."

Artikel 72 - In Artikel 75bis desselben Dekretes, eingefügt durch das Dekret vom 16. Juni 2008, wird ein Satz mit folgendem Wortlaut eingefügt: "Dies bedeutet, dass für die progressive und planvolle Umsetzung der Rahmenpläne vier Schuljahre zur Verfügung stehen."

KAPITEL XXII - Abänderung des Dekretes vom 14. Dezember 1998 zur Festlegung des Statuts der subventionierten Personalmitglieder des freien subventionierten Unterrichtswesens und des freien subventionierten Psycho-Medizinisch-Sozialen Zentrums

Artikel 73 - In Artikel 33 Absatz 1 Nummer 5 des Dekretes vom 14. Dezember 1998 zur Festlegung des Statuts der subventionierten Personalmitglieder des freien subventionierten Unterrichtswesens und des freien subventionierten Psycho-Medizinisch-Sozialen Zentrums, ersetzt durch das Dekret vom 26. Juni 2006 und ergänzt durch das Dekret vom 11. Mai 2009, wird ein Buchstabe *f*) mit folgendem Wortlaut eingefügt:

"f) falls es sich um ein Personalmitglied handelt, das das Amt eines Lehrer-Mediothekars bekleidet, muss dieses über einen Befähigungsnachweis zur Führung einer Schulmediothek verfügen;"

Artikel 74 - In Artikel 35 § 1 Absatz 1 Nummer 4 desselben Dekretes, ersetzt durch das Dekret vom 26. Juni 2006, wird der Punkt am Ende des Satzes durch ein Semikolon ersetzt.

In denselben Absatz, ersetzt durch das Dekret vom 26. Juni 2006 und abgeändert durch das Dekret vom 23. Juni 2008, wird eine Nummer 5 mit folgendem Wortlaut eingefügt:

"5. er war innerhalb der letzten fünf Schuljahre beim betreffenden Schulträger im aktiven Dienst;"

Artikel 75 - In Artikel 40 Nummer 4 desselben Dekretes, ergänzt durch das Dekret vom 21. April 2008, wird nach der Wortfolge "die Mitglieder des Verwaltungspersonals" die Wortfolge "und für den Lehrer-Mediothekar" eingefügt.

Artikel 76 - In Artikel 49 § 1 Absatz 1 Nummer 5 desselben Dekretes, ersetzt durch das Dekret vom 26. Juni 2006 und ergänzt durch das Dekret vom 11. Mai 2009, wird ein Buchstabe *f*) mit folgendem Wortlaut eingefügt:

"f) falls es sich um ein Personalmitglied handelt, das das Amt eines Lehrer-Mediothekars bekleidet, muss dieses über einen Befähigungsnachweis zur Führung einer Schulmediothek verfügen;"

Artikel 77 - In Artikel 69.5 § 2 Absatz 1 Nummer 7 desselben Dekretes, eingefügt durch das Dekret vom 25. Juni 2007, wird die Wortfolge "Vermerk "unzureichend"" durch die Wortfolge "Vermerk "ungenügend"" ersetzt.

Artikel 78 - In Artikel 69.6 § 2 desselben Dekretes, eingefügt durch das Dekret vom 25. Juni 2007, wird die Wortfolge "Artikel 69sexies § 4" durch die Wortfolge "Artikel 69.5 § 4" ersetzt.

Artikel 79 - In Titel IV desselben Dekretes wird ein Artikel 119.1 mit folgendem Wortlaut eingefügt:

"Artikel 119.1 - Artikel 33 Absatz 1 Nummer 5 Buchstabe *d*) findet keine Anwendung auf das Schuljahr 2010-2011."

KAPITEL XXIII - Abänderung des Dekretes vom 26. April 1999 über das Regelgrundschulwesen

Artikel 80 - In Artikel 20 Absatz 2 des Dekretes vom 26. April 1999 über das Regelgrundschulwesen wird die Wortfolge "Mitglied der Inspektion" jeweils durch die Wortfolge "Mitglied des Fachbereichs Pädagogik des Ministeriums" ersetzt.

Artikel 81 - In Artikel 35 desselben Dekretes, ersetzt durch das Dekret vom 25. Juni 2007, wird ein § 3 mit folgendem Wortlaut eingefügt:

"§ 3 - Zählen für die in § 1 Absatz 1 und § 2 Absatz 1 angeführte Mindestschülerzahl, die Schüler, die seit mindestens drei Monaten ihren Wohnsitz haben:

1. in der Ortschaft, in der sich die betreffende Schule befindet, oder

2. in einer anderen Ortschaft, wenn es in dieser Ortschaft keine Schule freier Wahl gemäß Artikel 24 des Dekretes vom 31. August 1998 über den Auftrag an die Schulträger und das Schulpersonal sowie über die allgemein pädagogischen und organisatorischen Bestimmungen für die Regel- und Förderschulen gibt, oder

3. in einer anderen Ortschaft, wenn es in dieser Ortschaft eine Schule gibt, die jedoch nicht die nächstgelegene Schule freier Wahl gemäß Artikel 24 desselben Dekretes vom 31. August 1998 ist."

Artikel 82 - Artikel 56 § 2 Absatz 1 desselben Dekretes, ersetzt durch das Dekret vom 23. Oktober 2000, wird durch folgende Bestimmung ersetzt:

"Auf Antrag des Schulträgers erfolgt am letzten Schultag des Monats März eine Neuberechnung des Stellenkapitals in den Niederlassungen, die gemäß den Artikeln 54 und 55 zum Stichtag mindestens 26 Schüler zählten."

Artikel 83 - In Artikel 57 § 3, ersetzt durch das Dekret vom 30. Juni 2003, wird das Wort "Vollzeitstelle" durch die Wortfolge "halbe Stelle" ersetzt.

KAPITEL XXIV - Abänderung des Dekretes vom 17. Dezember 2001 zur Beschulung von neuankommenden Schülern

Artikel 84 - Artikel 2 Nummer 1 Buchstabe *c*) des Dekretes vom 17. Dezember 2001 zur Beschulung von neuankommenden Schülern wird durch folgenden Wortlaut ersetzt:

"c) sie sind frühestens seit dem 1. Februar des dem Vorjahr vorangehenden Jahres in einer Schule in der Deutschsprachigen Gemeinschaft eingeschrieben."

KAPITEL XXV - Abänderung des Dekretes vom 29. März 2004 zur Festlegung des Statuts der subventionierten Personalmitglieder des offiziellen subventionierten Unterrichtswesens und der offiziellen subventionierten Psycho-Medizinisch-Sozialen Zentren

Artikel 85 - In Artikel 22 Absatz 1 Nummer 4 des Dekretes vom 29. März 2004 zur Festlegung des Statuts der subventionierten Personalmitglieder des offiziellen subventionierten Unterrichtswesens und der offiziellen subventionierten Psycho-Medizinisch-Sozialen Zentren, ersetzt durch das Dekret vom 26. Juni 2006, wird der Punkt am Ende des Satzes durch ein Semikolon ersetzt.

In denselben Absatz, ersetzt durch das Dekret vom 26. Juni 2006 und abgeändert durch das Dekret vom 23. Juni 2008, wird eine Nummer 5 mit folgendem Wortlaut eingefügt:

"5. er war innerhalb der letzten fünf Schuljahre beim betreffenden Schulträger im aktiven Dienst;"

Artikel 86 - In Artikel 23 Absatz 1 Nummer 2 desselben Dekretes, ersetzt durch das Dekret vom 26. Juni 2006, wird die Wortfolge "oder bei anderen Trägern sowie die weitere berufliche Erfahrung" durch die Wortfolge "und/oder Dienstalter bei anderen Trägern beziehungsweise weitere berufliche Erfahrung" ersetzt.

Artikel 87 - In Artikel 29 Nummer 4 desselben Dekretes, ergänzt durch das Dekret vom 21. April 2008, wird der erste Satzteil bis zum ersten Semikolon durch folgenden Wortlaut ersetzt: "für die Mitglieder des Direktions- und Lehrpersonals, des Erziehungshilfspersonals, des paramedizinischen und sozialpsychologischen Personals der

Unterrichtseinrichtungen spätestens am letzten Schultag des Schuljahres, im Laufe dessen die Einstellung erfolgt ist, sowie für die Mitglieder des Verwaltungspersonals und für den Lehrer-Mediothekar einer Unterrichtseinrichtung und die Personalmitglieder eines PMS-Zentrums am 31. August;".

Artikel 88 - In Artikel 37 Absatz 1 Nummer 9 desselben Dekretes, abgeändert durch das Dekret vom 26. Juni 2006, wird die Wortfolge "für die in Nummer 8 angeführte Zeitspanne von mindestens 240 Tagen" gestrichen.

Artikel 89 - In Artikel 41bis Absatz 1 Nummer 2 desselben Dekretes, eingefügt durch das Dekret vom 26. Juni 2006, wird die Wortfolge "oder bei anderen Trägern sowie die weitere berufliche Erfahrung" durch die Wortfolge "und/oder Dienstalter bei anderen Trägern beziehungsweise weitere berufliche Erfahrung" ersetzt.

Artikel 90 - In Artikel 42bis Absatz 2 Nummer 2 desselben Dekretes, eingefügt durch das Dekret vom 26. Juni 2006, wird die Wortfolge "oder bei anderen Trägern sowie die weitere berufliche Erfahrung" durch die Wortfolge "und/oder Dienstalter bei anderen Trägern beziehungsweise weitere berufliche Erfahrung" ersetzt.

Artikel 91 - In Kapitel XIV desselben Dekretes wird ein Artikel 111ter mit folgendem Wortlaut eingefügt:

Artikel 111ter - Übergangsregel

Artikel 20 § 1 Absatz 1 Nummer 5 Buchstabe d) findet keine Anwendung auf das Schuljahr 2010-2011."

KAPITEL XXVI - Abänderung des Dekretes vom 19. April 2004 über die Vermittlung und den Gebrauch der Sprachen im Unterrichtswesen

Artikel 92 - In Artikel 12 Absatz 3 des Dekretes vom 19. April 2004 über die Vermittlung und den Gebrauch der Sprachen im Unterrichtswesen, abgeändert durch das Dekret vom 21. April 2008, wird die Wortfolge "beziehungsweise Primarschullehrern" durch die Wortfolge ", Primarschullehrern oder Lehrbefähigten der Unterstufe des Sekundarunterrichts" ersetzt.

KAPITEL XXVII - *Abänderung des Dekretes vom 27. Juni 2005 zur Schaffung einer autonomen Hochschule*

Artikel 93 - In Artikel 3.18 des Dekretes vom 27. Juni 2005 zur Schaffung einer Autonomen Hochschule werden nach Absatz 1 zwei neue Absätze mit folgendem Wortlaut eingefügt:

"Zusätzlich zu den in Absatz 1 angeführten Ausbildungsaktivitäten bietet die Hochschule im Rahmen der Erstausbildung im Studienbereich Bildungswissenschaften Wahlfächer in nachfolgenden Bildungsbereichen an:

1. Förderpädagogik;
2. Erste Fremdsprache Französisch und Fachdidaktik;
3. Katholischer Religionsunterricht und Fachdidaktik;
4. Nichtkonfessionelle Sittenlehre und Fachdidaktik.

Jeder Student kann während der Erstausbildung ein in Absatz 2 angeführtes Wahlfach belegen."

Artikel 94 - In Artikel 3.21 Absatz 3 desselben Dekretes wird ein zweiter Satz mit folgendem Wortlaut eingefügt: "Die in Artikel 3.18 Absatz 2 angeführten Wahlfächer sind in dieser Zahl nicht inbegriffen."

In denselben Artikel wird ein Absatz 4 mit folgendem Wortlaut eingefügt:

"Die Hochschule legt den Studienumfang der in Artikel 3.18 Absatz 2 angeführten Wahlfächer in Form von Studienpunkten fest, wobei der Umfang mindestens 10 Studienpunkten entspricht, wenn das erfolgreiche Absolvieren des Wahlfachs eine zusätzliche Qualifikation in Form eines Fachtitels für den Studenten mit sich bringt."

Artikel 95 - In Artikel 3.22 desselben Dekretes wird die Zahl "40" durch die Zahl "10" ersetzt.

Artikel 96 - In Artikel 3.33 desselben Dekretes wird ein § 4 mit folgendem Wortlaut eingefügt:

"§ 4 - Die in § 1 und § 2 angeführten Bestimmungen gelten ebenfalls für die Organisation der Prüfungen in den in Artikel 3.18 Absatz 2 angeführten Wahlfächern."

Artikel 97 - In Artikel 3.35 desselben Dekretes werden nach Absatz 1 zwei neue Absätze mit folgendem Wortlaut eingefügt:

"Die Verleihung des Abschlussdiploms der Erstausbildung im Studienbereich Bildungswissenschaften ist nicht an das erfolgreiche Bestehen eines der in Artikel 3.18 Absatz 2 angeführten und gegebenenfalls besuchten Wahlfächer gebunden.

Dem regulären Studenten, der mit Ausnahme der gewährten Prüfungsbefreiung die Prüfungen des gegebenenfalls besuchten Wahlfachs besteht, wird ein Studienachweis verliehen. Der Studienachweis kann zu einem anderen Zeitpunkt als das Abschlussdiplom der Erstausbildung verliehen werden."

Artikel 98 - In Artikel 5.11 desselben Dekretes wird ein Absatz 2 mit folgendem Wortlaut hinzugefügt:

"Die Ausübung des Amtes eines Forschungsbeauftragten ist unvereinbar mit der Ausübung des Amtes eines Dozenten."

Artikel 99 - In Artikel 5.17 Absatz 1 Nummer 5 desselben Dekretes wird der Punkt am Ende des Satzes durch ein Semikolon ersetzt.

In denselben Absatz, abgeändert durch die Dekrete vom 26. Juni 2006 und vom 23. Juni 2008, wird eine Nummer 6 mit folgendem Wortlaut eingefügt:

"6. er war innerhalb der letzten fünf Schuljahre beim betreffenden Schulträger im aktiven Dienst."

Artikel 100 - In Artikel 5.17bis Absatz 1 Nummer 2 desselben Dekretes, eingefügt durch das Dekret vom 26. Juni 2006, wird die Wortfolge "oder bei anderen Trägern sowie die weitere berufliche Erfahrung" durch die Wortfolge "und/oder Dienstalter bei anderen Trägern beziehungsweise weitere berufliche Erfahrung" ersetzt.

Artikel 101 - In Artikel 5.33 desselben Dekretes wird ein Absatz 3 mit folgendem Wortlaut eingefügt:

"Absatz 2 gilt nicht für Personalmitglieder, die am 1. September 2009 bereits an der Hochschule definitiv ernannt sind."

Artikel 102 - In Artikel 5.34bis Absatz 1 Nummer 2 desselben Dekretes, eingefügt durch das Dekret vom 26. Juni 2006, wird die Wortfolge "oder bei anderen Trägern sowie die weitere berufliche Erfahrung" durch die folgende Wortfolge "und/oder Dienstalter bei anderen Trägern beziehungsweise weitere berufliche Erfahrung" ersetzt.

Artikel 103 - In Artikel 5.75 Nummer 11 desselben Dekretes wird der Punkt am Ende des Satzes durch ein Semikolon ersetzt.

In denselben Artikel wird eine Nummer 12 mit folgendem Wortlaut eingefügt:

"12. Organisation und Durchführung von Weiterbildungsmaßnahmen."

Artikel 104 - In Artikel 5.79ter Absatz 2 Nummer 2 desselben Dekretes, eingefügt durch das Dekret vom 26. Juni 2006, wird die Wortfolge "oder bei anderen Trägern sowie die weitere berufliche Erfahrung" durch die Wortfolge "und/oder Dienstalter bei anderen Trägern beziehungsweise weitere berufliche Erfahrung" ersetzt.

Artikel 105 - In den Titel V Untertitel 15 desselben Dekretes wird ein Artikel 5.81bis mit folgendem Wortlaut eingefügt:

"Artikel 5.81bis - Anerkennung von Dienstjahren

Die Anerkennung von Dienstjahren erfolgt für das Unterhaltspersonal gemäß den im Gemeinschaftsunterrichtswesen anwendbaren Bestimmungen."

Artikel 106 - In Artikel 6.3 Absatz 1 desselben Dekretes wird die Wortfolge "wird eine Stelle für einen Chefsekretär" durch die Wortfolge "werden zwei Stellen für Chefsekretäre" ersetzt.

Artikel 107 - Artikel 6.7 § 1 Absatz 3 desselben Dekretes wird durch folgende Bestimmung ersetzt:

"Das in der Hochschule für das Direktions- und Lehrpersonal vorgesehene Stundenkapital entspricht während der Schuljahre beziehungsweise akademischen Jahre 2009-2010 bis einschließlich 2012-2013 dem Stundenkapital, das der Hochschule in Anwendung von Absatz 1 für das Schuljahr beziehungsweise akademische Jahr 2008-2009 gewährt worden ist."

Artikel 108 - Artikel 6.8 desselben Dekretes wird durch folgende Bestimmung ersetzt:

"Artikel 6.8 - Zusätzliches Stellenkapital für Forschung

Zwecks Wahrnehmung ihrer Aufgaben im Rahmen der Forschung erhält die Hochschule zusätzlich zu dem in Artikel 6.7 angeführten Stundenkapital zwei Vollzeitstellen.

Dieses zusätzliche Stellenkapital wird Personalmitgliedern im Amt eines Forschungsbeauftragten gewährt."

Artikel 109 - Artikel 6.9 Absatz 2 desselben Dekretes wird durch folgende Bestimmung ersetzt:

"Die Anzahl Stellen für das Unterhaltspersonal entspricht während der Schuljahre beziehungsweise akademischen Jahre 2009-2010 bis einschließlich 2012-2013 der Anzahl Stellen, die der Hochschule in Anwendung von Absatz 1 für das Schuljahr beziehungsweise akademische Jahr 2008-2009 gewährt worden sind."

Artikel 110 - In Artikel 7.2. § 1 desselben Dekretes wird der letzte Satz gestrichen.

In denselben Paragrafen wird ein Absatz 2 mit folgendem Wortlaut eingefügt:

"Die Höhe der der Hochschule gewährten Funktionsmittel entspricht während der Schuljahre beziehungsweise akademischen Jahre 2009-2010 bis einschließlich 2012-2013 der Höhe der Funktionsmittel, die der Hochschule in Anwendung von Absatz 1 für das Schuljahr beziehungsweise akademische Jahr 2008-2009 gewährt worden sind."

Artikel 111 - In Artikel 7.3. desselben Dekretes wird das Wort "Haushaltjahres" durch die Wortfolge "akademischen Jahres" ersetzt.

Artikel 112 - Artikel 7.4 § 2 Absatz 1 desselben Dekretes wird durch folgende Bestimmung ersetzt:

"Gastdozenten werden auf Honorarbasis eingestellt. Zu diesem Zweck legt die Hochschule eine für die Honorare von Gastdozenten gültige Tarifordnung fest."

Absatz 3 desselben Paragrafen wird durch folgende Bestimmung ersetzt:

"Der in Anwendung von Absatz 2 gewährte Betrag wird der Hochschule zu Beginn des akademischen Jahres als Pauschale überwiesen. Der Betrag, der am Ende des betreffenden akademischen Jahres nicht verwendet wurde, wird rückerstattet. Der Schulträger übermittelt zu diesem Zweck und zwecks Überprüfung der Regierung am Ende dieses Jahres die entsprechenden Belege."

Artikel 113 - § 1 - In Titel IX desselben Dekretes wird ein Artikel 9.11bis mit folgendem Wortlaut eingefügt:

"Artikel 9.11bis - Lehrbefähigung für Mitglieder des Direktions- und Lehrpersonals

Artikel 5.15 § 1 Absatz 1 Nummer 5 Buchstabe d) findet keine Anwendung auf das Schuljahr 2010-2011."

§ 2 - In denselben Titel desselben Dekretes wird ein Artikel 9.11ter mit folgendem Wortlaut eingefügt:

"Artikel 9.11ter - Absolvieren von Wahlfächern

Die Artikel 3.18 Absätze 2 und 3, Artikel 3.21 Absätze 3 und 4, Artikel 3.22, Artikel 3.33 § 4 und Artikel 3.35 Absätze 2 und 3 finden keine Anwendung auf die Studenten, die mindestens das zweite Studienjahr im Laufe des akademischen Jahres 2008-2009 bestanden haben."

KAPITEL XXVIII - Abänderung des Dekretes vom 21. April 2008 zur Aufwertung des Lehrerberufes

Artikel 114 - In Artikel 84 des Dekretes vom 21. April 2008 zur Aufwertung des Lehrerberufes wird die Wortfolge "Artikel 26 § 2" durch die Wortfolge "Artikel 26 § 2 Absatz 1" ersetzt.

Artikel 115 - Artikel 109 desselben Dekretes wird wie folgt abgeändert:

1. In § 1 Absatz 1 wird nach der Wortfolge "Personalmitglieder werden" die Wortfolge "in dem betreffenden Amt" eingefügt.

2. In § 1 Absatz 2 wird die Wortfolge "vorausgesetzt, dass letztere dem Personalmitglied in den Schuljahren 2007-2008 oder 2008-2009 während mindestens 15 Wochen zugewiesen wurden" durch die Wortfolge "vorausgesetzt, es handelt sich um dasselbe Amt beziehungsweise dieselben Ämter wie dasjenige beziehungsweise diejenigen, die das Personalmitglied in den Schuljahren 2007-2008 oder 2008-2009 jeweils während mindestens 15 Wochen ausgeübt hat" ersetzt.

3. In § 2 wird nach der Wortfolge "den Schuljahren 2007-2008 oder 2008-2009" das Wort "jeweils" eingefügt.

4. In § 2 wird nach der Wortfolge "Gehaltstabelle 222 besoldet werden, werden" die Wortfolge "in dem Amt beziehungsweise den Ämtern, das beziehungsweise die sie in dem vorerwähnten Zeitraum von 15 Wochen ausgeübt haben," eingefügt.

5. Es wird ein § 4 mit folgendem Wortlaut eingefügt:

"§ 4 - Die in Artikel 103 angeführten Personalmitglieder, die Inhaber eines Befähigungszeugnisses für das Amt eines Fachlehrers für Leibeserziehung im Primarschulwesen sind, das vor dem 1. Januar 1990 gemäß dem Königlichen Erlass vom 5. Mai 1958 zur Einsetzung eines Sonderprüfungsausschusses zur Verleihung des Befähigungszeugnisses für das Amt eines Fachlehrers für Leibeserziehung im Primarschulwesen ausgestellt worden ist, werden in die Diplomstufe II+ eingeordnet."

KAPITEL XXIX - Abänderung des Dekretes vom 23. Juni 2008 über Maßnahmen im Unterrichtswesen 2008

Artikel 116 - In Artikel 6 Absatz 3 des Dekretes vom 23. Juni 2008 über Maßnahmen im Unterrichtswesen 2008 wird die Wortfolge "Der Mutterschaftsurlaub und der Urlaub aus prophylaktischen Gründen" durch die Wortfolge "Der Mutterschaftsurlaub, der Mutterschaftsschutz und der Urlaub aus prophylaktischen Gründen" ersetzt.

Artikel 117 - In Artikel 45 Absatz 2 desselben Dekretes wird die Wortfolge "Absatz 3" durch die Wortfolge "Absatz 4" ersetzt.

Artikel 118 - Im Titel des Kapitels XVII desselben Dekretes wird das Wort "Maßnahmen" durch die Wortfolge "dringende Maßnahmen" ersetzt.

Artikel 119 - In Artikel 60 desselben Dekretes wird das Wort "Maßnahmen" durch die Wortfolge "dringende Maßnahmen" ersetzt.

Artikel 120 - In Artikel 98 Absatz 8 desselben Dekretes wird die Zahl "56" durch die Zahl "58" ersetzt.

KAPITEL XXX - Schlussbestimmungen

Artikel 121 - Aufhebungsbestimmung

Artikel 4quater § 2 Absatz 2 des Erlasses der Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft vom 9. November 1994 bezüglich der Laufbahnunterbrechung im Unterrichtswesen und in den Psycho-Medizinisch-Sozialen Zentren, eingefügt durch das Dekret vom 25. Juni 2007, wird aufgehoben.

Artikel 122 - Aufhebungsbestimmung

Artikel 2.8 § 2 Absatz 1 Nummer 6, die die Nummern 6.1 bis 6.9 umfasst, und Absatz 2 des Dekretes vom 27. Juni 2005 zur Schaffung einer autonomen Hochschule werden aufgehoben.

Artikel 123 - Aufhebungsbestimmung

Artikel 97 des Dekretes vom 23. Juni 2008 über Maßnahmen im Unterrichtswesen 2008 wird aufgehoben.

Artikel 124 - Inkrafttreten

Der Artikel 111 tritt mit Wirkung vom 1. Juli 2005 in Kraft.

Der Artikel 77 und 78 treten mit Wirkung des 1. Mai 2007 in Kraft.

Die Artikel 118 und 119 treten mit Wirkung vom 1. Juni 2008 in Kraft.

Der Artikel 19, 20, 117 und 120 treten mit Wirkung vom 1. Juli 2008 in Kraft.

Die Artikel 18, 60, 61, 66, 67, 114, 116, 121 und 123 treten mit Wirkung vom 1. September 2008 in Kraft.

Der Artikel 65 und 115 tritt mit Wirkung vom 1. Januar 2009 in Kraft.

Die Artikel 26, 28, 30, 41, 42, 43, 55, 56, 57, 62, 63, 64, 80, 86, 89, 90, 100, 102 und 104 treten am 1. Juni 2009 in Kraft.

Die Artikel 12 und 13 treten am 1. Juli 2009 in Kraft.

Die Artikel 21, 23, 31, 32, 35, 44, 58, 59, 70, 71, 72, 79, 81, 82, 83, 84, 88, 91, 92, 93, 94, 95, 96, 97, 98, 101, 103, 105, 106, 107, 108, 109, 110, 112, 113 und 122 treten am 1. September 2009.

Die Artikel 68 und 69 treten am 1. Oktober 2009 in Kraft.

Die Artikel 25, 40, 54, 74, 85 und 99 treten am 1. Januar 2010 in Kraft.

Die Artikel 14 bis 17, 22, 24, 27, 29, 34, 36, 37, 73, 75, 76 und 87 treten am 1. September 2010 in Kraft.

Die Artikel 1 bis 11, 33, 38, 39, 45 bis 53 treten am Tag der Veröffentlichung des Dekretes im Belgischen Staatsblatt in Kraft.

Wir fertigen das vorliegende Dekret aus und ordnen an, dass es durch das
Belgische Staatsblatt veröffentlicht wird.

Gegeben zu Eupen, den 25. Mai 2009

K.-H. LAMBERTZ

Ministerpräsident der Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft,
Minister für lokale Behörden

B. GENTGES

Vize-Ministerpräsident der Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft,
Minister für Ausbildung und Beschäftigung, Soziales und Tourismus

O. PAASCH

Minister für Unterricht und wissenschaftliche Forschung

I. WEYKMANS

Ministerin für Kultur und Medien, Denkmalschutz, Jugend und Sport

Note

Sitzungsperiode 2008-2009.

Nummerierte Dokumente: 150 (2008-2009), Nr. 1. — Dekretentwurf 150 (2008-2009), Nr. 2. — Abänderungsvorschlag 150 (2008-2009), Nr. 3. Bericht

Ausführlicher Bericht: 25. Mai 2009, Nr. 14 (2008-2009). Diskussion und Abstimmung

TRADUCTION

MINISTÈRE DE LA COMMUNAUTE GERMANOPHONE

F. 2009 — 3136

[2009/203925]

25 MAI 2009. — Décret portant sur des mesures en matière d'enseignement et de formation pour 2009

Le Parlement de la Communauté germanophone a adopté et Nous, Gouvernement, sanctionnons ce qui suit:

CHAPITRE I^{er}. — Reconnaissance des qualifications professionnelles et delivrance de certificats de conformité pour les bureaux de recrutement de l'enseignement

*Section 1^{re} - Reconnaissance des qualifications professionnelles***Article 1.** Transposition de la Directive

Le présent chapitre sert à la transposition partielle de la Directive 2005/36/CE du Parlement européen et du Conseil du 7 septembre 2005 relative à la reconnaissance des qualifications professionnelles.

La Directive fixe les modalités selon lesquelles la Communauté germanophone, qui lie l'accès à une profession réglementée ou à son exercice à la possession de certains qualifications professionnelles précises, reconnaît pour l'accès à une profession réglementée ou à son exercice en Communauté germanophone les qualifications professionnelles acquises dans un ou plusieurs autres Etats membres dont le détenteur peut justifier qu'il a bien exercé cette même profession dans ledit Etat membre.

Article 2. Définitions

§ 1 - Dans le présent article, l'on entend par :

1. Professions réglementées : tous les postes d'enseignant dans les établissements de l'enseignement général ou spécial de niveau préscolaire, primaire et secondaire, de la formation scolaire continue et de l'enseignement artistique en alternance;

2. Qualifications professionnelles : les qualifications qui peuvent être prouvées par le biais d'un diplôme de formation, d'un certificat d'aptitudes conformément à l'article 4 alinéa 1 lettre a) et/ou une expérience professionnelle correspondante;

3. Diplôme de formation : tout diplôme, certificat d'exams et autre certificat d'aptitudes, délivré par les autorités d'un Etat membre dûment nommées dans le respect des règles de droit et d'administration dudit Etat pour la réussite d'une formation professionnelle majoritairement suivie en Communauté européenne;

4. Autorités compétentes : toute autorité ou service doté, par les Etats membres, des compétences lui permettant de délivrer ou recevoir des diplômes de formation, ainsi que tout autre document ou information, et de prendre des décisions, sur lesquelles porte le présent décret;

5. Formation réglementée : une formation qui se concentre sur l'exercice d'une profession bien précise et consiste en un seul ou plusieurs parcours de formation bien défini(s) qui peut ou peuvent, le cas échéant, être complétés par une formation professionnelle, un stage ou une pratique professionnelle;

6. Expérience professionnelle : l'exercice effectif et régulier du métier concerné dans un Etat membre;

7. Certificat d'équivalence : une déclaration de l'administration qui confirme qu'une qualification professionnelle reçue dans un autre Etat membre donne effectivement accès à un ou plusieurs bureaux de recrutement repris dans les dispositions de la législation, du décret et des règlements portant sur le statut des membres du corps enseignant;

8. Etat membre : tout Etat membre de l'Union Européenne, ainsi que l'Islande, le Lichtenstein, la Norvège et la Suisse, dès que la Directive 2005/36/CE sera d'application dans lesdits pays;

9. Candidat : un ressortissant d'un Etat membre;

10. Etat membre d'origine : l'Etat membre, à l'exception de la Belgique, dans lequel le candidat a acquis une ou plusieurs formations professionnelles;

11. Pays tiers : tout autre Etat que ceux repris sous le point 8. ci-dessus;

12. Gouvernement : le Gouvernement de la Communauté germanophone.

§ 2 - Est considéré équivalent à un diplôme de formation tout certificat de formation délivré par un pays tiers, pour autant que son titulaire jouisse, dans la profession en question, de trois années d'expérience professionnelle dans le métier du certificat sur le territoire de l'Etat membre, où ce certificat de formation est reconnu et que ledit Etat membre reconnaît l'expérience professionnelle visée.

Article 3. Effet de la reconnaissance

La reconnaissance d'une qualification professionnelle par la Communauté germanophone permet à la personne ainsi habilitée d'embrasser, en Communauté germanophone, la même profession que celle pour laquelle cette personne a été formée dans son Etat membre d'origine, et de l'exercer dans les mêmes conditions qu'un détenteur des mêmes qualifications professionnelles formé en Communauté germanophone.

Aux fins du présent chapitre, la profession que souhaite exercer le candidat en Communauté germanophone est la même que celle pour laquelle il a été formé dans son Etat membre d'origine, si les activités comprises dans ladite profession dans le pays d'origine de la personne, sont comparables.

Article 4. Niveau de qualification

Pour les usages prévus à l'article 6, les qualifications professionnelles sont catégorisées comme suit :

1. Certificat d'aptitudes établi par une autorité compétente dans l'Etat membre d'origine selon les dispositions juridiques et administratives en vigueur

a) soit pour attester d'une formation pour laquelle aucun certificat ou diplôme au sens des numéros 2, 3, 4 ou 5 n'est émis, ou d'un examen spécifique sans formation préalable ou de l'exercice d'une profession à temps plein dans un Etat membre pendant trois années consécutives ou à temps partiel pendant un temps correspondant à trois années sur les dix dernières années;

b) soit pour attester d'une formation dans l'enseignement général primaire ou secondaire, dans le cadre de laquelle le détenteur du certificat d'aptitudes se voit confirmer qu'il possède bien les connaissances générales requises.

2. Attestation délivrée à la fin d'une formation secondaire :

a) Soit pour attester d'une formation secondaire générale étoffée par une formation technique ou professionnelle, qui n'est pas une formation technique ou professionnelle au sens du numéro 3 et/ou par un stage requis en regard de

cette filière de formation ou par un apprentissage en entreprise;

b) Soit pour attester d'une formation secondaire technique ou professionnelle, étoffée, le cas échéant, par une formation technique ou professionnelle au sens de la lettre a) et/ou par un stage requis en regard de cette filière de formation ou par un apprentissage en entreprise;

3. Diplôme délivré à la fin :

a) D'une formation postsecondaire d'au moins un an ou d'une formation à temps partiel de durée correspondante ne pouvant être considérée comme formation postsecondaire au sens des numéros 4 et 5 et pour laquelle l'une des conditions générales d'accès est l'obtention d'une formation secondaire accordant accès à une formation universitaire ou supérieure, voire une formation scolaire de cycle supérieur terminée avec succès, voire enfin la formation professionnelle requise en regard de la formation postsecondaire;

b) Soit, en cas de profession réglementée, une des filières de formations structurées correspondant au niveau de formation de la lettre a), permettant d'acquérir une formation professionnelle comparable ou de préparer la personne à une fonction ou responsabilité professionnelle comparable.

4. Diplôme délivré à la fin d'une formation postsecondaire d'au moins trois ans et de maximum quatre ans, d'une formation en alternance de la même durée auprès d'une université ou d'une école supérieure, voire d'un parcours de formation différent apportant le même niveau de formation que la formation professionnelle et éventuellement suivi parallèlement aux études traditionnelles.

5. Attestation confirmant à son détenteur, qu'il a bien terminé, avec succès, un parcours de formation postsecondaire d'au moins quatre ans ou une formation en alternance d'une durée équivalente auprès d'une université, d'une école supérieure ou d'une autre structure de formation de niveau équivalent, ainsi que, le cas échéant, la formation professionnelle complémentaire requise en regard du parcours de formation postsecondaire.

Article 5. Filières de formation équivalentes

Tous les certificats et attestations de formation délivrés par les autorités compétentes d'un Etat membre, pour autant qu'ils attestent de compétences acquises par une formation suivie en Union européenne et reconnue équivalente par ledit Etat membre, et qu'ils confèrent les mêmes droits à la personne quant à l'exercice d'une profession ou préparent ladite personne à l'exercice de cette profession, sont des certificats de formation équivalents et de niveau équivalent au sens de l'article 4.

Dans les conditions de l'alinéa 1 ci-dessus, ces certificats de formation sont assimilés à des qualifications professionnelles, qui ne répondent certes pas aux exigences juridiques et administratives de l'Etat membre d'origine pour le choix et l'exercice d'une profession, mais qui n'en confèrent pas moins à leur titulaire des droits acquis aux termes desdites règles juridiques et administratives. Ceci est particulièrement vrai lorsque le pays d'origine augmente le niveau de formation requis pour accéder à une profession ou pour exercer ladite profession, et lorsqu'une personne, qui a suivi au préalable une formation, qui ne correspond plus aux exigences des nouvelles qualifications requises, jouit de droits acquis aux termes des dispositions juridiques et administratives nationales; dans de tels cas, la Communauté germanophone classe, en application de l'article 6, les formations précédemment suivies au même niveau que le nouveau parcours de formation.

Article 6. Conditions de reconnaissance

§ 1 - Si le choix ou l'exercice d'une profession réglementée en Communauté germanophone dépend de la possession de certaines qualifications professionnelles, le gouvernement octroie aux candidats qui possèdent un diplôme de formation ou un certificat d'aptitudes requis dans un autre Etat membre pour obtenir l'autorisation de choisir et d'exercer la profession en question sur le territoire dudit Etat membre, le droit de choisir et d'exercer cette profession en Communauté germanophone dans les mêmes conditions que pour les détenteurs des qualifications professionnelles exigées par la Communauté germanophone.

Les certificats d'aptitude et les diplômes de formation doivent :

1. Avoir été établis dans un Etat membre par les autorités compétentes nommées conformément aux dispositions juridiques et administratives y applicables;

2. Prouver, que le niveau de qualification du détenteur correspond au moins au niveau visé à l'article 4 qui est situé juste en dessous du niveau exigé par la Communauté germanophone;

§ 2 - Le choix et l'exercice d'une profession conformément au § 1 doivent également faire l'objet d'une autorisation au candidat, si ce dernier a exercé ladite profession à temps plein pendant deux ans sur les deux dernières années dans un Etat membre où la profession en question n'est pas réglementée, pour autant que le candidat soit en possession d'un ou plusieurs diplômes de formation ou certificats d'aptitudes.

Les certificats d'aptitude et les diplômes de formation doivent :

1. Avoir été établis dans un Etat membre par les autorités compétentes nommées conformément aux dispositions juridiques et administratives y applicables;

2. Prouver, que le niveau de qualification du détenteur correspond au moins au niveau visé à l'article 4 qui est situé juste en dessous du niveau exigé par la Communauté germanophone;

3. Prouver que le détenteur du diplôme/certificat a été préparé à l'exercice de la profession visée.

Article 7. Lacunes et mesures de mise à niveau

L'article 6 n'empêche en aucun cas le Gouvernement d'exiger, dans les cas de figure suivants, du candidat, qu'il suive une formation de mise à niveau de trois années maximum ou qu'il présente un test d'aptitudes :

1. Si la durée de la formation, dont il atteste conformément à l'article 6 §§ 1 et 2, est d'au moins une année plus courte que la formation exigée en Communauté germanophone;

2. Si sa formation jusqu'alors se fonde sur des matières qui figurent sur son diplôme de formation mais diffèrent considérablement de celles prescrites par la Communauté germanophone;

3. Lorsque la profession réglementée en Communauté germanophone comprend une ou plusieurs activités professionnelles réglementées, qui ne font pas partie, dans l'Etat membre d'origine du candidat, de la profession réglementée correspondante au sens de l'article 3 alinéa 2 et lorsque cette différence existe par rapport à une formation particulière dispensée en Communauté germanophone et se fonde sur des matières qui se distinguent nettement de celles couvertes par le diplôme de formation ou le certificat d'aptitudes soumis par le candidat.

Si le Gouvernement fait usage de la possibilité mentionnée au premier alinéa du présent article, le candidat a le choix entre une formation de mise à niveau et un test d'aptitudes. En prélude à cette démarche, le Gouvernement vérifie si les connaissances acquises par le candidat dans le cadre de sa formation correspondent totalement ou en partie aux différences considérables mentionnées à l'alinéa 1 sous les numéros 1 à 3.

Le Gouvernement fixe les autres modalités d'exécution des mesures de mise à niveau.

Section 2. — Délivrance de certificats de conformité pour les bureaux de recrutement de l'enseignement

Article 8. Titre requis

Un certificat d'études, qui a été délivré par un Etat membre et est annexé à un certificat d'équivalence, est un titre requis au sens des dispositions de la loi, du décret et du règlement sur le statut des membres du corps enseignant de la Communauté germanophone.

Article 9. Procédure de demande

§ 1 - Afin d'obtenir un certificat d'équivalence, le candidat dépose une demande auprès du Gouvernement, demande qui reprend au minimum les données suivantes :

1. Le formulaire de demande;
2. Une copie du diplôme de formation;
3. Une énumération complète des matières apprises dans le cadre de la formation professionnelle suivie avec succès;
4. Une déclaration de la structure compétente de l'Etat membre, auprès de laquelle le candidat a suivi sa formation, dont il découle que le candidat peut porter le titre légal de la profession pour laquelle il a été formé, éventuellement avec mention du titre abrégé.

Le Gouvernement a le droit d'exiger documents et informations complémentaires.

Dès que le dossier est complet, le Gouvernement en envoie confirmation au candidat.

Si le Gouvernement a un doute dûment justifié sur l'authenticité des documents soumis, il contacte la structure compétente qui a établi le document original. Le Gouvernement pourra également, en lieu et place et moyennant lettre dûment motivée, contacter le candidat qui a soumis l'attestation. Tant que le candidat ne fournit pas l'attestation originale, la procédure est suspendue.

§ 2 - Le formulaire de demande doit contenir, au moins, les informations suivantes :

1. Nom et prénom du candidat;
2. Date et lieu de naissance;
3. Nationalité;
4. Adresse;
5. Durée des études dans l'enseignement général pour les qualifications acquises;
6. Descriptif précis du parcours de formation;
7. Preuve éventuelle de stages;
8. Expérience professionnelle;
9. Le département et, le cas échéant, les cours, spécialisations ou années, dans lesquels le candidat a le droit d'enseigner dans son Etat membre d'origine;
10. Le titre légal correspondant au diplôme du candidat, éventuellement avec son abréviation légale, octroyé par l'Etat membre d'origine, ainsi que les nom et adresse de l'établissement d'enseignement ou de la commission d'examen qui lui a attribué le titre visé.

Article 10. Certificat d'équivalence

Le certificat d'équivalence comprend au moins les informations suivantes :

1. Nom et prénom du candidat;
2. Date et lieu de naissance;
3. Nationalité;
4. Durée des études dans l'enseignement général pour les qualifications acquises;
5. Descriptif précis du parcours de formation;
6. Preuve éventuelle de stages;
7. Expérience professionnelle;
8. Le cas échéant, le département, ainsi que les cours, spécialisations et années, dans lesquels le candidat a le droit d'enseigner en Communauté germanophone;
9. Le cas échéant, le niveau de rémunération ou la tranche salariale dans laquelle se trouve le candidat sur base des informations reprises au numéro 8 ci-dessus;
10. Le titre légal correspondant au diplôme du candidat, éventuellement avec son abréviation légale, octroyé par l'Etat membre d'origine, ainsi que les nom et adresse de l'établissement d'enseignement ou de la commission d'examen qui lui a attribué le titre visé;
11. La date d'émission du certificat d'équivalence.

Article 11. Délivrance du certificat d'équivalence

§ 1 - Le Gouvernement prend l'une des décisions suivantes :

1. Le certificat d'équivalence est délivré;
2. Le certificat d'équivalence n'est pas encore délivré à ce stade car le candidat doit compenser les lacunes identifiées à l'alinéa 1 de l'article 7 par les mesures de mise à niveau identifiées à l'alinéa 2 de l'article 7;
3. Le certificat d'équivalence ne sera pas délivré car les conditions de reconnaissance du paragraphe 1 ne sont pas remplies.

Le Gouvernement prend l'une des décisions mentionnées au § 1 ci-dessus dans les quatre mois suivant la remise du dossier complet par le candidat.

§ 2 - Le candidat reçoit un certificat d'équivalence dès que les lacunes ont été éliminées par les mesures de mise à niveau de l'alinéa 2 de l'article 7.

CHAPITRE II. — Fixation des éléments essentiels de la formation spécifique d'un directeur de l'enseignement secondaire

Article 12. Fixation des éléments essentiels de la formation spécifique d'un directeur de l'enseignement secondaire

Les éléments essentiels de la formation spécifique d'un directeur de l'enseignement secondaire, qui sont cités à l'article 121 § 3 de l'arrêté royal du 22 mars 1969 fixant le statut des membres du personnel directeur et enseignant, du personnel auxiliaire d'éducation, du personnel paramédical des établissements d'enseignement gardien, primaire,

spécial, moyen, technique, de promotion sociale et artistique de l'Etat, des internats dépendant de ces établissements et des membres du personnel du service d'inspection chargé de la surveillance de ces établissements, et à l'article 69.5 § 3 du décret au 14 décembre 1998 fixant le statut des membres du personnel subsidiés de l'enseignement libre subventionné et du centre PMS libre subventionné, sont établis dans les annexes.

Article 13 - Certificat de formation spécialisée et comptabilisation des formations complémentaires

La formation spécialisée de directeur d'école secondaire peut s'obtenir par le biais de formation complémentaires qui sont proposées au nom de la Communauté germanophone ou par le biais d'organismes tiers.

En cas de formations complémentaires auprès d'organismes tiers, la comptabilisation des formations complémentaires se fait :

- Pour le module externe à l'établissement scolaire, par le Gouvernement;
- Pour le module interne à l'établissement scolaire, par l'établissement scolaire en question.

Cette comptabilisation ne suppose pas uniquement la participation à une formation complémentaire, mais aussi la preuve que le participant a bien présenté et réussi un examen écrit ou oral, ou obtenu une note positive sur le travail qu'il a remis.

CHAPITRE III. — Médiathèques scolaires dans l'enseignement secondaire général

Article 14. Mission de la médiathèque scolaire

Les médiathèques scolaires appuient le travail d'enseignement et d'éducation de l'école et permettent de remplir les conditions nécessaires pour que les élèves puissent acquérir, comme le prévoient les exigences des référentiels de compétences et du programme d'études, les compétences en lecture et en gestion de l'information dans un environnement optimal.

Article 15. Conditions et procédure de reconnaissance

§ 1 - Une médiathèque scolaire peut être reconnue, si :

1. Elle répond aux exigences du gouvernement en matière d'espace et d'équipement requis;
2. Elle satisfait aux critères qualitatifs et quantitatifs fixés par le Gouvernement en matière d'offre médias;
3. Elle est dirigée par un professeur-médiathécaire tel que défini à l'article 16.

§ 2 - Le Gouvernement octroie reconnaissance de la médiathèque scolaire sur demande du chef d'établissement et d'un avis dûment motivé du responsable en charge des médiathèques scolaires. Cette reconnaissance prend ses effets dès le premier jour de l'année scolaire et ne peut être accordée avec effet rétroactif.

Le Gouvernement est chargé de nommer le responsable des médiathèques scolaires et de fixer les modalités précises de la procédure de reconnaissance.

§ 3 - Le Gouvernement peut retirer la reconnaissance à une médiathèque scolaire si cette dernière ne remplit plus une ou plusieurs des conditions mentionnées au § 1^{er} ou si la mission définie à l'article 14 n'est plus respectée. Le retrait de reconnaissance peut se faire sur base d'un simple avis motivé du responsable des médiathèques scolaires et après audition du responsable de la médiathèque visée ou du comité de médiathèque de l'école concernée, tel que mentionné à l'article 17.

Le Gouvernement fixe les modalités précises de la procédure de retrait de reconnaissance à la médiathèque scolaire.

Article 16. Crédit d'un poste de professeur-médiathécaire

§ 1 - Dans les écoles secondaires de l'enseignement général dotées d'une médiathèque scolaire reconnue par le Gouvernement, un poste à temps plein de professeur-médiathécaire est créé et subventionné.

Contrairement aux dispositions de l'alinéa 1, le poste de professeur-médiathécaire peut déjà être créé et subventionné, à la demande de l'établissement, dès le jour du dépôt de la demande de reconnaissance de la médiathèque aux termes de l'article 15. Si la demande est rejetée, la création et le subventionnement de ce poste s'éteignent à la fin du mois calendrier en cours durant lequel intervient le rejet de la demande et l'établissement supportera les frais salariaux encourus jusqu'alors.

§ 2 - Un poste de professeur-médiathécaire peut être fractionné, pour autant que 75 % au moins du poste soit occupé par un seul et même membre du personnel.

§ 3 - Le temps de travail hebdomadaire d'un professeur-médiathécaire est, en moyenne, de 38 heures de 60 minutes. La moyenne est calculée sur une période de référence de quatre mois.

Le temps de travail hebdomadaire ne doit en aucun cas dépasser les 50 heures.

§ 4 - Les congés annuels des professeurs-médiathécaires sont calculés comme suit :

1. Vacances de Noël : deux semaines plus les 24, 25 et 26 décembre si ces jours ne tombent pas dans les deux semaines de congés;
2. Vacances de Pâques : deux semaines;
3. Vacances d'été : du 1^{er} juillet au 31 août.

Sur les congés mentionnés ci-dessus à l'alinéa 1, il faut retirer 13 jours ouvrés, dont cinq tomberont les cinq derniers jours du mois de juillet. Les huit jours ouvrables résiduels seront fixés par le chef d'établissement pendant les périodes de vacances. Si le professeur-médiathécaire suit une formation complémentaire obligatoire pendant les vacances, ce temps de formation sera déduit des huit jours ouvrés.

Article 17. Comité de médiathèque

Dans les écoles qui disposent d'une médiathèque scolaire reconnue, le Conseil pédagogique établira un comité de médiathèque composé de cinq professeurs de branches différentes au minimum. La tâche de ce comité de médiathèque est de conseiller le professeur-médiathécaire et de le soutenir dans sa tâche.

Le comité de médiathèque adopte, au début de chaque année scolaire et sur proposition du professeur-médiathécaire :

1. Un catalogue de mesures pédagogiques pour l'année scolaire correspondante;
2. Un bilan du développement de la médiathèque scolaire et de la réalisation de ses objectifs l'année précédente.

Le catalogue de mesures et le bilan sont portés à la connaissance du responsable des médiathèques scolaires tous les ans en date du 30 octobre.

CHAPITRE IV. — Remboursement des frais de fonctionnement aux inspecteurs en charge des cours de religion

Article 18. Remboursement

Le Gouvernement détermine les frais de fonctionnement qui peuvent être remboursés aux personnes qui sont chargées de l'inspection des cours de religion dans l'enseignement organisé ou subventionné par la Communauté germanophone. Il s'agit dans ce cas de figure :

1. L'équipement initial au lieu de travail;
2. Des frais de déplacement;
3. Des frais de séjour;
4. D'autres frais de fonctionnement, tels que les frais de téléphone, télécopie, internet et documentation.

Le Gouvernement détermine le plafond et les modalités des remboursements prévus au paragraphe 1.

CHAPITRE V. — Reduction sur les abonnements de bus pour élèves et étudiants

Article 19. Champ d'application

Le présent chapitre s'applique aux élèves et étudiants, qui remplissent les conditions suivantes :

1. Avoir entre 12 et 24 ans maximum;
2. Fréquenter l'un des établissements scolaires organisés ou subventionnés par la Communauté germanophone ou être domicilié en Communauté germanophone et fréquenter un établissement scolaire dans un pays voisin;
3. Être transporté par une entreprise wallonne de transports vers un établissement scolaire ou être pris en charge par le réseau de ramassage scolaire de la Communauté germanophone.

Article 20. Réduction

Les élèves et étudiants visés à l'article 19 ont droit, pour le transport vers l'établissement scolaire où ils sont inscrits comme élèves réguliers, à une réduction de 50 % sur les tarifs d'abonnements de bus applicables.

Pour les élèves et étudiants visés à l'article 19, qui vivent en Communauté germanophone et fréquentent un établissement scolaire dans un pays voisin, la réduction mentionnée au paragraphe 1 du présent article est octroyée sur le prix de l'abonnement de bus appliqué jusqu'à la frontière belge.

Le Gouvernement fixe les autres modalités.

CHAPITRE VI. — Modification des lois coordonnées du 31 décembre 1949 sur la collation des grades académiques et le programme des examens universitaires

Article 21. L'article 6 § 2 2ème des lois coordonnées du 31 décembre 1949 sur la collation de grades académiques et le programme des examens universitaires, remplacé par la loi du 1^{er} août 1988, est remplacé par le libellé suivant :

« 2. Qui ont terminé avec fruit la cinquième ou la sixième année d'études de l'enseignement secondaire général, technique ou artistique dans la même forme d'enseignement et dans la même subdivision ou orientation scolaire, ou qui ont terminé avec fruit la sixième année d'études de l'enseignement secondaire professionnel, ainsi que la septième année d'études de cet enseignement organisée en vue de la délivrance d'un certificat d'enseignement secondaire supérieur, ou qui ont terminé avec fruit l'enseignement secondaire inférieur et la septième année d'études organisée dans l'enseignement secondaire professionnel en vue de la délivrance d'un certificat d'enseignement secondaire supérieur. »

CHAPITRE VII. — Modification de l'arrêté royal du 2 octobre 1968 déterminant et classant les fonctions des membres du personnel directeur et enseignant, du personnel auxiliaire d'éducation, du personnel paramédical et socio-psychologique des établissements d'enseignement gardien, primaire, spécial, moyen, technique, artistique et normal de l'Etat et les fonctions des membres du personnel du service d'inspection chargé de la surveillance de ces établissements

Article 22. A l'article 6 lettre Dbis lettre a) de l'arrêté royal du 2 octobre 1968 déterminant et classant les fonctions des membres du personnel directeur et enseignant, du personnel auxiliaire d'éducation, du personnel paramédical et socio-psychologique des établissements d'enseignement gardien, primaire, spécial, moyen, technique, artistique et normal de l'Etat et les fonctions des membres du personnel du service d'inspection chargé de la surveillance de ces établissements, ajouté par décret du Gouvernement du 31 août 2000, le point après le libellé du numéro 1 est remplacé par un point-virgule et un numéro 2 est ajouté, libellé comme suit :

« 2.professeur-médiathécaire. »

Article 23. A l'article 6 lettre E lettre a) du même arrêté Royal, amendé par décret du 27 juin 2005, un numéro 10ter portant libellé suivant est ajouté :

« 10ter. Chargé de recherches »

CHAPITRE VIII. — Modification de l'arrêté royal du 22 mars 1969 fixant le statut des membres du personnel directeur et enseignant, du personnel auxiliaire d'éducation, du personnel paramédical des établissements d'enseignement gardien, primaire, spécial, moyen, technique et artistique de l'Etat, des internats dépendant de ces établissements et des membres du personnel du service d'inspection chargé de la surveillance de ces établissements

Article 24. A l'article 16, alinéa 1, numéro 5 de l'arrêté royal au 22 mars 1969 fixant le statut des membres du personnel directeur et enseignant, du personnel auxiliaire d'éducation, du personnel paramédical des établissements d'enseignement gardien, primaire, spécial, moyen, technique et artistique de l'Etat, des internats dépendant de ces établissements et des membres du personnel du service d'inspection chargé de la surveillance de ces établissements, remplacé par décret du 26 juin 2006 et complété par décret du 11 mai 2009, la lettre f) est ajoutée avec le libellé suivant :

« f) si c'est un membre du corps enseignant de l'établissement qui occupe le poste de professeur-médiathécaire, celui-ci devra être détenteur d'un certificat d'aptitudes pour la gestion d'une médiathèque scolaire; »

Article 25. L'article 17, paragraphe 1 du même arrêté royal, remplacé par décret du 26 juin 2006 et modifié par décret du 23 juin 2008 est complété par un numéro 5 libellé comme suit :

« 5. Il a été en service actif, au cours des cinq dernières années scolaires, auprès du pouvoir organisateur concerné. »

Article 26. L'article 20, alinéa 1, 2ème du même arrêté royal, remplacé par décret du 26 juin 2006, les termes : « ou auprès d'autres pouvoirs organisateurs ainsi que l'expérience professionnelle complémentaire » sont remplacés par le libellé suivant : « et/ou l'ancienneté auprès d'autres pouvoirs organisateurs ainsi que l'expérience professionnelle complémentaire. »

Article 27. A l'article 25, alinéa 1, 4ème du même arrêté royal, remplacé par décret du 26 juin 2006 et complété par décret du 21 avril 2008, le point à la fin de la phrase est remplacé par une virgule et le libellé suivant est ajouté : « sauf le poste de professeur-médiathécaire, qui se termine au 31 août ».

Article 28. A l'article 34, alinéa 2, 2ème du même arrêté royal, remplacé par décret du 26 juin 2006, les termes : « ou auprès d'autres pouvoirs organisateurs ainsi que l'expérience professionnelle complémentaire » sont remplacés par le libellé suivant : « et/ou l'ancienneté auprès d'autres pouvoirs organisateurs ainsi que l'expérience professionnelle complémentaire. »

Article 29. A l'article 39, alinéa 1, 5ème du même arrêté royal, remplacé par décret du 26 juin 2006 et modifié par décret du 11 mai 2009, une lettre *f*) est ajoutée et libellée comme suit :

« *f*) si c'est un membre du corps enseignant de l'établissement qui occupe le poste de professeur-médiathécaire, celui-ci devra être détenteur d'un certificat d'aptitudes pour la gestion d'une médiathèque scolaire; »

Article 30. A l'article 43, alinéa 1, 2ème du même arrêté royal, remplacé par décret du 26 juin 2006, les termes : « ou auprès d'autres pouvoirs organisateurs ainsi que l'expérience professionnelle complémentaire » sont remplacés par le libellé suivant : « et/ou l'ancienneté auprès d'autres pouvoirs organisateurs ainsi que l'expérience professionnelle complémentaire. »

Article 31. L'article 121*quinquies*, alinéa 4 du même arrêté royal, complété par décret du 25 juin 2007, est remplacé par le libellé suivant :

« La Commission est composée des personnes suivantes :

1. Un Président, choisi parmi les cadres supérieurs du département compétent pour l'enseignement au sein du Ministère;

2. Un membre du personnel du Ministère, qui dispose des connaissances juridiques nécessaires;

3. Un membre du personnel du Ministère, qui dispose des connaissances pédagogiques nécessaires;

4. Deux membres, qui n'appartiennent pas au personnel du Ministère et disposent des connaissances requises en matière de formation. »

Article 32. Au chapitre XIbis du même arrêté royal, l'article 169bis, ajouté par décret du 17 mai 2004 et abrogé par décret du 26 juin 2006, est réintroduit sous le libellé suivant :

« Article 169bis - L'article 16, alinéa 1, 5ème, lettre *d*) ne s'applique pas à l'année scolaire 2010-2011. »

CHAPITRE IX. — Modification de l'arrêté royal du 22 avril 1969 fixant les titres requis des membres du personnel directeur et enseignant, du personnel auxiliaire d'éducation, du personnel paramédical et socio-psychologique des établissements d'enseignement gardien, primaire, spécial, moyen, technique, artistique et normal de l'Etat et des internats dépendant de ces établissements

Article 33. L'article 3, dernier alinéa de l'arrêté royal du 22 avril 1969 fixant les titres requis des membres du personnel directeur et enseignant, du personnel auxiliaire d'éducation, du personnel paramédical et socio-psychologique des établissements d'enseignement gardien, primaire, spécial, moyen, technique, artistique et normal de l'Etat et des internats dépendant de ces établissements, ajouté par l'arrêté du Gouvernement du 4 juin 1998 et modifié par l'arrêté du Gouvernement du 7 décembre 2007, est remplacé par le libellé suivant :

« Les certificats d'études délivrés par un Etat membre de l'Union Européenne sont considérés comme des certificats d'aptitudes requis en bonne et due forme s'ils sont accompagnés d'un certificat d'équivalence établi par le Gouvernement. »

Article 34. Au chapitre II du même arrêté royal, un article 9ter, libellé comme suit, est ajouté :

« Article 9ter - Les certificats d'aptitudes suivants sont requis pour le poste de professeur-médiathécaire :

a) Le diplôme de professeur de l'enseignement secondaire supérieur, complété par un certificat d'aptitudes à gérer une médiathèque scolaire délivré par une école supérieure de la Communauté germanophone ou toute autre attestation reconnue équivalente par le Gouvernement;

b) Le diplôme de professeur de l'enseignement secondaire inférieur complété par un certificat d'aptitudes à gérer une médiathèque scolaire délivré par une école supérieure de la Communauté germanophone ou toute autre attestation reconnue équivalente par le Gouvernement;

c) Le diplôme de l'enseignement supérieur de courte durée, complété par un certificat d'aptitudes pédagogiques ou par un certificat d'aptitudes à gérer une médiathèque scolaire délivré par une école supérieure de la Communauté germanophone ou toute autre attestation reconnue équivalente par le Gouvernement.

La formation complémentaire pour la gestion d'une médiathèque scolaire comprend au moins 10 points ECTS. »

Article 35. A l'article 10 du même arrêté royal, amendé pour la dernière fois par décret du 27 juin 2005 un numéro 18quater est ajouté avec le libellé suivant :

« 18quater. Chargé de recherche : au moins un diplôme de l'enseignement supérieur de second cycle. »

Article 36. L'article 14, numéro 3bis du même arrêté royal, ajouté par décret du 27 juin 2005, est remplacé par les dispositions suivantes :

« 3bis. Assistant médiathécaire :

a) diplôme d'enseignant pour le cycle inférieur de l'enseignement secondaire,

b) diplôme de médiathécaire de l'enseignement supérieur de courte durée, complété par un certificat d'aptitudes pédagogiques. »

Article 37. L'article 14, numéro 4bis du même arrêté royal, introduit par décret du 27 juin 2005, est remplacé par les dispositions suivantes :

« 4bis. Médiathécaire scolaire :

a) diplôme de professeur de l'enseignement secondaire supérieur, complété par un certificat d'aptitudes à gérer une médiathèque scolaire délivré par une école supérieure de la Communauté germanophone ou toute autre attestation reconnue équivalente par le Gouvernement;

b) au minimum, diplôme de l'enseignement supérieur de courte durée, complété par un certificat d'aptitudes pédagogiques ou par un certificat d'aptitudes à gérer une médiathèque scolaire délivré par une école supérieure de la Communauté germanophone ou toute autre attestation reconnue équivalente par le Gouvernement. »

Article 38. Au chapitre I du même arrêté royal, un article 1ter, libellé comme suit, est ajouté :

« Article 1ter - L'article 3, dernier alinéa, sert à la transposition partielle de la Directive 2005/36/CE du Parlement européen et du Conseil du 7 septembre 2005 relative à la reconnaissance des qualifications professionnelles. »

CHAPITRE X. — Modification de l'arrêté royal du 25 octobre 1971 fixant le statut des maîtres de religion, des professeurs de religion et des inspecteurs de religion des religions catholique, protestante, israélite, orthodoxe, islamique et anglicane des établissements d'enseignement de la Communauté germanophone

Article 39. A l'article 4, alinéa 1 de l'arrêté royal du 25 octobre 1971 fixant le statut des maîtres de religion, des professeurs de religion et des inspecteurs de religion des religions catholique, protestante, israélite, orthodoxe, islamique et anglicane des établissements d'enseignement de la Communauté germanophone, remplacé par le décret du 26 juin 2006 et modifié par les décrets du 23 juin 2008 et du 11 mai 2009, un alinéa 2 est ajouté après l'alinéa premier et porte le libellé suivant :

« Les certificats d'études délivrés par un Etat membre de l'Union Européenne sont considérés comme des certificats d'aptitudes requis en bonne et due forme s'ils sont accompagnés d'un certificat d'équivalence établi par le Gouvernement. »

Article 40. A l'article 5, alinéa 1, 4ème du même arrêté royal, remplacé par le décret du 26 juin 2006, le point à la fin de la phrase est remplacé par un point-virgule.

Au même alinéa du même article remplacé par le décret du 26 juin 2006 et modifié par le décret du 23 juin 2008, un numéro 5 est ajouté avec le libellé suivant :

« 5. Il a été en service actif, au cours des cinq dernières années scolaires, auprès du même pouvoir organisateur.
»

Article 41. A l'article 8, alinéa 1, 2ème du même arrêté royal, remplacé par le décret du 26 juin 2006, les termes : « ou auprès d'autres pouvoirs organisateurs ainsi que l'expérience professionnelle complémentaire » sont remplacés par le libellé suivant : « et/ou l'ancienneté auprès d'autres pouvoirs organisateurs ainsi que l'expérience professionnelle complémentaire. »

Article 42. A l'article 22, alinéa 2, 2ème du même arrêté royal, remplacé par le décret du 26 juin 2006, les termes : « ou auprès d'autres pouvoirs organisateurs ainsi que l'expérience professionnelle complémentaire » sont remplacés par le libellé suivant : « et/ou l'ancienneté auprès d'autres pouvoirs organisateurs ainsi que l'expérience professionnelle complémentaire. »

Article 43. A l'article 22decies, alinéa 1, 2ème du même arrêté royal, remplacé par le décret du 26 juin 2006, les termes : « ou auprès d'autres pouvoirs organisateurs ainsi que l'expérience professionnelle complémentaire » sont remplacés par le libellé suivant : « et/ou l'ancienneté auprès d'autres pouvoirs organisateurs ainsi que l'expérience professionnelle complémentaire. »

Article 44. Un chapitre Xbis, comprenant l'article 49.1 est ajouté au même arrêté royal avec le libellé suivant :

« Chapitre Xbis - Disposition transitoire

Article 49.1 - L'article 4, alinéa 1, 5ème, lettre d) ne s'applique pas à l'année scolaire 2010-2011. »

Article 45. Au chapitre 1 du même arrêté royal, est ajouté un article 1.1 libellé comme suit :

« Article 1.1 - L'article 4, alinéa 1, 2ème sert à la transposition partielle de la Directive 2005/36/CE du Parlement européen et du Conseil du 7 septembre 2005 relative à la reconnaissance des qualifications professionnelles. »

CHAPITRE XI. — Modification de l'arrêté royal du 20 juin 1975 relatif aux titres suffisants dans l'enseignement gardien et primaire

Article 46. A l'article 3 de l'arrêté royal du 20 juin 1975 relatif aux titres suffisants dans l'enseignement gardien et primaire, un alinéa 2 est ajouté, libellé comme suit :

« Les certificats d'études délivrés par un Etat membre de l'Union Européenne sont considérés comme des certificats d'aptitudes requis en bonne et due forme s'ils sont accompagnés d'un certificat d'équivalence établi par le Gouvernement. »

Article 47. Au chapitre 1 du même arrêté royal, est ajouté un article 1.1 libellé comme suit :

« Article 1.1 - L'article 3, alinéa 2 sert à la transposition partielle de la Directive 2005/36/CE du Parlement européen et du Conseil du 7 septembre 2005 relative à la reconnaissance des qualifications professionnelles. »

CHAPITRE XII. — Modification de l'arrêté royal du 30 juin 1975 relatif aux titres jugés suffisants dans l'enseignement secondaire dispensé dans les établissements libres d'enseignement moyen ou d'enseignement normal subventionnés, y compris l'année postsecondaire psychopédagogique

Article 48 - A l'article 3 de l'arrêté royal du 30 juillet 1975 relatif aux titres jugés suffisants dans l'enseignement secondaire dispensé dans les établissements libres d'enseignement moyen ou d'enseignement normal subventionnés, y compris l'année postsecondaire psychopédagogique, est ajouté un alinéa 3 au libellé suivant :

« § 3 - Les certificats d'études délivrés par un Etat membre de l'Union Européenne sont considérés comme des certificats d'aptitudes requis en bonne et due forme s'ils sont accompagnés d'un certificat d'équivalence établi par le Gouvernement. »

Article 49. Au chapitre I du même arrêté royal est ajouté un article 1.1 libellé comme suit :

« Article 1.1 - L'article 3, alinéa 3 sert à la transposition partielle de la Directive 2005/36/CE du Parlement européen et du Conseil du 7 septembre 2005 relative à la reconnaissance des qualifications professionnelles. »

CHAPITRE XIII - Modification de l'arrêté royal du 30 juillet 1975 relatif aux titres jugés suffisants dans l'enseignement secondaire dispensé dans les établissements d'enseignement moyen ou d'enseignement normal officiels subventionnés

Article 50. A l'article 3 de l'arrêté royal du 30 juillet 1975 relatif aux titres jugés suffisants dans l'enseignement secondaire dispensé dans les établissements d'enseignement moyen ou d'enseignement normal officiels subventionnés, est ajouté un alinéa 3 libellé comme suit :

« § 3 - Les certificats d'études délivrés par un Etat membre de l'Union Européenne sont considérés comme des certificats d'aptitudes requis en bonne et due forme s'ils sont accompagnés d'un certificat d'équivalence établi par le Gouvernement. »

Article 51. Au chapitre I du même arrêté royal est ajouté un article 1.1 libellé comme suit :

« Article 1.1 - L'article 3, alinéa 3 sert à la transposition partielle de la Directive 2005/36/CE du Parlement européen et du Conseil du 7 septembre 2005 relative à la reconnaissance des qualifications professionnelles. »

CHAPITRE XIV. — *Modification de l'arrêté royal du 30 juillet 1975 relatif aux titres jugés suffisants dans les établissements subventionnés d'enseignement technique et d'enseignement professionnel secondaire de plein exercice et de promotion sociale*

Article 52. A l'article 3 de l'arrêté royal du 30 juillet 1975 relatif aux titres jugés suffisants dans les établissements subventionnés d'enseignement technique et d'enseignement professionnel secondaire de plein exercice et de promotion sociale est ajouté un alinéa 3 libellé comme suit :

« § 3 - Les certificats d'études délivrés par un Etat membre de l'Union Européenne sont considérés comme des certificats d'aptitudes requis en bonne et due forme s'ils sont accompagnés d'un certificat d'équivalence établi par le Gouvernement. »

Article 53. Au chapitre I du même arrêté royal est ajouté un article 1.1 libellé comme suit :

« Article 1.1 - L'article 3, alinéa 3 sert à la transposition partielle de la Directive 2005/36/CE du Parlement européen et du Conseil du 7 septembre 2005 relative à la reconnaissance des qualifications professionnelles. »

CHAPITRE XV. — *Modification de l'arrêté royal du 27 juillet 1979 portant le statut du personnel technique des centres psycho-médico-sociaux (PMS), des centres psycho-médico-sociaux pour l'enseignement spécial, des centres de formation de l'état, ainsi que des services d'inspection chargés de la surveillance des centres psycho-médico-sociaux, des structures d'orientation scolaire et professionnelle, et des centres psycho-médico-sociaux pour l'enseignement spécial*

Article 54. A l'article 13, alinéa 1, 4ème de l'arrêté royal du 27 juillet 1979 portant le statut du personnel technique des centres psycho-médico-sociaux (PMS), des centres psycho-médico-sociaux pour l'enseignement spécial, des centres de formation de l'état, ainsi que des services d'inspection chargés de la surveillance des centres psycho-médico-sociaux, des structures d'orientation scolaire et professionnelle, et des centres psycho-médico-sociaux pour l'enseignement spécial, remplacé par le décret du 26 juin 2006, le point en fin de phrase est remplacé par un point-virgule.

Au même alinéa du même article remplacé par le décret du 26 juin 2006 et modifié par le décret du 23 juin 2008, un numéro 5 est ajouté avec le libellé suivant :

« 5. Il a été en service actif, au cours des cinq dernières années scolaires, auprès du pouvoir organisateur concerné. »

Article 55. A l'article 17, 2ème du même arrêté royal, remplacé par le décret du 26 juin 2006, les termes : « ou auprès d'autres pouvoirs organisateurs ainsi que l'expérience professionnelle complémentaire » sont remplacés par le libellé suivant : « et/ou l'ancienneté auprès d'autres pouvoirs organisateurs ainsi que l'expérience professionnelle complémentaire. »

Article 56. A l'article 34, 2ème du même arrêté royal, remplacé par le décret du 26 juin 2006, les termes : « ou auprès d'autres pouvoirs organisateurs ainsi que l'expérience professionnelle complémentaire » sont remplacés par le libellé suivant : « et/ou l'ancienneté auprès d'autres pouvoirs organisateurs ainsi que l'expérience professionnelle complémentaire. »

Article 57. A l'article 39, alinéa 2, 2ème du même arrêté royal, remplacé par le décret du 26 juin 2006, les termes : « ou auprès d'autres pouvoirs organisateurs ainsi que l'expérience professionnelle complémentaire » sont remplacés par le libellé suivant : « et/ou l'ancienneté auprès d'autres pouvoirs organisateurs ainsi que l'expérience professionnelle complémentaire. »

CHAPITRE XVI. — *Modification de l'arrêté royal du 29 juin 1984 relatif à l'organisation de l'enseignement secondaire*

Article 58. L'article 18 de l'arrêté royal du 29 juin 1984 relatif à l'organisation de l'enseignement secondaire, remplacé par l'arrêté de l'Exécutif du 22 juin 1989, est remplacé par le libellé suivant :

« Article 18 - § 1 - Peuvent être comptabilisés comme élèves réguliers de la septième année d'études mentionnée à l'article 4, alinéa 1, 5ème et alinéa 2 :

1. les élèves qui ont terminé avec succès la sixième année d'études de l'enseignement secondaire professionnel;

2. les élèves qui sont en possession d'un certificat de fin d'études secondaires inférieures, qui ont terminé avec fruit leur école moyenne, qui sont détenteurs d'un certificat d'aptitudes professionnelles conformément à l'article 7, alinéa 6, paragraphe 2 du décret du 16 décembre 1991 relatif à la formation et à la formation continue dans les classes moyennes et les petites et moyennes entreprises, voire d'une attestation de formation dans les classes moyennes obtenue en-dehors de la Belgique et déclarée équivalente à un certificat d'aptitudes professionnelles.

§ 2 - Peuvent être comptabilisés comme élèves réguliers de la septième année d'études mentionnée à l'article 4, alinéa 2 :

1. les élèves qui ont terminé avec succès la sixième année d'études de l'enseignement secondaire professionnel et sont détenteurs d'un certificat d'aptitudes de ladite sixième année;

2. les élèves qui sont en possession d'un certificat de fin d'études secondaires inférieures, qui ont terminé avec fruit leur école moyenne, qui sont détenteurs d'un certificat d'aptitudes professionnelles conformément à l'article 7, alinéa 6, paragraphe 2 du décret du 16 décembre 1991 relatif à la formation et à la formation continue dans les classes moyennes et les petites et moyennes entreprises, voire d'une attestation de formation dans les classes moyennes obtenue en-dehors de la Belgique et déclarée équivalente à un certificat d'aptitudes professionnelles. »

Article 59. L'article 25, alinéa 2, 2ème du même arrêté royal, remplacé par l'arrêté du Gouvernement du 8 mars 1996 et modifié par le décret du 5 mai 1999, est remplacé par les dispositions suivantes :

« 2. Avoir terminé avec fruit la septième année d'études mentionnée à l'article 4, alinéa 1, 5^e, après avoir terminé, avec succès également, la sixième année de l'enseignement secondaire professionnel. »

Dans ces mêmes paragraphes, un numéro 3 et un numéro 4 sont ajoutés et libellés comme suit :

« 3. Avoir terminé avec fruit la septième année d'études mentionnée à l'article 4, alinéa 2 après avoir terminé, avec succès également, la sixième année de l'enseignement secondaire professionnel et être détenteur d'un certificat d'aptitudes de ladite sixième année;

4. Avoir terminé avec fruit la septième année d'études mentionnée à l'article 4, alinéa 1, 5^e et alinéa 2, après avoir obtenu le certificat de fin d'enseignement secondaire inférieur, terminé avec succès des études dans les classes moyennes et être détenteur d'un certificat d'aptitudes professionnelles conformément à l'article 7, alinéa 6, paragraphe 2 du décret du 16 décembre 1991 relatif à la formation et à la formation continue dans les classes moyennes et les petites et moyennes entreprises, voire d'une attestation de formation dans les classes moyennes obtenue en-dehors de la Belgique et déclarée équivalente à un certificat d'aptitudes professionnelles. »

CHAPITRE XVII. — *Modification du décret du 26 juin 1986 relatif à l'octroi d'allocations d'études*

Article 60. A l'article 13, alinéa 1 du décret du 26 juin 1986 relatif à l'octroi d'allocations d'études, les termes « trente ans » sont remplacés par les termes « trente-cinq ans ».

A l'alinéa 2 du même article, les termes « 30 ans » sont remplacés par les termes « 35 ans ».

Article 61. Au chapitre II du même décret, complété par le décret du 3 février 2003, un article 13bis libellé comme suit est ajouté :

« Article 13bis - Peuvent obtenir une allocation d'études complémentaire les étudiants qui participent à un séjour d'études Erasmus reconnu auprès d'une autre école supérieure ou université que leur école supérieure ou université d'origine, pour autant que le séjour d'études Erasmus ait une durée minimale de trois mois et, sans préjudices des subventions de la Commission européenne, ne soit pas ou ne puisse pas être subventionné par une autre structure publique.

Le Gouvernement fixe le montant et les modalités de paiement des allocations d'études mentionnées à l'alinéa premier. »

CHAPITRE XVIII. — *Modification du décret du 16 décembre 1991 relatif à la formation et à la formation continue dans les classes moyennes et les pme*

Article 62. Au chapitre II, partie I du décret du 16 décembre 1991 relatif à la formation et à la formation continue dans les classes moyennes et les PME est ajouté un article 6.1 libellé comme suit :

« Article 6.1 - Le Gouvernement détermine, tout en tenant compte de l'article 2 et après avis de l'institut et du Conseil économique et social de la Communauté germanophone, les métiers pour lesquels, dans le cadre d'une formation de maîtrise, un stage volontaire de maîtrise peut être suivi.

Le stage volontaire de maîtrise n'est pas proposé sur les métiers pour lesquels il est déjà proposé en formation initiale au niveau de l'enseignement de la Communauté germanophone. »

Article 63. A l'article 7, alinéa 6 du même décret, amendé par décret du 14 février 2000, les paragraphes 3 et 4 sont ajoutés et libellés comme suit :

« Aux titulaires d'un certificat d'aptitudes professionnelles délivré après septembre 2008 en application de l'alinéa 2, qui sont en possession d'un certificat de fin d'études secondaires inférieures, est également délivré un certificat de fin de sixième année de l'enseignement secondaire professionnel dont le modèle est fixé par le Gouvernement.

L'octroi d'un certificat de fin de sixième année de l'enseignement secondaire professionnel tel que mentionné à l'alinéa 3 est grevé des conditions suivantes :

1. l'institut de formation autorise un contrôle du Centre pour la formation et la formation continue dans les classes moyennes et les PME réalisé par l'inspection-guidance pédagogique dans le cadre de la réalisation des compétences de contrôle de ladite inspection-guidance aux termes de l'article 4 alinéas 1 et 4 du décret du 24 mars 2003 instaurant l'inspection-guidance pédagogique pour l'enseignement en Communauté germanophone et en fixant les missions;

2. l'institut de formation tient compte, pour les cours généraux dispensés dans le cadre de la formation professionnelle, des programmes d'études et plans de formation utilisés dans l'enseignement communauté pour la sixième année d'enseignement secondaire professionnel. »

Article 64. Au chapitre II, partie I, section 2 du même décret, est ajouté un article 9.1 libellé comme suit :

« Article 9.1 - Le stage volontaire de maîtrise prépare conformément aux articles 8 et 9 à l'examen de maîtrise. Afin de pouvoir suivre un stage volontaire de maîtrise, le stagiaire doit pouvoir attester de la réussite de son cycle d'enseignement secondaire supérieur.

Sur avis de l'institut de formation, le Gouvernement fixe les éléments suivants :

1. les conditions générales du stage volontaire de maîtrise;
2. les règles administratives du stage volontaire de maîtrise;
3. les conditions d'agrément de l'entreprise de formation;
4. les conditions d'agrément du stagiaire volontaire;
5. les termes du contrat de stage;
6. les devoirs du stagiaire;
7. les devoirs du chef d'entreprise;
8. les modalités d'annulation du contrat de stage. »

CHAPITRE XIX. — *Modification du décret du 18 avril 1994 fixant le montant des subventions de fonctionnement pour l'enseignement subventionné*

Article 65. L'article 2bis, alinéa 2 du décret du 18 avril 1994 fixant le montant des subventions de fonctionnement pour l'enseignement subventionné, ajouté par décret du 30 juin 2004, est remplacé par les dispositions suivantes :

« Par dérogation à l'alinéa 1, un établissement de l'enseignement secondaire général, qui ne dispense que des cours techniques et professionnels, obtient, à partir de l'année 2009 et pendant cinq années successives, une subvention annuelle d'équipement d'un montant de 40.000 EUR. Le paiement de ladite subvention est lié à la soumission, par l'établissement, d'un plan annuel d'investissements et à la production de factures justificatives. Un avis du conseil pédagogique sera également annexé au plan d'investissements. Le plan d'investissements devra être soumis au Gouvernement avant le début de l'exercice budgétaire et les factures justificatives, remises au Gouvernement avant la fin de l'exercice budgétaire. »

CHAPITRE XX. — *Modification de l'arrêté du gouvernement de la communauté germanophone du 9 novembre 1994 relatif à l'interruption de la carrière professionnelle dans l'enseignement et les centres psycho-médico-sociaux*

Article 66. A l'article 4ter, alinéa 2, 2ème de l'arrêté du Gouvernement de la Communauté germanophone du 9 novembre 1994 relatif à l'interruption de la carrière professionnelle dans l'enseignement et les centres psycho-médico-sociaux, ajouté par l'arrêté du Gouvernement du 30 août 2001 et amendé par le décret du 25 juin 2007, le mot « six » est remplacé par le mot « quatre ».

CHAPITRE XXI. — *Modification du décret du 31 août 1998 relatif aux missions confiées aux pouvoirs organisateurs et au personnel des écoles et portant des dispositions générales d'ordre pédagogique et organisationnel pour les écoles ordinaires et spéciales*

Article 67 - A l'article 24, alinéa 3 du décret du 31 août 1998 relatif aux missions confiées aux pouvoirs organisateurs et au personnel des écoles et portant des dispositions générales d'ordre pédagogique et organisationnel pour les écoles ordinaires et spéciales, une seconde phrase libellée comme suit est ajoutée : « les enfant qui n'ont pas encore atteint l'âge de 12 ans ont droit à un transport gratuit vers l'école à pédagogie nouvelle la plus proche. »

Article 68. L'article 38, alinéa 2, 1^{er} du même décret, remplacé par le décret du 11 mai 2009, est, à présent, remplacé par les dispositions suivantes :

« 1. deux employés du département pédagogique du Ministère, »

Article 69. A l'article 39, alinéa 1, paragraphe 1 du même décret, remplacé par le décret du 6 juin 2005, les termes « au plus tard le premier jour ouvrable » sont remplaces par les termes « au plus tard le deuxième jour ouvrable ».

Article 70. A l'article 45, 4ème du même décret, une seconde phrase, libellée comme suit, est ajoutée : « Au même moment, une copie de ladite lettre recommandée sera envoyée au service d'inspection et de guidance pédagogique. »

Article 71. Le chapitre VII du même décret, qui comprend les articles 68 à 74, modifié par le décret au 16 juin 2008, est remplacé par les dispositions suivantes :

« chapitre VII - évaluation et accompagnement de l'école

Partie 1 - Evaluation interne

Article 68 - Objectif et organisation

La structure qui se voit confier l'évaluation externe par le Gouvernement conformément à l'article 70 se charge également de la coordination de l'évaluation interne.

Au niveau de l'école, c'est le Conseil pédagogique qui est responsable de l'organisation de l'évaluation interne.

Les buts de l'évaluation sont :

1. de vérifier, si et dans quelle mesure la structure, les méthodes et les résultats du travail scolaire correspondent bien au projet d'établissement;

2. d'apporter une base scientifique au développement futur de l'école.

L'évaluation interne de l'école est réalisée au moins une fois tous les trois ans et peut se fonder sur les éléments et thèmes fixés par le Conseil pédagogique et le pouvoir organisateur. Le Gouvernement vérifie si cette évaluation a bien eu lieu.

Article 69 - Participation des élèves et des parents

Les points de vue des représentants des élèves et des parents sont écoutés dans le cadre de l'évaluation interne.

Partie 2 - Evaluation externe

Article 70 - Objectif et organisation

§ 1 - Le Gouvernement sélectionne la structure qui sera chargée de l'évaluation externe des écoles.

Cette désignation est valable pour une durée de dix ans et renouvelable. Si le Gouvernement en vient à la conclusion que la structure définie à l'alinéa 1 ne remplit pas son contrat, le Gouvernement peut mettre, anticipativement, un terme à son contrat.

Afin que la structure retenue puisse accomplir sa tâche, le Gouvernement met à sa disposition les moyens financiers et les effectifs nécessaires pour toute la durée de la désignation de ladite structure.

Les buts de l'évaluation externe sont :

1. de vérifier, si et dans quelle mesure les écoles respectent la mission sociale qui leur a été confiée par décret;

2. de remettre au Gouvernement, aux pouvoirs organisateurs et au département enseignement et formation du Ministère de la Communauté germanophone, tous les trois ans, un rapport compilé à partir des rapports individuels de chaque école évaluée, reprenant les points forts et les point faibles des écoles.

§ 2 - Les membres du personnel de la structure mentionnée au § 1, alinéa 1 et à laquelle est confiée l'évaluation externe, nommés ci-après les évaluateurs externes, établissent, sur base de critères de qualité internationalement reconnus, un rapport qui est soumis au Gouvernement, au pouvoir organisateur et à l'école évaluée.

§ 3 - Si l'évaluation externe révèle que la qualité des activités de formation d'une école est insuffisante, les évaluateurs externes fixeront un délai dans lequel l'école concernée devra soumettre un plan détaillé permettant de combler ses lacunes. Dans le cadre d'une évaluation a posteriori prévue dans un délai fixé, les évaluateurs externes vérifieront l'efficacité des mesures compensatoires prises par l'école.

Ensuite, les évaluateurs externes établiront un rapport reprenant les résultats de l'évaluation a posteriori qui sera soumis au Gouvernement, au pouvoir organisateur et à l'école évaluée.

Article 71 - Confidentialité

La confidentialité des constats et résultats de l'évaluation est garantie.

Article 72 - Périodicité

Chaque école fera, au moins une fois tous les cinq ans, l'objet d'une évaluation externe. »

Article 72 - A l'article 75bis du même décret, ajouté par le décret du 16 juin 2008, une phrase portant libellé suivant est ajoutée : « Cela signifie, que pour la transposition progressive et planifiée des programmes cadres quatre années scolaires sont disponibles. »

CHAPITRE XXII. — *Modification du décret du 14 decembre 1998 fixant le statut des membres du personnel subsidiés de l'enseignement libre subventionné et du centre P.M.S. libre subventionné*

Article 73. A l'article 33, alinéa 1, 5ème du décret du 14 décembre 1998 fixant le statut des membres du personnel subsidiés de l'enseignement libre subventionné et du centre P.M.S. libre subventionné, remplacé par le décret du 26 juin 2006 et complété par le décret du 11 mai 2009, une lettre f) libellée comme suit est ajoutée :

« f) si c'est un membre du corps enseignant de l'établissement qui occupe le poste de professeur-médiathécaire, celui-ci devra être détenteur d'un certificat d'aptitudes pour la gestion d'une médiathèque scolaire; »

Article 74. A l'article 35, § 1, alinéa 1, 4ème du même décret, remplacé par le décret du 26 juin 2006, le point à la fin de la phrase est remplacé par un point-virgule.

Au même alinéa du même article remplacé par le décret du 26 juin 2006 et modifié par le décret du 23 juin 2008, un numéro 5 est ajouté avec le libellé suivant :

« 5. Il a été en service actif, au cours des cinq dernières années scolaires, auprès du pouvoir organisateur concerné. »

Article 75. A l'article 40, 4ème du même décret, ajouté par décret du 21 avril 2008, après les termes « les membres du personnel administratif », les termes « et pour le professeur-médiathécaire » sont ajoutés.

Article 76. A l'article 49, § 1, alinéa 1, 5ème du même décret, remplacé par le décret du 26 juin 2006 et complété par le décret du 11 mai 2009, une lettre *f*) libellée comme suit est ajoutée :

« *f*) si c'est un membre du corps enseignant de l'établissement qui occupe le poste de professeur-médiathécaire, celui-ci devra être détenteur d'un certificat d'aptitudes pour la gestion d'une médiathèque scolaire; »

Article 77. A l'article 69.5, § 2, alinéa 1, 7ème du même décret, ajouté par le décret du 25 juin 2007, les termes « mention 'insuffisante' » sont remplacés par les termes « mention 'insuffisant' ».

Article 78. A l'article 69.6 § 2 du même décret, ajouté par décret du 25 juin 2007, les termes « article 69sexies § 4 » sont remplacés par les termes « article 69.5 § 4 ».

Article 79. Au titre IV du même décret est ajouté un article 119.1 libellé comme suit :

« Article 119.1 - L'article 33, alinéa 1, 5ème, lettre *d*) ne s'applique pas à l'année scolaire 2010-2011. »

CHAPITRE XXIII. — *Modification du décret du 26 avril 1999 relatif à l'enseignement fondamental ordinaire*

Article 80. A l'article 20, alinéa 2 du décret du 26 avril 1999 relatif à l'enseignement fondamental ordinaire, les termes « membre de l'inspection » sont remplacés par les termes « membre du département pédagogique spécialisé du Ministère ».

Article 81. A l'article 35 du même décret, remplacé par le décret du 25 juin 2007, un § 3 est ajouté et libellé comme suit :

« § 3 - Comptent pour les nombres minimaux d'élèves mentionnés au § 1, alinéa 1 et au § 2, alinéa 1, les élèves qui sont depuis au moins trois mois domiciliés :

1. dans la localité où se situe l'école concernée, ou

2. dans une autre localité, si la localité du domicile ne possède aucune école à pédagogie nouvelle au sens de l'article 24 du décret du 31 août 1998 relatif aux missions confiées aux pouvoirs organisateurs et au personnel des écoles et portant des dispositions générales d'ordre pédagogique et organisationnel pour les écoles ordinaires et spéciales, ou

3. dans une autre localité, s'il y a, dans cette autre localité, une école qui n'est pas l'école à pédagogie nouvelle la plus proche aux termes de l'article 24 du même décret du 31 août 1998. »

Article 82. L'article 56, § 2, alinéa 1 du même décret, remplacé par le décret du 23 octobre 2000, est à présent remplacé par les dispositions suivantes :

« A la demande du pouvoir organisateur, le dernier jour d'école du mois de mars intervient une réévaluation du capital emploi dans les établissements qui comptaient, conformément aux articles 54 et 55, au moins 26 élèves à la date butoir. »

Article 83. A l'article 57, § 3, remplacé par le décret du 30 juin 2003, les termes « temps plein » sont remplacés par les termes « mi-temps ».

CHAPITRE XXIV. — *Modification du décret du 17 décembre 2001 visant la scolarisation des élèves primo-arrivants*

Article 84. L'article 2, 1^{er}, lettre *c*) du décret du 17 décembre 2001 visant la scolarisation des élèves primo-arrivants est remplacé par le libellé suivant :

« *c*) ils sont inscrits, au plus tôt depuis 1^{er} février de l'année avant l'année dernière, dans une école de la Communauté germanophone. »

CHAPITRE XXV. — *Modification du décret du 29 mars 2004 fixant le statut des membres du personnel subsidié de l'enseignement officiel subventionné et des centres psycho-médico-sociaux officiels subventionnés*

Article 85. A l'article 22, alinéa 1, 4ème du décret du 29 mars 2004 fixant le statut des membres du personnel subsidié de l'enseignement officiel subventionné et des centres psycho-médico-sociaux officiels subventionnés, remplacé par le décret du 26 juin 2006, le point à la fin de la phrase est remplacé par un point-virgule.

Au même alinéa du même article remplacé par le décret du 26 juin 2006 et modifié par le décret du 23 juin 2008, un numéro 5 est ajouté avec le libellé suivant :

« 5. Il a été en service actif, au cours des cinq dernières années scolaires, auprès du pouvoir organisateur concerné. »

Article 86. A l'article 23, alinéa 1, 2ème du même décret, remplacé par le décret du 26 juin 2006, les termes : « ou auprès d'autres pouvoirs organisateurs ainsi que l'expérience professionnelle complémentaire » sont remplacés par le libellé suivant : « et/ou l'ancienneté auprès d'autres pouvoirs organisateurs ainsi que l'expérience professionnelle complémentaire. »

Article 87. A l'article 29, 4ème du même décret, complété par décret du 21 avril 2008, la première portion de phrase jusqu'au premier point-virgule est remplacée par le libellé suivant : « pour les membres du personnel de direction et du corps enseignant, du personnel d'aide à l'éducation, du personnel paramédical et socio-psychologique de l'établissement scolaire, au plus tard le dernier jour de l'année scolaire, dans le courant de laquelle l'embauche est intervenue, ainsi que pour les membres du personnel administratif et pour le professeur-médiathécaire d'un établissement scolaire et pour les membres du personnel d'un centre psycho-médico-social, au 31 août; »

Article 88. A l'article 37, alinéa 1, 9ème du même décret, modifié par le décret du 26 juin 2006, les termes « pour la période de 240 jours mentionnée au 8ème » sont supprimés.

Article 89. A l'article 41bis, alinéa 1, 2ème du même décret introduit par le décret du 26 juin 2006, les termes : « ou auprès d'autres pouvoirs organisateurs ainsi que l'expérience professionnelle complémentaire » sont remplacés par le libellé suivant : « et/ou l'ancienneté auprès d'autres pouvoirs organisateurs ainsi que l'expérience professionnelle complémentaire. »

Article 90. A l'article 42bis, alinéa 2, 2ème du même décret, introduit par le décret du 26 juin 2006, les termes : « ou auprès d'autres pouvoirs organisateurs ainsi que l'expérience professionnelle complémentaire » sont remplacés par le libellé suivant : « et/ou l'ancienneté auprès d'autres pouvoirs organisateurs ainsi que l'expérience professionnelle complémentaire. »

Article 91. Au chapitre XIV du même décret, un article 111ter libellé comme suit est ajouté :

« Article 111ter - Dispositions transitoires

L'article 20, § 1, alinéa 1, 5ème, lettre d) ne s'applique pas à l'année scolaire 2010-2011. »

**CHAPITRE XXVI. — *Modification du décret du 19 avril 2004
relatif à la transmission des connaissances linguistiques et à l'emploi des langues dans l'enseignement***

Article 92. A l'article 12, alinéa 3 du décret du 19 avril 2004 relatif à la transmission des connaissances linguistiques et à l'emploi des langues dans l'enseignement, modifié par le décret du 21 avril 2008, les termes « les enseignants » sont remplacés par les termes « , les maîtres d'école primaire ou les enseignants de l'enseignement secondaire inférieur ».

CHAPITRE XXVII. — *Modification du décret du 27 juin 2005 portant création d'une haute école autonome*

Article 93. A l'article 3.18 du décret du 27 juin 2005 portant création d'une Haute Ecole autonome, deux nouveaux alinéas portant le libellé suivant sont ajoutés après l'alinéa premier :

« En plus des activités de formation mentionnées à l'alinéa premier, la Haute Ecole offre, dans le cadre de la formation initiale en sciences de l'enseignement, des cours à option dans les matières suivantes :

1. pédagogie spécialisée;
2. français, première langue étrangère et didactique;
3. cours de religion catholique et didactique;
4. enseignement de la morale et didactique.

Chaque étudiant peut, pendant sa formation initiale, s'inscrire à l'un des cours à option mentionnés à l'alinéa 2. »

Article 94. A l'article 3.21, alinéa 3 du même décret, une seconde phrase, libellée comme suit, est ajoutée : « Les cours à option mentionnés à l'article 3.18, alinéa 2, ne sont pas repris dans ce décompte. »

Dans le même article, un alinéa 4, libellé comme suit, est ajouté :

« La Haute Ecole fixe la portée des cours à option mentionnés à l'article 3.18, alinéa 2 sous forme de points; un cours doit correspondre à au moins 10 points, si le fait de réussir ledit cours à option suppose l'acquisition d'un titre supplémentaire pour les étudiants. »

Article 95. A l'article 3.22 du même décret, le chiffre « 40 » est remplacé par le chiffre « 10 ». »

Article 96. A l'article 3.33 du même décret, un § 4, libellé comme suit, est ajouté :

« § 4 - Les dispositions visées aux §§ 1^{er} et 2 s'appliquent également à l'organisation des examens des cours à option visés à l'article 3.18, alinéa 2. »

Article 97. A l'article 3.35 du même décret, deux nouveaux alinéas, libellés comme suit, sont ajoutés après l'alinéa premier :

« L'obtention du diplôme de fin de formation initiale en sciences de l'enseignement n'est pas lié à la réussite des cours à option visés à l'article 3.18, alinéa 2 et éventuellement suivis.

L'étudiant régulier qui réussit, à l'exception des dispenses d'examen octroyées, les examens dans les cours à option qu'il a suivis, reçoit un certificat d'études. Ledit certificat d'études peut être délivré à un autre moment que le diplôme de fin de formation initiale. »

Article 98. A l'article 5.11 du même décret, un alinéa 2, libellé comme suit, est ajouté :

« L'exercice de la profession de chargé de recherches ne peut être concilié avec l'exercice de la charge de professeur d'université. »

Article 99. A l'article 5.17, alinéa 1, 5^e du même décret, le point à la fin de la phrase est remplacé par un point-virgule.

Au même alinéa, modifié par les décrets du 26 juin 2006 et du 23 juin 2008, un numéro 6, libellé comme suit, est ajouté :

« 6. Il a été en service actif, au cours des cinq dernières années scolaires, auprès du pouvoir organisateur concerné. »

Article 100. A l'article 5.17bis, alinéa 1, 2^{ème} du même décret, ajouté par le décret du 26 juin 2006, les termes « ou auprès d'autres pouvoirs organisateurs ainsi que l'expérience professionnelle complémentaire » sont remplacés par le libellé suivant : « et/ou l'ancienneté auprès d'autres pouvoirs organisateurs ainsi que l'expérience professionnelle complémentaire. »

Article 101. A l'article 5.33 du même décret, un alinéa 3, libellé comme suit, est ajouté :

« L'alinéa 2 ne s'applique pas aux membres du personnel, qui sont déjà définitivement nommés à la Haute Ecole en date du 1^{er} septembre 2009. »

Article 102. A l'article 5.34bis, alinéa 1, 2^{ème} du même décret, ajouté par le décret du 26 juin 2006, les termes « ou auprès d'autres pouvoirs organisateurs ainsi que l'expérience professionnelle complémentaire » sont remplacés par le libellé suivant : « et/ou l'ancienneté auprès d'autres pouvoirs organisateurs ainsi que l'expérience professionnelle complémentaire. »

Article 103. A l'article 5.75, 11ème du même décret, le point à la fin de la phrase est remplacé par un point-virgule.

Au même article, un 11ème libellé comme suit est ajouté :

« 12. Organisation et mise en œuvre des mesures de formation complémentaire »

Article 104. A l'article 5.79ter, alinéa 2, 2ème du même décret, ajouté par le décret du 26 juin 2006, les termes « ou auprès d'autres pouvoirs organisateurs ainsi que l'expérience professionnelle complémentaire » sont remplacés par le libellé suivant : « et/ou l'ancienneté auprès d'autres pouvoirs organisateurs ainsi que l'expérience professionnelle complémentaire. »

Article 105. Au titre V, sous-titre 15 du même décret, est ajouté un article 5.81bis libellé comme suit :

« Article 5.81bis - Reconnaissance de l'ancienneté

La reconnaissance de l'ancienneté intervient pour le personnel d'entretien selon les dispositions applicables dans l'enseignement. »

Article 106. A l'article 6.3, alinéa 1 du même décret, les termes « un poste de secrétaire de direction » sont remplacés par les termes « deux postes de secrétaire de direction ». »

Article 107. L'article 6.7 § 1, alinéa 3 du même décret est remplacé par les dispositions suivantes :

« Le crédit d'heures prévu au sein de la Haute Ecole pour le personnel de direction et le corps enseignant correspond, pendant les années scolaires et/ou académiques 2009-2010 à 2012-2013 incluse au crédit d'heures qui a été accordé à la Haute Ecole en application de l'alinéa premier pour l'année scolaire et/ou académique 2008-2009. »

Article 108. L'article 6.8 du même décret est remplacé par les dispositions suivantes :

« Article 6.8 - Capital emploi supplémentaire pour la recherche

Afin d'accomplir ses tâches liées à la recherche, la Haute Ecole reçoit en plus du crédit d'heures mentionné à l'article 6.7 deux temps pleins.

Ce capital emploi supplémentaire est accordé à des membres du personnel ayant le statut de chercheur. »

Article 109. L'article 6.9, alinéa 2 du même décret est remplacé par les dispositions suivantes :

« Le nombre de postes pour le personnel d'entretien correspond, pendant les années scolaires et/ou académiques 2009-2010 à 2012-2013 incluse au nombre de postes qui ont été accordés à la Haute Ecole en application de l'alinéa premier pour l'année scolaire et/ou académique 2008-2009. »

Article 110. A l'article 7.2. § 1 du même décret, la dernière phrase est supprimée.

Au même paragraphe, un alinéa 2 libellé comme suit est ajouté :

« Le montant des fonds de fonctionnement accordés à la Haute Ecole correspond, pendant les années scolaires et/ou académiques 2009-2010 à 2012-2013 incluse au montant des fonds de fonctionnement qui a été accordé à la Haute Ecole en application de l'alinéa premier pour l'année scolaire et/ou académique 2008-2009. »

Article 111. A l'article 7.3. du même décret, les termes « exercice budgétaire » sont remplacés par les termes « année académique ». »

Article 112. L'article 7.4 § 2, alinéa 1 du même décret est remplacé par les dispositions suivantes :

« Les professeurs invités sont engagés sur une base contractuelle. A cette fin, la Haute Ecole fixe un tarif qui sera appliqué pour les honoraires à verser aux professeurs invités. »

L'alinéa 3 du même paragraphe est remplacé par les dispositions suivantes :

« Le montant accordé en application de l'alinéa 2 est versé à la Haute Ecole en début d'année universitaire sur base forfaitaire. Le montant qui n'aura pas été utilisé en fin d'année universitaire sera remboursé. A cette fin et aux fins de vérification par le Gouvernement en fin d'année, le pouvoir organisateur transmet les preuves justificatives correspondantes. »

Article 113. § 1 - Au titre IX du même décret, un article 9.11bis, libellé comme suit, est ajouté :

« Article 9.11bis - Certificat d'aptitudes pédagogiques pour les membres de la direction ou du corps enseignant L'article 5.15, § 1, alinéa 1, 5ème, lettre d) ne s'applique pas à l'année scolaire 2010-2011. »

§ 2 - Sous le même titre du même décret, un article 9.11ter, libellé comme suit, est ajouté :

« Article 9.11ter - Réussite des cours à option

Les articles 3.18, alinéas 2 et 3, 3.21, alinéas 3 et 4, 3.22, 3.33 § 4 et 3.35, alinéas 2 et 3 ne s'appliquent pas aux étudiants qui ont réussi au moins la seconde années d'étude dans le courant de l'année académique 2008-2009. »

CHAPITRE XXVIII. — *Modification du décret du 21 avril 2008 portant valorisation du métier d'enseignant*

Article 114. A l'article 84 du décret du 21 avril 2008 portant valorisation du métier d'enseignant, les termes « article 26 § 2 » sont remplacés par les termes « article 26 § 2, alinéa 1 ». »

Article 115. L'article 109 du même décret est modifié comme suit :

1. Au § 1 alinéa premier, après les termes « membres du personnel », sont ajoutés les termes « au poste correspondant ». »

2. Au § 1 alinéa 2, les termes « à condition que celles-ci leur aient été appliquées pendant au moins 15 semaines au cours des années scolaires 2007-2008 ou 2008-2009 » sont remplacés par les termes « à condition qu'il s'agisse du ou des mêmes postes que celui ou ceux occupés par le membre du personnel pendant les années scolaires 2007-2008 ou 2008-2009 pendant au moins 15 semaines. »

3. Au § 2, avant les termes « des années scolaires 2007-2008 ou 2008-2009 », le terme « chacune » est ajouté.

4. Au § 2, après les termes « suivant l'échelle de traitement 222, », les termes « du ou des postes qu'ils ont occupés pendant la période précitée de 15 semaines » ont été ajoutés.

5. Un § 4 libellé comme suit est ajouté :

« § 4 - Les membres du personnel mentionnés à l'article 103, qui sont titulaires d'un certificat d'aptitudes pour maître spécial d'éducation physique de l'école primaire, ayant été établi avant le 1^{er} janvier 1990 conformément à l'arrêté royal du 5 mai 1958 instituant un jury spécial chargé de la délivrance du certificat de capacité aux fonctions de maître spécial d'éducation physique dans les écoles primaires, sont repris dans la catégorie de diplôme II+. »

CHAPITRE XXIX. — *Modification du décret du 23 juin 2008 portant des mesures en matière d'enseignement - 2008*

Article 116 - A l'article 6, alinéa 3 du décret du 23 juin 2008 portant des mesures en matière d'enseignement - 2008, les termes « Le congé de maternité et le congé prophylactique » sont remplacés par les termes « Le congé de maternité, la protection de la maternité et le congé prophylactique ». »

Article 117. A l'article 45, alinéa 2 du même décret, les termes « alinéa 3 » sont remplacés par les termes « alinéa ».

Article 118. Dans le titre du chapitre XVII du même décret, le terme « mesures » est remplacé par les termes « mesures urgentes ».

Article 119. A l'article 60 du même décret, le terme « mesures » est remplacé par les termes « mesures urgentes ».

Article 120. A l'article 98, alinéa 8 du même décret, le chiffre « 56 » est remplacé par le chiffre « 58 ».

CHAPITRE XXX. — *Dispositions finales*

Article 121. Disposition abrogatoire

L'article 4quater § 2, alinéa 2 de l'arrêté du Gouvernement de la Communauté germanophone du 9 novembre 1994 relatif à l'interruption de la carrière professionnelle dans l'enseignement et les centres psycho-médico-sociaux, introduit par décret du 25 juin 2007, est abrogé.

Article 122. Disposition abrogatoire

L'article 2.8 § 2, alinéa 1, 6ème, qui comprend les numéros 6.1 à 6.9 et alinéa 2 du décret du 27 juin 2005 portant création d'une Haute Ecole autonome est abrogé.

Article 123. Disposition abrogatoire

L'article 97 du décret du 23 juin 2008 portant des mesures en matière d'enseignement 2008 est abrogé.

Article 124. Prise d'effet

L'article 111 prend ses effets au 1^{er} juillet 2005.

Les articles 77 et 78 prennent leurs effets au 1^{er} mai 2007.

Les articles 118 et 119 prennent leurs effets au 1^{er} juin 2008.

Les articles 19, 20, 117 et 120 prennent leurs effets au 1^{er} juillet 2008.

Les articles 18, 60, 61, 66, 67, 114, 116, 121 et 123 prennent leurs effets au 1^{er} septembre 2008.

Les articles 65 et 115 prennent leurs effets au 1^{er} janvier 2009.

Les articles 26, 28, 30, 41, 42, 43, 55, 56, 57, 62, 63, 64, 80, 86, 89, 90, 100, 102 et 104 prennent leurs effets au 1^{er} juin 2009.

Les articles 12 et 13 prennent leurs effets au 1^{er} juillet 2009.

Les articles 21, 23, 31, 32, 35, 44, 58, 59, 70, 71, 72, 79, 81, 82, 83, 84, 88, 91, 92, 93, 94, 95, 96, 97, 98, 101, 103, 105, 106, 107, 108, 109, 110, 112, 113 et 122 prennent leurs effets au 1^{er} septembre 2009.

Les articles 68 et 69 prennent leurs effets au 1^{er} octobre 2009.

Les articles 25, 40, 54, 74, 85 et 99 prennent leurs effets au 1^{er} janvier 2010.

Les articles 14 à 17, 22, 24, 27, 29, 34, 36, 37, 73, 75, 76 et 87 prennent leurs effets au 1^{er} septembre 2010.

Les articles 1 à 11, 33, 38, 39, 45 à 53 prennent leurs effets le jour de la publication du décret au Moniteur Belge.

Promulguons le présent décret et ordonnons qu'il soit publié au *Moniteur belge*.

Eupen, le 25 mai 2009.

K.-H. LAMBERTZ,

Ministre-Président du Gouvernement de la Communauté germanophone,
Ministre des Pouvoirs locaux

B. GENTGES,

Vice-Ministre-Président du Gouvernement de la Communauté germanophone,
Ministre de la Formation et de l'Emploi, des Affaires sociales et du Tourisme

O. PAASCH,

Ministre de l'Enseignement et de la Recherche scientifique

I. WEYKMANS,

Ministre de la Culture et des Médias, du Patrimoine, de la Jeunesse et des Sports

Note

Session 2008-2009.

Documents numérotés : 150 (2008-2009), N° 1 Projet de décret : 150 (2008-2009), N° 2. — Proposition d'amendement : 150 (2008-2009), N° 3. — Rapport.

Rapport détaillé 25 mai 2009, N° 14 (2008-2009). Discussion et vote

VERTALING

MINISTERIE VAN DE DUITSTALIGE GEMEENSCHAP

N. 2009 — 3136

[2009/203925]

25 MEI 2009. — Decreet over maatregelen inzake onderwijs en opleiding 2009

Het Parlement van de Duitstalige Gemeenschap heeft aangenomen en Wij, Regering, bekraftigen wat volgt :

HOOFDSTUK I. — Erkenning van beroepskwalificaties en uitreiking van conformiteitsattesten voor de wervingsambten in het onderwijs

*Afdeling 1. — Erkenning van beroepskwalificaties***Artikel 1. Omzetting van de Richtlijn**

Het onderhavige hoofdstuk dient tot gedeeltelijke omzetting van de Richtlijn 2005/36/EG van het Europees Parlement en de Raad van 7 september 2005 betreffende de erkenning van beroepskwalificaties.

De Richtlijn legt de voorschriften vast volgens welke de Duitstalige Gemeenschap, die de toegang tot een geregelementeerde beroep of de uitoefening ervan aan het bezit van bepaalde beroepskwalificaties verbindt, voor de toegang tot dat beroep en de uitoefening ervan in de Duitstalige Gemeenschap de beroepservaringen verworven in een of meerdere andere lidstaten erkent die de houder het recht geven in de Duitstalige Gemeenschap hetzelfde beroep uit te oefenen.

Artikel 2. Definities

§ 1. Voor de toepassing van dit hoofdstuk verstaat men onder :

1. Geregelementeerde beroepen : alle ambten van het personeel van de inrichtingen voor kleuter-, lager- en secundair onderwijs van het gewoon onderwijs en van het onderwijs aan leerlingen met specifieke behoeften, voor de voortgezette schoolopleiding en voor het deeltijds kunstonderwijs;

2. Beroepskwalificaties : kwalificaties die door een opleidingstitel, een bekwaamheidsbewijs zoals bedoeld in artikel 4, nummer 1, letter *a*) en/of beroepservaring worden gestaafd;

3. Opleidingstitels : diploma's, certificaten of andere bekwaamheidsbewijzen die door een volgens de wettelijke of bestuursrechtelijke bepalingen van een lidstaat aangewezen autoriteit afgegeven zijn ter afsluiting van een overwegend in de Europese Gemeenschap gevuld beroepsopleiding;

4. Bevoegde autoriteit : ieder door de lidstaten gemachtigde autoriteit of instelling die met name bevoegd is opleidingstitels en andere documenten of informatie af te geven, respectievelijk aan te nemen, alsmede aanvragen te ontvangen en besluiten te nemen zoals bedoeld in het onderhavige decreet;

5. Geregelementeerde opleiding : opleiding die specifiek op de uitoefening van een bepaald beroep gericht is en die uit een afgesloten studiecyclus of uit meerdere afgesloten studiecycli bestaat die eventueel met een beroepsopleiding, een beroepsstage of praktijkervaring wordt aangevuld;

6. Beroepservaring : de daadwerkelijke en geoorloofde uitoefening van het betrokken beroep in een lidstaat;

7. Conformiteitsattest : administratieve verklaring die bevestigt dat een in een andere lidstaat verleende beroepskwalificatie toegang geeft tot een of meerdere wervingsambten die in de wettelijke, dekrale en reglementaire bepalingen inzake het statuut van de personeelsleden van het onderwijs vastgelegd zijn;

8. Lidstaat : lidstaat van de Europese Unie evenals IJsland, Liechtenstein, Noorwegen en Zwitserland, zodra de Richtlijn 2005/36/EG in die landen van toepassing is;

9. Aanvrager : onderdaan van een lidstaat;

10. Lidstaat van oorsprong : met uitzondering van België elke lidstaat waar de aanvrager een of meer beroepskwalificaties verworven heeft;

11. Derde land : andere dan de onder nummer 8 opgesomde lidstaten;

12. Regering : Regering van de Duitstalige Gemeenschap.

§ 2. Met een opleidingstitel wordt gelijkgesteld elke in een derde land afgegeven opleidingstitel, wanneer de houder ervan in het betrokken beroep een beroepservaring van drie jaar heeft op het grondgebied van de lidstaat die de betrokken opleidingstitel heeft erkend en indien de lidstaat deze beroepservaring bevestigt.

Artikel 3. Gevolgen van de erkenning

De erkenning van de beroepskwalificaties door de Duitstalige Gemeenschap geeft de begunstigde in de Duitstalige Gemeenschap toegang tot hetzelfde beroep als dat waarvoor hij in de lidstaat van oorsprong de kwalificaties bezit en stelt hem in staat dit beroep uit te oefenen onder dezelfde voorwaarden als die welke gelden voor een houder van een door de Duitstalige Gemeenschap vereiste beroepskwalificatie.

Voor de toepassing van dit hoofdstuk is het beroep dat de aanvrager in de Duitstalige Gemeenschap wenst uit te oefenen hetzelfde als dat waarvoor hij in de lidstaat van oorsprong de kwalificaties bezit, indien onder dat beroep vergelijkbare werkzaamheden vallen.

Artikel 4. Kwalificatienniveaus

Voor de toepassing van artikel 6 worden de beroepskwalificaties in de volgende niveaus ingedeeld :

1. Een bekwaamheidsbewijs dat is afgegeven door een overeenkomstig de wettelijke en bestuursrechtelijke bepalingen aangewezen bevoegde autoriteit van de lidstaat van oorsprong, nadat men

a) hetzij een opleiding heeft genoten die niet wordt afgesloten met een certificaat of diploma zoals bedoeld onder de nummers 2, 3, 4 of 5, hetzij een specifiek examen zonder voorafgaande opleiding heeft afgelegd, hetzij het beroep tijdens de voorafgaande tien jaren gedurende drie opeenvolgende jaren voltijds of gedurende een gelijkwaardige periode deeltijds in een lidstaat heeft uitgeoefend,

b) hetzij op het niveau van het lager of secundair onderwijs een algemene opleiding heeft genoten waaruit blijkt dat de houder van het bekwaamheidsbewijs over een zekere algemene kennis beschikt;

2. Een certificaat ter afsluiting van een cyclus van secundair onderwijs :

a) hetzij van algemeen secundair onderwijs, aangevuld met een andere dan de onder nummer 3 bedoelde studiecyclus of beroepsopleiding en/of met de beroepsstage of praktijkervaring die als aanvulling op deze studiecyclus vereist is;

b) hetzij van secundair technisch of beroepsonderwijs, in voorkomend geval aangevuld met een studiecyclus of beroepsopleiding zoals bedoeld onder letter a), en/of met de beroepsstage of praktijkervaring die als aanvulling op deze studiecyclus vereist is;

3. Een diploma ter afsluiting van :

a) hetzij een opleiding op het niveau van postsecundair onderwijs dat verschilt van het onder de nummers 4 en 5 bedoelde niveau en ten minste een jaar duurt, dan wel, in geval van een deeltijdse opleiding, een daaraan gelijkwaardige duur heeft, en waarvoor als een van de toelatingsvoorwaarden in de regel geldt dat men de studiecyclus van secundair onderwijs moet hebben voltooid die voor de toegang tot het universitair of hoger onderwijs vereist is of een volledige equivalente schoolopleiding van secundair niveau II, alsook de beroepsopleiding die eventueel als aanvulling op deze cyclus van postsecundair onderwijs vereist is;

b) hetzij, in het geval van een geregellementeerd beroep, een opleiding met een bijzondere structuur die gelijkwaardig is aan het onder letter a) vermelde opleidingsniveau, en die opleidt tot een vergelijkbare beroepsbekwaamheid en voorbereidt op een vergelijkbaar niveau van verantwoordelijkheden en taken.

4. Een diploma ter afsluiting van een opleiding op het niveau van het postsecundaire onderwijs met een duur van ten minste drie jaar en ten hoogste vier jaar, dan wel, in geval van een deeltijdse opleiding, een daaraan gelijkwaardige duur heeft, die wordt verstrekt aan een universiteit of een instelling voor hoger onderwijs of aan een andere instelling met hetzelfde opleidingsniveau, alsook de beroepsopleiding die eventueel als aanvulling op deze cyclus van postsecundair onderwijs vereist is.

5. Een diploma ter afsluiting van een postsecundaire opleiding met een duur van minstens vier jaar of, in geval van een deeltijdse opleiding, met een daaraan gelijkwaardige duur, aan een universiteit of een instelling voor hoger onderwijs of aan een andere instelling met hetzelfde opleidingsniveau, alsook eventueel ter afsluiting van de beroepsopleiding die als aanvulling op deze cyclus van postsecundair onderwijs vereist is.

Artikel 5. Gelijke behandeling van kwalificaties

Met een opleidingstitel ter afsluiting van een in artikel 4 bedoelde opleiding, met inbegrip van het betrokken niveau, wordt gelijkgesteld elke opleidingstitel die, ofwel elk geheel van opleidingstitels dat door een bevoegde autoriteit in een lidstaat is afgegeven, wanneer daarmee een in de Europese Gemeenschap gevuld opleiding wordt afgesloten welke door deze lidstaat als gelijkwaardig wordt erkend en wanneer daaraan dezelfde rechten inzake de toegang tot of uitoefening van een beroep zijn verbonden, dan wel een voorbereiding vormt op de uitoefening van dat beroep.

Onder dezelfde voorwaarden als die van het eerste lid wordt met een dergelijke opleidingstitel ook gelijkgesteld elke beroepskwalificatie die weliswaar niet voldoet aan de eisen die in de wettelijke en bestuursrechtelijke bepalingen van de lidstaat van oorsprong voor de toegang tot of uitoefening van een beroep zijn vastgesteld, maar die de houder ervan krachtens deze bepalingen verworven rechten verleent. Dit geldt met name indien de lidstaat van oorsprong het niveau verhoogt van de opleiding die vereist is voor de toegang tot een beroep of de uitoefening ervan, en indien een persoon die vroeger een opleiding heeft genoten die niet meer voldoet aan de eisen van de nieuwe kwalificatie, verworven rechten geniet uit hoofde van nationale wettelijke of bestuursrechtelijke bepalingen; in dat geval wordt de vroeger genoten opleiding door de ontvangende lidstaat beschouwd - met het oog op de toepassing van artikel 6 - als overeenkomend met het niveau van de nieuwe opleiding.

Artikel 6. Voorwaarden inzake erkenning

§ 1. Wanneer in de Duitstalige Gemeenschap de toegang tot of uitoefening van een geregellementeerd beroep afhankelijk wordt gesteld van het bezit van bepaalde beroepskwalificaties, staat de Regering de toegang tot en uitoefening van dit beroep in de Duitstalige Gemeenschap onder dezelfde voorwaarden als die welke voor houders van de door haar vereiste beroepskwalificaties gelden, toe aan aanvragers die in het bezit zijn van het bekwaamheidsbewijs dat of de opleidingstitel die in een andere lidstaat verplicht wordt gesteld voor de toegang tot of uitoefening van dat beroep op zijn grondgebied.

De bekwaamheidsbewijzen of opleidingstitels moeten aan de volgende voorwaarden voldoen :

1. zij moeten afgegeven zijn door een bevoegde autoriteit in een lidstaat die overeenkomstig de wettelijke of bestuursrechtelijke bepalingen van die lidstaat is aangewezen;

2. zij moeten blijk geven van een beroepskwalificatienniveau dat ten minste gelijkwaardig is aan het niveau onmiddellijk voorafgaand aan het door de Duitstalige Gemeenschap vereiste niveau, zoals omschreven in artikel 4;

§ 2. De in § 1 bedoelde toegang tot en uitoefening van het beroep worden eveneens toegestaan aan aanvragers die het in die paragraaf bedoelde beroep tijdens de voorafgaande tien jaar gedurende twee jaar voltijds hebben uitgeoefend in een andere lidstaat waar dat beroep niet is geregellementeerd en die een of meer bekwaamheidsbewijzen of een of meer opleidingstitels bezitten.

De bekwaamheidsbewijzen of opleidingstitels moeten aan de volgende voorwaarden voldoen :

1. zij moeten afgegeven zijn door een bevoegde autoriteit in een lidstaat die overeenkomstig de wettelijke of bestuursrechtelijke bepalingen van die lidstaat is aangewezen;
2. zij moeten blijk geven van een beroepskwalificatienniveau dat ten minste gelijkwaardig is aan het niveau onmiddellijk voorafgaand aan het door de Duitstalige Gemeenschap vereiste niveau, zoals omschreven in artikel 4;
3. zij moeten aantonen dat de houder op de uitoefening van het betrokken beroep is voorbereid.

Artikel 7. Tekorten en compenserende maatregelen

Artikel 6 belet niet dat de Regering in een van de volgende gevallen van de aanvrager verlangt dat hij een aanpassingsstage van ten hoogste drie jaar doorloopt of een proeve van bekwaamheid aflegt :

1. wanneer de duur van de opleiding waarvan de aanvrager overeenkomstig artikel 6, § 1 of § 2, melding maakt, ten minste één jaar korter is dan de duur van de in de Duitstalige Gemeenschap vereiste opleiding;
2. wanneer de door hem gevolgde opleiding betrekking heeft op vakken die wezenlijk verschillen van die welke worden bestreken door de in de Duitstalige Gemeenschap vereiste opleidingstitel;
3. wanneer het in de Duitstalige Gemeenschap gereglementeerde beroep een of meer gereglementeerde beroepsverzamheden omvat die niet bestaan in het overeenkomstige beroep in de lidstaat van oorsprong van de aanvrager in de zin van artikel 3, tweede lid, en dit verschil wordt gekenmerkt door een specifieke opleiding die in de Duitstalige Gemeenschap vereist is en betrekking heeft op vakken die wezenlijk verschillen van die welke vallen onder het bekwaamheidsbewijs of de opleidingstitel die de aanvrager overlegt.

Indien de Regering van de mogelijkheid van het eerste lid gebruik maakt, moet zij de aanvrager de keuze laten tussen een aanpassingsstage en een proeve van bekwaamheid. De Regering gaat voorafgaandelijk na of de door de aanvrager tijdens zijn beroepservaring verworven kennis de in het eerste lid, nummers 1 tot en met 3, vermelde wezenlijke verschillen geheel of gedeeltelijk compenseren.

De Regering bepaalt de verdere modaliteiten voor de uitvoering van de compenserende maatregelen.

Afdeling 2. — Uitreiking van conformiteitsattesten voor wervingsambten in het onderwijs

Artikel 8. Vereist bekwaamheidsbewijs

Vergezeld van een conformiteitsattest wordt een in een lidstaat van de Europese Unie uitgereikt studiegetuigschrift als een vereist bekwaamheidsbewijs zoals bedoeld in de wettelijke, dekretale en reglementaire bepalingen over het statuut van de personeelsleden van het onderwijs in de Duitstalige Gemeenschap.

Artikel 9. Aanvraagprocedure

§ 1. Om een conformiteitsattest te krijgen dient de aanvrager bij de Regering een aanvraag in dat minstens de volgende gegevens bevat :

1. het aanvraagformulier;
2. een kopie van de studiegetuigschriften;
3. een volledige lijst van de gevolgde vakken van de afgesloten beroepskwalificatie;
4. een verklaring opgesteld door een bevoegde autoriteit van de lidstaat waar de beroepskwalificatie werd gevolgd en waaruit blijkt dat de aanvrager gemachtigd is de wettelijke opleidingstitel, met de eventuele afkorting ervan, te dragen.

De Regering heeft het recht bijkomende documenten en informatie op te vragen.

Zodra het dossier volledig is, zal de Regering dit aan de aanvrager bevestigen.

Wanneer de Regering een gegronde twijfel aan de echtheid van een voorgelegd afschrift heeft, neemt ze contact op met de instantie die het document oorspronkelijk heeft uitgereikt. Subsidiair neemt de overheid, door middel van een met redenen omklede brief, contact op met de aanvrager die het afschrift heeft voorgelegd. Zolang deze laatste het afschrift van het originele document niet overlegt, wordt de procedure opgeschort.

§ 2. Het aanvraagformulier vermeldt ten minste de volgende gegevens :

1. de naam en de voornaam van de aanvrager;
2. de geboortedatum en -plaats;
3. de nationaliteit;
4. het contactadres;
5. de normale studieduur van de afgesloten beroepskwalificatie;
6. de precieze benaming van de opleidingstitels;
7. desgevallend het bewijs van stages;
8. de beroepservaring;
9. het ambt dat de aanvrager mag uitoefenen in de lidstaat van oorsprong met de desgevallend daaraan verbonden vakken, specialisaties en studiejaren;
10. de wettelijke titel van de beroepskwalificatie, met de eventuele afkorting ervan, verleend in de lidstaat van oorsprong evenals de naam en plaats van de onderwijsinrichting of van de examencommissie die deze titel heeft verleend.

Artikel 10. Conformiteitsattest

Het conformiteitsattest vermeldt ten minste de volgende gegevens :

1. de naam en de voornaam van de aanvrager;
2. de geboortedatum en -plaats;
3. de nationaliteit;
4. de normale studieduur van de afgesloten beroepskwalificatie;
5. de precieze benaming van de opleidingstitels;
6. desgevallend het bewijs van gevolgde stages;
7. de beroepservaring;
8. desgevallend het ambt dat de aanvrager mag uitoefenen in de Duitstalige Gemeenschap met de desgevallend daaraan verbonden vakken, specialisaties en studiejaren;
9. desgevallend de weddeschaal of de weddeschalen in verband met de gegevens onder nummer 8;

10. de wettelijke opleidingstitel, met de eventuele afkorting ervan, verleend in de lidstaat van oorsprong evenals de naam en de plaats van de onderwijsinrichting of van de examencommissie die deze titel heeft verleend;

11. de datum van de uitreiking van het conformiteitsattest.

Artikel 11. Uitreiking van het conformiteitsattest

§ 1. De Regering neemt een van de volgende beslissingen :

1. een conformiteitsattest wordt afgeleverd;

2. een conformiteitsattest kan niet afgeleverd worden omdat de aanvrager de in artikel 7, eerste lid, vermelde en vastgestelde tekorten nog moet wegwerken via compenserende maatregelen, zoals bepaald in artikel 7, tweede lid;

3. een conformiteitsattest kan niet afgeleverd worden, omdat de erkenningsvoorwaarden uit afdeling 1 niet vervuld zijn.

De Regering neemt de in het eerste lid vermelde beslissing binnen een termijn van vier maanden na indiening van het volledige dossier.

§ 2. Zodra de aanvrager de tekorten via de in artikel 7, tweede lid, vermelde compenserende maatregelen succesvol weggewerkt heeft, wordt hem het conformiteitsattest uitgereikt.

HOOFDSTUK II. — Vastlegging van de essentiële onderdelen van de gespecialiseerde opleiding tot inrichtingshoofd van een secundaire school

Artikel 12. Vastlegging van de essentiële onderdelen van de gespecialiseerde opleiding tot inrichtingshoofd van een secundaire school

De essentiële onderdelen van de gespecialiseerde opleiding tot inrichtingshoofd van een secundaire school zoals vermeld in artikel 121sexies, § 3, van het koninklijk besluit van 22 maart 1969 tot vaststelling van het statuut van de leden van het bestuurs-, onderwijzend, opvoedend hulp-, paramedisch en psychosociaal personeel der inrichtingen voor kleuter-, lager, middelbaar, technisch, kunst- en normaalonderwijs en onderwijs aan leerlingen met specifieke behoeften van de Staat, alsmede der internaten die van deze inrichtingen afhangen en van de personeelsleden van de inspectiedienst die belast is met het toezicht op deze inrichtingen en in artikel 69.5, § 3, van het decreet van 14 december 1998 houdende het statuut van de gesubsidieerde personeelsleden van het gesubsidieerd vrij onderwijs en van het gesubsidieerd vrij psycho-medisch-sociaal centrum worden in de bijlage vastgelegd.

Artikel 13. Bewijs van de gespecialiseerde opleiding en in aanmerking nemen van voortgezette opleidingen

De gespecialiseerde opleiding tot inrichtingshoofd van een secundaire school kan via voortgezette opleidingen plaatsvinden die in opdracht van de Duitstalige Gemeenschap of door externe instellingen worden aangeboden.

Bij voortgezette opleidingen in externe instellingen gebeurt het in aanmerking nemen voor de gespecialiseerde opleiding door :

- bij modules die door meer dan één inrichtende macht worden georganiseerd : de Regering;
- bij modules die binnen eenzelfde inrichtende macht worden georganiseerd : de respectieve inrichtende macht.

Het in aanmerking nemen vereist in elk geval niet enkel de deelname aan de voortgezette opleiding, maar eveneens het bewijs dat de deelnemer met succes een schriftelijk of mondeling examen aflegt respectievelijk voor een huiswerk een positieve evaluatie gekregen heeft.

HOOFDSTUK III. — Schoolmediatheken in het gewoon secundair onderwijs

Artikel 14. Opdracht van de schoolmediatheek

De schoolmediatheek ondersteunt de onderwijs- en opvoedende opdracht van de school en creëert de voorwaarden opdat de lees- en informatiecompetentie overeenkomstig de vereisten van de kaderplannen en de leerplannen en onder optimale voorwaarden kunnen worden overgedragen.

Artikel 15. Erkenningsvoorwaarden en -procedure

§ 1. Een schoolmediatheek kan worden erkend, indien :

1. zij aan de door de Regering vastgelegde vereisten op het vlak van lokalen en inrichting voldoet;
2. zij met betrekking tot het mediabestand aan de door de Regering vastgelegde kwalitatieve en kwantitatieve criteria voldoet;
3. zij door een in artikel 14 vermelde leraar-mediathcaris wordt geleid.

§ 2. De Regering verleent de erkenning op grond van een aanvraag van een inrichtende macht en een gemotiveerd advies van de lasthebber van het schoolmediatheekwezen. De erkenning geldt vanaf de eerste dag van een schooljaar en kan niet met terugwerkende kracht worden verleend.

De Regering duidt de lasthebber voor het schoolmediatheekwezen aan en legt de nadere modaliteiten van de erkenningsprocedure vast.

§ 3. De Regering kan de erkenning van een schoolmediatheek intrekken, wanneer deze laatste een of meer van de in § 1 opgesomde voorwaarden niet meer vervult of niet meer aan de in artikel 14 gedefinieerde opdracht voldoet. Een intrekking van de erkenning kan geschieden op grond van een gemotiveerd advies van de lasthebber voor het schoolmediatheekwezen en na het horen van het hoofd van de mediatheek evenals van de in artikel 17 vermelde mediatheekcommissie van de betrokken school.

De Regering legt de nadere modaliteiten van de verdere procedure voor de intrekking van de erkenning vast.

Artikel 16. Inrichting van een betrekking van leraar-mediathcaris

§ 1. In een gewone secundaire school waarin een door de Regering erkende mediatheek aanwezig is, wordt een voltijdse betrekking van leraar-mediathcaris ingericht respectievelijk gesubsidieerd.

In afwijking van het eerste lid wordt de betrekking van leraar-mediathcaris op aanvraag van de inrichtende macht van de school reeds vanaf de dag van de overeenkomstig artikel 15 ingediende aanvraag tot erkenning ingericht of gesubsidieerd. Wordt de aanvraag afgewezen, dan eindigt de inrichting of de subsidiëring van deze betrekking op het eind van de kalendermaand waarin de afwijzing plaatsvindt en de inrichtende macht van de school draagt de tot dan ontstane weddekkosten.

§ 2. De betrekking van leraar-mediathcaris is deelbaar op voorwaarde dat ten minste 75 % van de betrekking door een en hetzelfde personeelslid wordt bekleed.

§ 3. De wekelijkse arbeidsduur van de leraar-mediathcaris bedraagt gemiddeld 38 uren van 60 minuten. Het gemiddelde wordt op basis van een referentieperiode van vier maanden berekend.

De wekelijkse arbeidsduur mag in geen geval 50 uren overschrijden.

§ 4. Het jaarlijks verlof van de leraar-mediathecaris wordt als volgt vastgelegd :

1. kerstvakantie : twee weken evenals 24, 25 en 26 december, wanneer deze dagen niet in de twee weken durende vakantieperiode vallen;
2. paasvakantie : twee weken;
3. zomervakantie : van 1 juli tot en met 31 augustus.

Van de in het eerste lid vermelde vakantie moeten 13 werkdagen worden afgetrokken, waarvan er vijf op de laatste vijf werkdagen van de maand augustus vallen. De resterende acht werkdagen moeten door het inrichtingshoofd in het kader van de vakantieperiode worden vastgelegd. Wanneer de voor de leraar-mediathecaris verplichte voortgezette opleidingen tijdens de vakantie plaatsvinden, worden deze van de acht werkdagen afgetrokken.

Artikel 17. Mediathekcommissie

In de scholen die over een erkende schoolmediatheek beschikken, richt de Pedagogische Raad een mediathekcommissie op die bestaat uit ten minste vijf leraren uit verschillende vakgebieden. Deze mediathekcommissie heeft als taak de leraar-mediathecaris bij zijn taken te ondersteunen en te adviseren.

De mediathekcommissie keurt aan het begin van elk schooljaar op voorstel van de leraar-mediathecaris de volgende zaken goed :

1. een pakket van mediapedagogische maatregelen voor het betrokken schooljaar;
2. een balans over de ontwikkeling van de schoolmediatheek en de vervulling van haar opdracht in het voorbije schooljaar.

Het pakket van maatregelen en de balans worden jaarlijks uiterlijk op 30 oktober ter kennismeming aan de lasthebber voor het schoolmediatheekwezen overgemaakt.

HOOFDSTUK IV. — Terugbetaling van de werkingskosten van inspecteurs godsdienstonderwijs

Artikel 18. Terugbetaling

De Regering bepaalt de werkingskosten die kunnen worden terugbetaald aan de personen die met de inspectie van het godsdienstonderwijs in het door de Duitstalige Gemeenschap georganiseerde of gesubsidieerde onderwijs belast zijn. Het gaat hierbij om :

1. de initiële inrichting van hun werkplek;
2. reiskosten;
3. verblijfkosten;
4. verdere werkingskosten, met name kosten van telefoon, fax, internet en documentatie.

De Regering legt het bedrag en de modaliteiten van de in het eerste lid voorziene terugbetalingen vast.

HOOFDSTUK VI. — Korting op de prijs van een busabonnement voor leerlingen en studenten

Artikel 19. Toepassingsgebied

Dit hoofdstuk is van toepassing op de leerling respectievelijk student die aan de volgende voorwaarden voldoet :

1. hij is ten minste twaalf en ten hoogste vierentwintig jaar oud;
2. hij gaat naar een door de Duitstalige Gemeenschap georganiseerde of gesubsidieerde onderwijsinrichting of hij heeft zijn woonplaats in de Duitstalige Gemeenschap en gaat naar een onderwijsinrichting in het naburige buitenland;
3. hij wordt door de Regionale Waalse Vervoersmaatschappij naar zijn onderwijsinrichting vervoerd of hij maakt gebruik van het door de Duitstalige Gemeenschap georganiseerde leerlingenvervoer.

Artikel 20. Korting

De in artikel 19 vermelde leerling respectievelijk student heeft voor het vervoer naar de onderwijsinrichting waar hij als regelmatig leerling ingeschreven is, recht op een korting van 50 % op het geldende tarief van het busabonnement.

Aan de in artikel 19 vermelde leerling respectievelijk student die in de Duitstalige Gemeenschap woont en naar een onderwijsinrichting in het naburige buitenland gaat, wordt de in het eerste lid vermelde korting op de prijs van het tot de Belgische grens geldende busabonnement toegekend.

De Regering legt de nadere modaliteiten vast.

HOOFDSTUK VI. — Wijziging van de wetten op het toekennen van de academische graden en het programma van de universitaire examens, gecoördineerd op 31 december 1949

Artikel 21. Artikel 6, § 1, nummer 2, van de wetten op het toekennen van de academische graden en het programma van de universitaire examens, gecoördineerd op 31 december 1949, vervangen bij wet van 1 augustus 1988, wordt door de volgende bepaling vervangen :

“2. die het vijfde en zesde studiejaar van het secundair algemeen, technisch of kunstonderwijs met vrucht volbracht hebben in dezelfde onderwijsvorm en in dezelfde afdeling en studierichting of die het zesde studiejaar en het met het oog op de uitreiking van het getuigschrift van hoger secundair onderwijs ingerichte zevende studiejaar van het secundair beroepsonderwijs met vrucht volbracht hebben of die de middenstandsleertijd en het met het oog op de uitreiking van het getuigschrift van het hoger secundair onderwijs ingerichte zevende studiejaar van het secundair beroepsonderwijs met vrucht volbracht hebben;”

HOOFDSTUK VII. — *Wijziging van het koninklijk besluit van 2 oktober 1968 tot vaststelling en rangschikking van de ambten der leden van het bestuurs- en onderwijzend personeel, van het opvoedend hulppersoneel, van het paramedisch en psychosociaal personeel der inrichtingen voor kleuter-, lager, middelbaar, technisch, kunst- en normaalonderwijs en onderwijs aan leerlingen met specifieke behoeften van de Staat, alsmede der internaten die van deze inrichtingen afhangen en van de personeelsleden van de inspectiedienst die belast is met het toezicht op deze inrichtingen*

Artikel 22. In artikel 6, letter Dbis, letter *a*, van het koninklijk besluit van 2 oktober 1968 tot vaststelling en rangschikking van de ambten der leden van het bestuurs- en onderwijzend personeel, van het opvoedend hulppersoneel, van het paramedisch en psychosociaal personeel der inrichtingen voor kleuter-, lager, middelbaar, technisch, kunst- en normaalonderwijs en onderwijs aan leerlingen met specifieke behoeften van de Staat, alsmede der internaten die van deze inrichtingen afhangen en van de personeelsleden van de inspectiedienst die belast is met het toezicht op deze inrichtingen, ingevoegd bij besluit van de Regering van 31 augustus 2000, wordt de punt na de passus in nummer 1 door een kommapunt vervangen en wordt een nummer 2 ingevoegd, luidend als volgt :

"2. leraar-mediathecaris."

Artikel 23. In artikel 6, letter E, letter *a*, van hetzelfde koninklijk besluit, gewijzigd bij decreet van 27 juni 2005, wordt een nummer 10ter ingevoegd, luidend als volgt :

"10ter. Lasthebber voor onderzoek."

HOOFDSTUK VIII. — *Wijziging van het koninklijk besluit van 22 maart 1969 tot vaststelling van het statuut van de leden van het bestuurs-, onderwijzend, opvoedend hulp-, paramedisch en psychosociaal personeel der inrichtingen voor kleuter-, lager, middelbaar, technisch, kunst- en normaalonderwijs en onderwijs voor leerlingen met specifieke behoeften van de Staat, alsmede der internaten die van deze inrichtingen afhangen en van de personeelsleden van de inspectiedienst die belast is met het toezicht op deze inrichtingen*

Artikel 24. In artikel 16, eerste lid, nummer 5, van het koninklijk besluit van 22 maart 1969 tot vaststelling van het statuut van de leden van het bestuurs-, onderwijzend, opvoedend hulp-, paramedisch en psychosociaal personeel der inrichtingen voor kleuter-, lager, middelbaar, technisch, kunst- en normaalonderwijs en onderwijs voor leerlingen met specifieke behoeften van de Staat, alsmede der internaten die van deze inrichtingen afhangen en van de personeelsleden van de inspectiedienst die belast is met het toezicht op deze inrichtingen, gewijzigd bij decreet van 26 juni 2006 en aangevuld bij decreet van 11 mei 2009, wordt een letter *f*) ingevoegd, luidend als volgt :

"f) wanneer het om een personeelslid gaat dat het ambt van leraar-mediathecaris bekleedt, moet dit over het bekwaamheidsbewijs voor het beheren van schoolmediatheek beschikken;"

Artikel 25. In artikel 17, eerste lid, van hetzelfde koninklijk besluit, vervangen bij decreet van 26 juni 2006 en gewijzigd bij decreet van 23 juni 2008, wordt een nummer 5 ingevoegd, luidend als volgt :

"5. Hij was gedurende de laatste vijf schooljaren bij de betrokken inrichtende macht in actieve dienst."

Artikel 26. In artikel 20, eerste lid, nummer 2, van hetzelfde koninklijk besluit, vervangen bij decreet van 26 juni 2006, wordt de passus "of bij andere inrichtende machten alsmede de verdere beroepservaring" vervangen door de passus "en/of dienstancienniteit bij andere inrichtende machten respectievelijk de verdere beroepservaring".

Artikel 27. In artikel 25, eerste lid, nummer 4, van hetzelfde koninklijk besluit, vervangen bij decreet van 26 juni 2006 en aangevuld bij decreet van 21 april 2008, wordt de punt aan het eind van de eerste zin door een komma vervangen en wordt de passus "behalve de aanwijzing van leraar-mediathecaris, die op 31 augustus eindigt" ingevoegd.

Artikel 28. In artikel 34, tweede lid, nummer 2, van hetzelfde koninklijk besluit, vervangen bij decreet van 26 juni 2006, wordt de passus "of bij andere inrichtende machten alsmede de verdere beroepservaring" vervangen door de passus "en/of dienstancienniteit bij andere inrichtende machten respectievelijk de verdere beroepservaring".

Artikel 29. In artikel 39, eerste lid, nummer 5, van hetzelfde koninklijk besluit, vervangen bij decreet van 26 juni 2006 en gewijzigd bij decreet van 11 mei 2009, wordt een letter *f*) ingevoegd, luidend als volgt :

"f) wanneer het om een personeelslid gaat dat het ambt van leraar-mediathecaris bekleedt, moet dit over het bekwaamheidsbewijs voor het beheren van schoolmediatheek beschikken;"

Artikel 30. In artikel 43, eerste lid, nummer 2, van hetzelfde koninklijk besluit, vervangen bij decreet van 26 juni 2006, wordt de passus "of bij andere inrichtende machten alsmede de verdere beroepservaring" vervangen door de passus "en/of dienstancienniteit bij andere inrichtende machten respectievelijk de verdere beroepservaring".

Artikel 31. Artikel 121quinquies, vierde lid, van hetzelfde koninklijk besluit, ingevoegd bij decreet van 25 juni 2007, wordt door de volgende bepaling vervangen :

"De commissie is als volgt samengesteld :

1. een voorzitter, gekozen uit de leidinggevende ambtenaren van de voor onderwijs bevoegde afdeling van het Ministerie;

2. een personeelslid van het Ministerie dat over vakken op statutair vlak beschikt;

3. een personeelslid van het Ministerie dat over vakken op pedagogisch vlak beschikt,

4. twee leden die geen personeelslid van het Ministerie zijn en over vakken over het onderwijs beschikken."

Artikel 32. In hoofdstuk XIbis van hetzelfde koninklijk besluit wordt artikel 169bis, ingevoegd bij decreet van 17 mei 2004 en gewijzigd bij decreet van 26 juni 2006, ingevoegd, luidend als volgt :

"Artikel 169bis. Artikel 16, eerste lid, nummer 5, letter *d*), is niet van toepassing op het schooljaar 2010-2011".

HOOFDSTUK IX. — *Wijziging van het koninklijk besluit van 22 april 1969 betreffende de bekwaamheidsbewijzen van de leden van het bestuurs- en onderwijzend personeel, het opvoedend hulppersoneel, het paramedisch en psychosociaal personeel der rijksinrichtingen voor kleuter-, lager, middelbaar, technisch, kunst- en normaalonderwijs en onderwijs aan leerlingen met specifieke behoeften, alsmede der internaten die van deze inrichtingen afhangen*

Artikel 33. Artikel 3, laatste lid, van het koninklijk besluit van 22 april 1969 betreffende de bekwaamheidsbewijzen van de leden van het bestuurs- en onderwijzend personeel, het opvoedend hulppersoneel, het paramedisch en psychosociaal personeel der rijksinrichtingen voor kleuter-, lager, middelbaar, technisch, kunst- en normaalonderwijs en onderwijs aan leerlingen met specifieke behoeften, alsmede der internaten die van deze inrichtingen afhangen, ingevoegd bij besluit van de Regering van 4 juni 1998 en gewijzigd bij besluit van de Regering van 7 december 2007, wordt door de volgende bepaling vervangen :

"De in een lidstaat van de Europese Unie uitgereikte studiegetuigschriften worden als vereist bekwaamheidsbewijs beschouwd, wanneer ze van een door de Regering uitgereikt conformiteitsattest vergezeld zijn."

Artikel 34. In hoofdstuk II van hetzelfde koninklijk besluit wordt een artikel 9ter ingevoegd, luidend als volgt :
"Artikel 9ter. Als vereist bekwaamheidsbewijs voor het ambt van leraar-mediathecaris gelden de volgende diploma's :

- a) het diploma van geaggregeerde voor het hoger secundair onderwijs, aangevuld met een bekwaamheidsbewijs voor het beheren van een schoolmediatheek, dat door een hogeschool in de Duitstalige Gemeenschap wordt uitgereikt of een bewijs dat door de Regering als gelijkwaardig wordt erkend;
- b) het diploma van geaggregeerde voor het lager secundair onderwijs, aangevuld met een bekwaamheidsbewijs voor het beheren van een schoolmediatheek, dat door een hogeschool in de Duitstalige Gemeenschap wordt uitgereikt of een bewijs dat door de Regering als gelijkwaardig wordt erkend;
- c) het diploma van hoger onderwijs van het korte type, aangevuld met het pedagogisch bekwaamheidsbewijs en een bekwaamheidsbewijs voor het beheren van een schoolmediatheek, dat door een hogeschool in de Duitstalige Gemeenschap uitgereikt wordt of een bewijs dat door de Regering als gelijkwaardig wordt erkend.

De aanvullende opleiding voor het beheren van een schoolmediatheek omvat ten minste 10 ECTS-studiepunten."

Artikel 35. In artikel 10 van hetzelfde koninklijk besluit, laatst gewijzigd bij decreet van 27 juni 2005, wordt een nummer 18quater ingevoegd, luidend als volgt :

"18quater. Lasthebber voor onderzoek : ten minste een diploma van het hoger onderwijs van de tweede graad."

Artikel 36. Artikel 14, nummer 3bis, van hetzelfde koninklijk besluit, ingevoegd bij decreet van 27 juni 2005, wordt door de volgende bepaling vervangen :

"3bis. Assistant-medithecaris :

- a) het diploma van geaggregeerde voor het lager secundair onderwijs,
- b) het diploma van hoger onderwijs van het korte type in het bibliotheekwezen, aangevuld met het pedagogisch bekwaamheidsbewijs."

Artikel 37. Artikel 14, nummer 4bis, van hetzelfde koninklijk besluit, ingevoegd bij decreet van 27 juni 2005, wordt door de volgende bepaling vervangen :

"4bis. Mediathecaris :

a) het diploma van geaggregeerde voor het hoger secundair onderwijs, aangevuld met een bekwaamheidsbewijs voor het beheren van een schoolmediatheek, dat door een hogeschool in de Duitstalige Gemeenschap wordt uitgereikt of een bewijs dat door de Regering als gelijkwaardig wordt erkend;

b) ten minste een diploma van hoger onderwijs van het korte type in het bibliotheekwezen, aangevuld met het pedagogisch bekwaamheidsbewijs en een bekwaamheidsbewijs voor het beheren van een schoolmediatheek, dat door een hogeschool in de Duitstalige Gemeenschap wordt uitgereikt of een bewijs dat door de Regering als gelijkwaardig wordt erkend."

Artikel 38. In hoofdstuk I van hetzelfde koninklijk besluit wordt een artikel 1ter ingevoegd, luidend als volgt :

"Artikel 1ter. Artikel 3, laatste lid, dient tot gedeeltelijke omzetting van de Richtlijn 2005/36/EG van het Europees Parlement en de Raad van 7 september 2005 betreffende de erkenning van beroepskwalificaties."

HOOFDSTUK X. — Wijziging van het koninklijk besluit van 25 oktober 1971 tot vaststelling van het statuut van de leermeesters, de leraren en de inspecteurs katholieke, protestantse, israëlitische, orthodoxe, islamitische en anglicaanse godsdienst der onderwijsinrichtingen van de Duitstalige gemeenschap

Artikel 39. In artikel 4, § 1, van het koninklijk besluit van 25 oktober 1971 tot vaststelling van het statuut van de leermeesters, de leraren en de inspecteurs katholieke en protestantse godsdienst in de onderwijsinrichtingen voor lager, middelbaar, technisch, kunst- en normaalonderwijs van de Staat, vervangen bij decreet van 26 juni 2006 en gewijzigd door de decreten van 23 juni 2008 en van 11 mei 2009, wordt na het eerste lid een nieuw, tweede lid ingevoegd, luidend als volgt :

"De in een lidstaat van de Europese Unie uitgereikte studiegetuigschriften worden als vereist bekwaamheidsbewijs beschouwd, wanneer ze van een door de Regering uitgereikt conformiteitsattest vergezeld zijn."

Artikel 40. In artikel 5, eerste lid, nummer 4, van hetzelfde koninklijk besluit, vervangen bij decreet van 26 juni 2006, wordt de punt op het eind van de zin door een kommapunt vervangen.

In hetzelfde lid, vervangen bij decreet van 26 juni 2006 en gewijzigd bij decreet van 23 juni 2008, wordt een nummer 5 ingevoegd, luidend als volgt :

"5. Hij was gedurende de laatste vijf schooljaren bij de betrokken inrichtende macht in actieve dienst."

Artikel 41. In artikel 8, eerste lid, nummer 2, van hetzelfde koninklijk besluit, vervangen bij decreet van 26 juni 2006, wordt de passus "of bij andere inrichtende machten alsmede de verdere beroepservaring" vervangen door de passus "en/of dienstancienniteit bij andere inrichtende machten respectievelijk de verdere beroepservaring".

Artikel 42. In artikel 22, tweede lid, nummer 2, van hetzelfde koninklijk besluit, vervangen bij decreet van 26 juni 2006, wordt de passus "of bij andere inrichtende machten alsmede de verdere beroepservaring" vervangen door de passus "en/of dienstancienniteit bij andere inrichtende machten respectievelijk de verdere beroepservaring".

Artikel 43. In artikel 22decies, eerste lid, nummer 2, van hetzelfde koninklijk besluit, vervangen bij decreet van 26 juni 2006, wordt de passus "of bij andere inrichtende machten alsmede de verdere beroepservaring" vervangen door de passus "en/of dienstancienniteit bij andere inrichtende machten respectievelijk de verdere beroepservaring".

Artikel 44. In hetzelfde koninklijk besluit wordt een hoofdstuk Xbis ingevoegd, dat artikel 49.1 bevat, luidend als volgt :

"HOOFDSTUK Xbis - OVERGANGSBEPALING

Artikel 49bis. Artikel 4, eerste lid, nummer 5, letter d), is niet van toepassing op het schooljaar 2010-2011".

Artikel 45. In hoofdstuk I van hetzelfde koninklijk besluit wordt een artikel 1.1 ingevoegd, luidend als volgt :

"Artikel 1.1. Artikel 4, tweede lid, dient tot gedeeltelijke omzetting van de Richtlijn 2005/36/EG van het Europees Parlement en de Raad van 7 september 2005 betreffende de erkenning van beroepskwalificaties."

HOOFDSTUK XI. — Wijziging van het koninklijk besluit van 20 juni 1975

betreffende de voldoende geachte bekwaamheidsbewijzen in het kleuter- en lager onderwijs

Artikel 46. In artikel 3 van het koninklijk besluit van 20 juni 1975 betreffende de voldoende geachte bekwaamheidsbewijzen in het kleuter- en lager onderwijs wordt een tweede lid ingevoegd, luidend als volgt :

"De in een lidstaat van de Europese Unie uitgereikte studiegetuigschriften worden als voldoende geachte bekwaamheidsbewijs beschouwd, wanneer ze van een door de Regering uitgereikt conformiteitsattest vergezeld zijn."

Artikel 47. In hoofdstuk I van hetzelfde koninklijk besluit wordt een artikel 1.1 ingevoegd, luidend als volgt :
"Artikel 1.1. Artikel 3, tweede lid, dient tot gedeeltelijke omzetting van de Richtlijn 2005/36/EG van het Europees Parlement en de Raad van 7 september 2005 betreffende de erkenning van beroepskwalificaties."

HOOFDSTUK XII. — *Wijziging van het koninklijk besluit van 30 juli 1975 betreffende de voldoende geachte bekwaamheidsbewijzen in het secundair onderwijs dat verstrekt wordt in de gesubsidieerde vrije inrichtingen voor middelbaar en normaalonderwijs, met inbegrip van het postsecundair psycho-pedagogisch onderwijs*

Artikel 48. In artikel 3 van het koninklijk besluit van 30 juli 1975 betreffende de voldoende geachte bekwaamheidsbewijzen in het secundair onderwijs dat verstrekt wordt in de gesubsidieerde vrije inrichtingen voor middelbaar en normaalonderwijs, met inbegrip van het postsecundair psycho-pedagogisch onderwijs, wordt een § 3 ingevoegd, luidend als volgt :

"§ 3. De in een lidstaat van de Europese Unie uitgereikte studiegetuigschriften worden als voldoende geacht bekwaamheidsbewijzen beschouwd, wanneer ze van een door de Regering uitgereikt conformiteitsattest vergezeld zijn."

Artikel 49. In hoofdstuk I van hetzelfde koninklijk besluit wordt een artikel 1.1 ingevoegd, luidend als volgt :

"Artikel 1.1. Artikel 3, § 3, dient tot gedeeltelijke omzetting van de Richtlijn 2005/36/EG van het Europees Parlement en de Raad van 7 september 2005 betreffende de erkenning van beroepskwalificaties."

HOOFDSTUK XIII. — *Wijziging van het koninklijk besluit van 30 juli 1975 betreffende de voldoende geachte bekwaamheidsbewijzen in het secundair onderwijs dat verstrekt wordt in de gesubsidieerde officiële inrichtingen voor middelbaar en normaalonderwijsmiddelbaar en normaalonderwijs*

Artikel 50. In artikel 3 van het koninklijk besluit van 30 juli 1975 betreffende de voldoende geachte bekwaamheidsbewijzen in het secundair onderwijs dat verstrekt wordt in de gesubsidieerde officiële inrichtingen voor middelbaar en normaalonderwijs, wordt een § 3 ingevoegd, luidend als volgt :

"§ 3. De in een lidstaat van de Europese Unie uitgereikte studiegetuigschriften worden als voldoende geacht bekwaamheidsbewijzen beschouwd, wanneer ze van een door de Regering uitgereikt conformiteitsattest vergezeld zijn."

Artikel 51. In hoofdstuk I van hetzelfde koninklijk besluit wordt een artikel 1.1 ingevoegd, luidend als volgt :

"Artikel 1.1. Artikel 3, § 3, dient tot gedeeltelijke omzetting van de Richtlijn 2005/36/EG van het Europees Parlement en de Raad van 7 september 2005 betreffende de erkenning van beroepskwalificaties."

HOOFDSTUK XIV. — *Wijziging van het koninklijk besluit van 30 juli 1975 betreffende de voldoende geachte bekwaamheidsbewijzen in de gesubsidieerde inrichtingen voor secundair technisch en beroepsonderwijs met volledig leerplan en voor sociale promotie*

Artikel 52. In artikel 3 van het koninklijk besluit van 30 juli 1975 betreffende de voldoende geachte bekwaamheidsbewijzen in de gesubsidieerde inrichtingen voor secundair technisch en beroepsonderwijs met volledig leerplan en voor sociale promotie wordt een § 3 ingevoegd, luidend als volgt :

"§ 3. De in een lidstaat van de Europese Unie uitgereikte studiegetuigschriften worden als voldoende geacht bekwaamheidsbewijzen beschouwd, wanneer ze van een door de Regering uitgereikt conformiteitsattest vergezeld zijn."

Artikel 53. In hoofdstuk I van hetzelfde koninklijk besluit wordt een artikel 1.1 ingevoegd, luidend als volgt :

"Artikel 1.1. Artikel 3, § 3, dient tot gedeeltelijke omzetting van de Richtlijn 2005/36/EG van het Europees Parlement en de Raad van 7 september 2005 betreffende de erkenning van beroepskwalificaties."

HOOFDSTUK XV. — *Wijziging van het koninklijk besluit van 27 juli 1979 tot vaststelling van het statuut van de leden van het technisch personeel van de Rijks-psycho-medisch-sociale centra, van de gespecialiseerde Rijks-psycho-medisch-sociale centra, van de Rijksvormingscentra alsmede van de inspectiediensten belast met het toezicht op de psycho-medisch-sociale centra, de diensten voor studie- en beroepsoriëntering en de gespecialiseerde psycho-medisch-sociale centra*

Artikel 54. In artikel 13, eerste lid, nummer 4, van het koninklijk besluit van 27 juli 1979 tot vaststelling van het statuut van de leden van het technisch personeel van de Rijks-psycho-medisch-sociale centra, van de gespecialiseerde Rijks-psycho-medisch-sociale centra, van de Rijksvormingscentra alsmede van de inspectiediensten belast met het toezicht op de psycho-medisch-sociale centra, de diensten voor studie- en beroepsoriëntering en de gespecialiseerde psycho-medisch-sociale centra, vervangen bij decreet van 26 juni 2006, wordt het punt aan het eind van de zin door een kommapunt vervangen.

In hetzelfde lid, vervangen bij decreet van 26 juni 2006 en gewijzigd bij decreet van 23 juni 2008, wordt een nummer 5 ingevoegd, luidend als volgt :

"5. Hij was gedurende de laatste vijf schooljaren bij de betrokken inrichtende macht in actieve dienst."

Artikel 55. In artikel 17, nummer 2, van hetzelfde koninklijk besluit, vervangen bij decreet van 26 juni 2006, wordt de passus "of bij andere inrichtende machten alsmede de verdere beroepservaring" vervangen door de passus "en/of dienstanciëniteit bij andere inrichtende machten respectievelijk de verdere beroepservaring".

Artikel 56. In artikel 34, nummer 2, van hetzelfde koninklijk besluit, vervangen bij decreet van 26 juni 2006, wordt de passus "of bij andere inrichtende machten alsmede de verdere beroepservaring" vervangen door de passus "en/of dienstanciëniteit bij andere inrichtende machten respectievelijk de verdere beroepservaring".

Artikel 57. In artikel 39, tweede lid, nummer 2, van hetzelfde koninklijk besluit, vervangen bij decreet van 26 juni 2006, wordt de passus "of bij andere inrichtende machten alsmede de verdere beroepservaring" vervangen door de passus "en/of dienstanciëniteit bij andere inrichtende machten respectievelijk de verdere beroepservaring".

HOOFDSTUK XVI. — *Wijziging van het koninklijk besluit van 29 juni 1984 betreffende de organisatie van het secundair onderwijs*

Artikel 58. Artikel 18 van het koninklijk besluit van 29 juni 1984 betreffende de organisatie van het secundair onderwijs, vervangen bij decreet van de Executieve van 22 juni 1989, wordt door de volgende passus vervangen :

"Artikel 18. § 1. Kunnen als regelmatig leerling in het in artikel 4, § 1, nummer 5, en § 2 vermelde zevende studiejaar worden opgenomen :

1. de leerlingen die het zesde studiejaar van het secundair beroepsonderwijs met vrucht beëindigd hebben;

2. de leerlingen die in het bezit zijn van het getuigschrift van lager secundair onderwijs, die de middenstands-leertijd met vrucht volbracht hebben enhouder zijn van het eindeleertijdsgetuigschrift, uitgerekte overeenkomstig artikel 7, § 6, tweede lid, van het decreet van 16 december 1991 betreffende de opleiding en de voortgezette opleiding in de middenstand en de kmo's, respectievelijk van een buiten België behaalde en door de Regering als met het eindeleertijdsgetuigschrift gelijkwaardig verklaarde titel van een middenstandsopleiding.

§ 2. Kunnen als regelmatig leerling in het in artikel 4, § 2, vermelde zevende studiejaar worden opgenomen :

1. de leerlingen die het zesde studiejaar van het secundair beroepsonderwijs met vrucht beëindigd hebben enhouder zijn van het bekwaamheidsbewijs van dit zesde studiejaar;

2. de leerlingen die in het bezit zijn van het getuigschrift van lager secundair onderwijs, die de middenstandsleertijd met vrucht volbracht hebben enhouder zijn van het eindeleertijdsgetuigschrift, uitgereikt overeenkomstig artikel 7, § 6, tweede lid, van het decreet van 16 december 1991 betreffende de opleiding en de voortgezette opleiding in de middenstand en de kmo's, respectievelijk van een buiten België behaalde en door de Regering als met het eindeleertijdsgetuigschrift gelijkwaardig verklaarde titel van een middenstandsopleiding."

Artikel 59. Artikel 25, § 2, nummer 2, van hetzelfde koninklijk besluit, vervangen bij besluit van de Regering van 8 maart 1996 en gewijzigd bij decreet van 5 mei 1999, wordt door de volgende bepaling vervangen :

"2. het in artikel 4, § 1, nummer 2, vermelde zevende studiejaar met vrucht beëindigd hebben, nadat zij het zesde studiejaar van het secundair beroepsonderwijs met vrucht beëindigd hebben,"

In dezelfde paragraaf worden een nummer 3 en een nummer 4 ingevoegd, luidend als volgt :

"3. het in artikel 4, § 2, vermelde zevende studiejaar met vrucht beëindigd hebben, nadat zij het zesde studiejaar van het beroepsonderwijs met vrucht beëindigd hebben enhouder zijn van het bekwaamheidsbewijs van het zesde jaar;"

"4. die het in artikel 4, § 2, vermelde zevende studiejaar met vrucht beëindigd hebben, nadat zij het getuigschrift van lager secundair onderwijs behaald hebben, de middenstandsleertijd met vrucht volbracht hebben enhouder zijn van het eindeleertijdsgetuigschrift, uitgereikt overeenkomstig artikel 7, § 6, tweede lid, van het decreet van 16 december 1991 betreffende de opleiding en de voortgezette opleiding in de middenstand en de kmo's, respectievelijk van een buiten België behaalde en door de Regering als met het eindeleertijdsgetuigschrift gelijkwaardig verklaarde titel van een middenstandsopleiding."

HOOFDSTUK XVII. — *Wijziging van het decreet van 26 juni 1986 betreffende de toekenning van studietoelagen*

Artikel 60. In artikel 13, § 1, van het decreet van 26 juni 1986 betreffende de toekenning van studietoelagen worden de woorden "dertig jaar" vervangen door de woorden "35 jaar".

In § 2 van hetzelfde artikel worden de woorden "dertig jaar" vervangen door de woorden "35 jaar".

Artikel 61. In hoofdstuk II van hetzelfde decreet, aangevuld bij decreet van 3 februari 2003, wordt een artikel 13bis ingevoegd, luidend als volgt :

"Artikel 13bis. Een bijkomende studietoelage kunnen die studenten krijgen die aan een erkend Erasmus-studietijdvak aan een andere hogeschool respectievelijk universiteit dan hun hogeschool respectievelijk universiteit van oorsprong deelnemen, indien het Erasmus-studietijdvak ten minste drie maanden duurt en - afgezien van tegemoetkomingen van de Europese Commissie - niet door een andere openbare instelling gesubsidieerd wordt of kan worden.

De Regering bepaalt het bedrag en de uitbetalingsmodaliteiten van de in het eerste lid vermelde studietoelage."

HOOFDSTUK XVIII. — *Wijziging van het decreet van 16 december 1991 betreffende de opleiding en de voortgezette opleiding in de middenstand en de K.M.O.'s*

Artikel 62. In hoofdstuk II, afdeling I, van het decreet van 16 december 1991 betreffende de opleiding en de voortgezette opleiding in de middenstand en de K.M.O.'s wordt een artikel 6.1 ingevoegd, luidend als volgt :

"Artikel 6.1. De Regering bepaalt rekening houdend met artikel 2 en op advies van het Instituut evenals van de Sociaaleconomische Raad van de Duitstalige Gemeenschap de beroepen waarvoor in het kader van de opleiding tot meester een meesterschapsstage kan worden beëindigd."

De meesterschapsstage wordt niet aangeboden voor beroepen waarvoor reeds een basisopleiding in de vorm van een leertijd in de Duitstalige Gemeenschap bestaat."

Artikel 63. In artikel 7, § 6, van hetzelfde decreet, gewijzigd bij decreet van 14 februari 2000, worden lid 3 en lid 4 ingevoegd, luidend als volgt :

"Aan de houders van een na 1 september 2008 bij toepassing van het tweede lid uitgereikte eindeleertijdsgetuigschrift die in het bezit zijn van een getuigschrift van het lager secundair onderwijs, wordt bovendien het studiegetuigschrift van het zesde jaar van het secundair beroepsonderwijs uitgereikt. Het model hiervan wordt door de Regering bepaald.

De uitreiking van het in het derde lid vermelde studiegetuigschrift van het zesde jaar van het secundair beroepsonderwijs is aan de volgende voorwaarden onderworpen :

1. Het Instituut maakt een controle mogelijk van de centra voor opleiding en voortgezette opleiding in de middenstand en de kmo's door de Pedagogische Inspectie-Begleiding met het oog op het uitoefenen van de controletaken overeenkomstig artikel 4, lid 1 en lid 4, van het decreet van 24 maart 2003 houdende oprichting van de pedagogische inspectie-begeleiding voor het onderwijs in de Duitstalige Gemeenschap en tot vastlegging van de opdrachten ervan;

2. Het Instituut houdt voor de in het kader van de leertijdopleiding georganiseerde algemene cursussen rekening met de in het Gemeenschapsonderwijs toepasbare studieprogramma's en leerplannen van het zesde jaar van het secundair beroepsonderwijs."

Artikel 64. In hoofdstuk II, onderafdeling 2, van hetzelfde besluit wordt een artikel 9.1 ingevoegd, luidend als volgt :

"Artikel 9.1. De meesterschapsstage bereidt overeenkomstig de artikelen 8 en 9 voor op het eindopleidingsexamen. Om een meesterschapsstage te kunnen volgen moet de meesterschapsstagiair kunnen bewijzen, dat hij met vrucht het hoger secundair onderwijs beëindigd heeft.

De Regering legt na advies door het Instituut het volgende vast :

1. de algemene voorwaarden van de meesterschapsstage;
2. de administratieve uitvoering van de meesterschapsstage;
3. de toelatingsvoorwaarden voor de opleidingsondernemingen;
4. de toelatingsvoorwaarden voor de meesterschapsstagiairs;
5. de contractuele voorwaarden;
6. de plichten van de meesterschapsstagiair;
7. de plichten van het ondernemingshoofd;

8. de opzeggingsmodaliteiten."

HOOFDSTUK XIX. — *Wijziging van het decreet van 18 april 1994 tot vaststelling van het bedrag van de werkingstoelagen voor het gesubsidieerd onderwijs*

Artikel 65. Artikel 2bis, tweede lid, van het decreet van 18 april 1994 tot vaststelling van het bedrag van de werkingstoelagen voor het gesubsidieerd onderwijs, ingevoegd bij decreet van 30 juni 2003, wordt door de volgende bepaling vervangen :

"In afwijking van het eerste lid ontvangt een gewone secundaire school die uitsluitend technisch en beroepsonderwijs organiseert, vanaf het jaar 2009 tijdens vijf opeenvolgende jaren jaarlijks een forfaitaire uitrustings-toelage ten belope van 40.000 EUR. De uitbetaling van de toelage is gebonden aan de overlegging van een jaarlijks investeringsplan en aan het indienen van rekeningen. Bij het investeringsplan wordt bovendien een advies van de Pedagogische Raad gevoegd. Het investeringsplan moet voor het begin van het begrotingsjaar en de rekeningen moeten na verstrijken van het begrotingsjaar bij de Regering worden gedeponeerd."

HOOFDSTUK XX. — *Wijziging van het besluit van de Regering van de Duitstalige Gemeenschap van 9 november 1994 betreffende de onderbreking van de beroepsloopbaan in het onderwijs en de psycho-medisch-sociale centra*

Artikel 66. In Artikel 4ter, § 2, eerste lid, van het besluit van de Regering van de Duitstalige Gemeenschap van 9 november 1994 betreffende de onderbreking van de beroepsloopbaan in het onderwijs en de psycho-medisch-sociale centra, ingevoegd bij besluit van de Regering van 30 augustus 2001 en gewijzigd bij decreet van 25 juni 2007, wordt het woord "zes" vervangen door het woord "vier".

HOOFDSTUK XXI. — *Wijziging van het decreet van 31 augustus 1998 betreffende de opdrachten toevertrouwd aan de inrichtende machten en aan het schoolpersoneel en houdende algemene pedagogische en organisatorische bepalingen voor de gewone scholen en de scholen voor onderwijs aan kinderen met specifieke behoeften*

Artikel 67. In artikel 24, derde lid, van het decreet van 31 augustus 1998 betreffende de opdrachten toevertrouwd aan de inrichtende machten en aan het schoolpersoneel en houdende algemene pedagogische en organisatorische bepalingen voor de gewone scholen en de scholen voor onderwijs aan kinderen met specifieke behoeften wordt de volgende passus ingevoegd : "Kinderen die de leeftijd van twaalf jaar nog niet bereikt hebben, hebben recht op kosteloos leerlingenvervoer tot de dichtstbijgelegen school van eigen keuze."

Artikel 68. Artikel 38, § 2, nummer 1, van hetzelfde decreet, vervangen bij decreet van 11 mei 2009, wordt door de volgende bepaling vervangen :

"1. twee medewerkers van de afdeling pedagogie van het Ministerie."

Artikel 69. In artikel 39, § 1, eerste lid, van hetzelfde decreet, vervangen bij decreet van 6 juni 2005, worden de woorden "uiterlijk op de eerste werkdag" vervangen door de woorden "uiterlijk op de tweede werkdag".

Artikel 70. In artikel 45, nummer 4, van hetzelfde decreet wordt een tweedezin ingevoegd, luidend als volgt : "Tegelijk wordt een kopie van dit aangetekend schrijven aan de Pedagogische Inspectie-Begeleiding gericht".

Artikel 71. Hoofdstuk VII van hetzelfde decreet, dat de artikelen 68 tot en met 74 omvat, gewijzigd bij decreet van 16 juni 2008, wordt door de volgende bepaling vervangen :

"HOOFDSTUK VII - EVALUATIE EN BEGELEIDING VAN DE SCHOOL

Afdeling 1 - Interne evaluatie

Artikel 68. Doelstelling en organisatie

De inrichting waaraan de Regering overeenkomstig artikel 70 de externe evaluatie toevertrouwt, zorgt voor de coördinatie van de interne evaluatie.

In de scholen is de Pedagogische Raad voor de organisatie van de interne evaluatie verantwoordelijk.

De interne evaluatie heeft tot doel

1. te onderzoeken of en in hoeverre de schoolstructuren, de methoden en de resultaten van het schoolwerk aan de doeleinden van het schoolproject voldoen;

2. een wetenschappelijke basis voor de toekomstige ontwikkeling van de school te bieden.

De interne evaluatie van de school wordt ten minste om de drie jaar uitgevoerd en kan op specifieke schoolthema's betrekking hebben die door de Pedagogische Raad of door de inrichtende macht worden vastgelegd. De Regering gaat na of deze evaluatie plaatsgevonden heeft.

Artikel 69. Betrokkenheid van leerlingen en ouders

Bij de interne evaluatie wordt het advies van de ouders- en leerlingenafvaardigingen ingewonnen.

Afdeling 2. Externe evaluatie

Artikel 70. Doelstelling en organisatie

§ 1. De Regering wijst een inrichting aan die voor de externe evaluatie van de scholen instaat.

Deze aanwijzing geldt voor tien jaar en is verlengbaar. Indien de Regering tot het besluit komt dat de overeenkomstig het eerste lid aangeduide inrichting niet aan haar opdracht voldoet, kan zij de aanwijzing voortijdig beëindigen.

Met het oog op de uitoefening van deze taak stelt de Regering aan de inrichting voor de duur van de aanwijzing personeels- en financiële middelen ter beschikking.

De externe evaluatie heeft tot doel :

1. te onderzoeken of en in hoeverre de scholen aan de maatschappelijke opdracht vastgelegd in het onderhavige decreet voldoen;

2. aan de Regering, de inrichtende machten en de afdeling onderwijs en opleiding van het Ministerie van de Duitstalige Gemeenschap om de drie jaar op basis van de afzonderlijke verslagen van de geëvalueerde scholen een totaaverslag over de sterke en zwakke punten van de scholen voor te leggen.

§ 2. De door de in § 1, eerste lid vermelde inrichting met de externe evaluatie belaste personeelsleden, hierna externe evaluatoren genoemd, maken op basis van een internationaal erkend kwaliteitskader een verslag op dat aan de Regering, de inrichtende machten en de geëvalueerde school wordt voorgelegd.

§ 3. Indien uit de externe evaluatie blijkt dat de kwaliteit van de opleidingsactiviteiten in een school ontoereikend is, bepalen de externe evaluatoren een tijdsinterval waarbinnen de betrokken school een gedetailleerd plan voorlegt om deze kwalitatieve tekortkomingen weg te werken. In het kader van een in tijd vastgelegde evaluatie achteraf controleren de externe evaluatoren de efficiëntie van deze maatregelen.

Vervolgens stellen de externe evaluatoren een verslag over de resultaten van de evaluatie achteraf op dat aan de Regering, de inrichtende machten en de geëvalueerde school wordt voorgelegd.

Artikel 71. Vertrouwelijkheid

De vertrouwelijkheid van de inzichten en resultaten wordt in acht genomen.

Artikel 72. Periodiciteit

Elke school wordt ten minste een keer per vijf jaar extern geëvalueerd."

Artikel 72. In artikel 75bis van hetzelfde decreet, ingevoegd bij decreet van 16 juni 2006, wordt een zin ingevoegd, luidend als volgt : "Dit betekent dat voor de progressieve en systematische omzetting van de kaderplannen vier schooljaren ter beschikking staan."

HOOFDSTUK XXII. — Wijziging van het decreet van 14 december 1998 houdende vastlegging van het statuut van de gesubsidieerde personeelsleden van het gesubsidieerd vrij onderwijs en van het gesubsidieerd vrij psycho-medisch-sociaal centrum

Artikel 73. In artikel 33, eerste lid, nummer 5, van het decreet van 14 decembre 1998 houdende vastlegging van het statuut van de gesubsidieerde personeelsleden van het gesubsidieerd vrij onderwijs en van het gesubsidieerd vrij psycho-medisch-sociaal centrum, gewijzigd bij decreet van 26 juni 2006 en aangevuld bij decreet van 11 mei 2009, wordt een letter f) ingevoegd, luidend als volgt :

"f) wanneer het om een personeelslid gaat dat het ambt van leraar-mediathecaris bekleedt, moet dit over het bekwaamheidsbewijs voor het beheren van schoolmediatheek beschikken,"

Artikel 74. In artikel 35, § 1, eerste lid, nummer 4, van hetzelfde decreet, vervangen bij decreet van 26 juni 2006, wordt het punt op het eind van de zin door een kommapunt vervangen.

In hetzelfde lid, vervangen bij decreet van 26 juni 2006 en gewijzigd bij decreet van 23 juni 2008, wordt een nummer 5 ingevoegd, luidend als volgt :

"5. Hij was gedurende de laatste vijf schooljaren bij de betrokken inrichtende macht in actieve dienst;"

Artikel 75. In artikel 40, nummer 4, van hetzelfde decreet, aangevuld bij decreet van 21 april 2008, worden na de woorden "de leden van het administratief personeel" de woorden "en de leraar-mediathecaris" ingevoegd.

Artikel 76. In artikel 49, § 1, eerste lid, nummer 5, van hetzelfde decreet, vervangen bij decreet van 26 juni 2006 en aangevuld bij decreet van 11 mei 2009, wordt een letter f) ingevoegd, luidend als volgt :

"f) wanneer het om een personeelslid gaat dat het ambt van leraar-mediathecaris bekleedt, moet dit over het bekwaamheidsbewijs voor het beheren van schoolmediatheek beschikken,"

Artikel 77. In artikel 69.5, § 2, eerste lid, nummer 7, van hetzelfde decreet, ingevoegd bij decreet van 25 juni 2007, worden de woorden "vermelding" en "ontoereikend" vervangen door de woorden "vermelding" en "onvoldoende".

Artikel 78. In artikel 69.6, § 2, van hetzelfde decreet, ingevoegd bij decreet van 25 juni 2007, wordt de passus "artikel 69sexies, § 4" vervangen door de passus "artikel 69.5, § 4".

Artikel 79. In titel IV van hetzelfde decreet wordt een artikel 119.1 ingevoegd, luidend als volgt :

"Artikel 119.1. Artikel 33, eerste lid, nummer 5, letter d), is niet van toepassing op het schooljaar 2010-2011".

HOOFDSTUK XXIII. — Wijziging van het decreet van 26 april 1999 betreffende het gewoon basisonderwijs

Artikel 80. In artikel 20, tweede lid, van het decreet van 26 april 1999 betreffende het gewoon basisonderwijs worden de woorden "lid van het schooltoezicht" telkens vervangen door de woorden "lid van de afdeling pedagogie van het Ministerie".

Artikel 81. In artikel 35 van hetzelfde decreet, vervangen bij decreet van 25 juni 2007, wordt een § 3 ingevoegd, luidend als volgt :

"§ 3. Tellen mee voor het in § 1, eerste lid, en § 2, eerste lid, vermelde minimale aantal leerlingen die leerlingen die sinds ten minste drie maanden hun woonplaats hebben :

1. in de gemeente, waarin de betrokken school zich bevindt, of

2. in een andere gemeente, wanneer er in deze gemeente geen school van eigen keus is overeenkomstig artikel 24 van het decreet van 31 augustus 1998 betreffende de opdrachten toevertrouwd aan de inrichtende machten en aan het schoolpersoneel en houdende algemene pedagogische en organisatorische bepalingen voor de gewone scholen en scholen voor onderwijs aan kinderen met specifieke behoeften, of

3. in een andere gemeente, wanneer er in deze gemeente een school is die echter niet de dichtstbijgelegen school van eigen keus overeenkomstig artikel 24 van hetzelfde decreet van 31 augustus 1998 is."

Artikel 82. Artikel 56, § 2, eerste lid, van hetzelfde decreet, vervangen bij decreet van 23 oktober 2000, wordt door de volgende bepaling vervangen :

"Op aanvraag van de inrichtende macht gebeurt op de laatste schooldag van de maand maart een nieuwe berekening van het betrekkingenpakket in de vestigingsplaatsen die overeenkomstig de artikelen 54 en 55 op de teldag ten minste 26 leerlingen tellen."

Artikel 83. In artikel 57, § 3, vervangen bij decreet van 30 juni 2003, worden de woorden "voltijdse betrekking" vervangen door de woorden "halftijdse betrekking".

HOOFDSTUK XXIV. — Wijziging van het decreet van 17 december 2001 betreffende de scolarisatie van nieuwkomers

Artikel 84. Artikel 2, nummer 1, lid c), van het decreet van 17 december 2001 betreffende de scolarisatie van nieuwkomers wordt door de volgende passus vervangen :

"c) ze zijn ten vroegste sinds 1 februari van het voorafgaande jaar in een school van de Duitstalige Gemeenschap ingeschreven."

HOOFDSTUK XXV. — Wijziging van het decreet van 29 maart 2004 houdende vastlegging van het statuut van de gesubsidieerde personeelsleden van het gesubsidieerd officieel onderwijs en van de gesubsidieerde officiële psycho-medisch-sociale centra

Artikel 85. In artikel 22, eerste lid, nummer 4, van het decreet van 29 maart 2004 houdende vastlegging van het statuut van de gesubsidieerde personeelsleden van het gesubsidieerd officieel onderwijs en van de gesubsidieerde officiële psycho-medisch-sociale centra, vervangen bij decreet van 26 juni 2006, wordt de punt op het eind van de zin door een kommapunt vervangen.

In hetzelfde lid, vervangen bij decreet van 26 juni 2006 en gewijzigd bij decreet van 23 juni 2008, wordt een nummer 5 ingevoegd, luidend als volgt :

"5. Hij was gedurende de laatste vijf schooljaren bij de betrokken inrichtende macht in actieve dienst."

Artikel 86. In artikel 23, eerste lid, nummer 2, van hetzelfde decreet, vervangen bij decreet van 26 juni 2006, wordt de passus "of bij andere inrichtende machten alsmede de verdere beroepservaring" vervangen door de passus "en/of dienstancienniteit bij andere inrichtende machten respectievelijk de verdere beroepservaring".

Artikel 87. In artikel 29, nummer 4, van hetzelfde decreet, aangevuld bij decreet van 21 april 2008, wordt het eerste deel van de zin tot aan de eerste kommapunt door de volgende passus vervangen : "voor de leden van het bestuurs- en onderwijsend, opvoedend hulp-, paramedisch en psychosociaal personeel van de onderwijsinrichtingen uiterlijk op de laatste schooldag van het schooljaar in de loop waarvan de aanstelling gebeurd is, evenals voor de leden van het administratief personeel en voor de leraar-mediathecaris van een onderwijsinrichting en personeelsleden van een PMS-centrum op 31 augustus."

Artikel 88. In artikel 37, eerste lid, nummer 9, van hetzelfde decreet, gewijzigd bij decreet van 26 juni 2006, worden de woorden "voor de in 8° vermelde periode van 240 dagen ten minste" geschrapt.

Artikel 89. In artikel 41bis, eerste lid, nummer 2, van hetzelfde decreet, vervangen bij decreet van 26 juni 2006, wordt de passus "of bij andere inrichtende machten alsmede de verdere beroepservaring" vervangen door de passus "en/of dienstancienniteit bij andere inrichtende machten respectievelijk de verdere beroepservaring".

Artikel 90. In artikel 41bis, tweede lid, nummer 2, van hetzelfde decreet, vervangen bij decreet van 26 juni 2006, wordt de passus "of bij andere inrichtende machten alsmede de verdere beroepservaring" vervangen door de passus "en/of dienstancienniteit bij andere inrichtende machten respectievelijk de verdere beroepservaring".

Artikel 91. In hoofdstuk XIV van hetzelfde decreet wordt een artikel 111ter ingevoegd, luidend als volgt :

"**Artikel 111ter. Overgangsregel**

Artikel 20, § 1, eerste lid, nummer 5, letter *d*), is niet van toepassing op het schooljaar 2010-2011".

**HOOFDSTUK XXVI. — Wijziging van het decreet van 19 april 2004
betreffende de taaloverdracht en het gebruik van de talen in het onderwijs**

Artikel 92. In artikel 12, derde lid, van het decreet van 19 april 2004 betreffende de taaloverdracht en het gebruik van de talen in het onderwijs, gewijzigd bij decreet van 21 april 2008, worden de woorden "respectievelijk leermeesters" vervangen door "leermeesters of geaggregeerden van het lager secundair onderwijs".

HOOFDSTUK XXVII. — Wijziging van het decreet van 27 juni 2005 tot oprichting van een autonome hogeschool

Artikel 93. In artikel 3.18 van het decreet van 27 juni 2005 tot oprichting van een autonome hogeschool worden na het eerste lid twee nieuwe leden ingevoegd, luidend als volgt :

"Naast de in het eerste lid vermelde opleidingsactiviteiten biedt de hogeschool in het kader van de basisopleiding van het studiegebied vormingswetenschappen keuzevakken aan voor de volgende onderwijsgebieden :

1. onderwijs aan leerlingen met specifieke behoeften;
2. Frans als eerste vreemde taal en vakdidactiek;
3. katholiek godsdienstonderwijs en vakdidactiek;
4. niet-confessionele zedenleer en vakdidactiek.

Elke student kan tijdens de basisopleiding een in het tweede lid vermeld keuzevak volgen."

Artikel 94. In artikel 3.21, derde lid, van hetzelfde decreet wordt een tweede zin ingevoegd, luidend als volgt : "De in artikel 3.18, tweede lid, vermelde keuzevakken zijn in dit getal niet inbegrepen."

Hetzelfde artikel wordt met een vierde lid aangevuld, luidend als volgt :

"De hogeschool legt de studieomvang van de in artikel 3.18, tweede lid, vermelde keuzevakken in de vorm van studiepunten vast, waarbij de omvang ten minste aan 10 studiepunten beantwoordt, indien het met vrucht beëindigen van een keuzevak een bijkomende kwalificatie in de vorm van een vaktitel voor de student met zich brengt."

Artikel 95. In artikel 3.22 van hetzelfde decreet wordt het getal "40" vervangen door het getal "10".

Artikel 96. In artikel 3.33 van hetzelfde decreet wordt een § 4 ingevoegd, luidend als volgt :

" § 4. De in § 1 en § 2 vermelde bepalingen gelden eveneens voor de organisatie van de examens over de in artikel 3.18, tweede lid, vermelde keuzevakken."

Artikel 97. In artikel 3.35 van hetzelfde decreet worden na het eerste lid twee nieuwe leden ingevoegd, luidend als volgt :

"De uitreiking van het getuigschrift van de basisopleiding van het studiegebied vormingswetenschappen is niet gebonden aan het met vrucht beëindigen van een van de in artikel 3.18, tweede lid, vermelde en desgevallend gevuldke keuzevakken.

Aan de regelmatige student die met uitzondering van de toegekende examenvrijstelling slaagt voor de examens van het desgevallend gevuldke keuzevak, wordt een studiegetuigschrift uitgereikt. Het studiegetuigschrift kan op een ander tijdstip als het einddiploma van de basisopleiding worden uitgereikt."

Artikel 98. In artikel 5.11 van hetzelfde decreet wordt een tweede lid ingevoegd, luidend als volgt :

"De uitoefening van het ambt van lasthebber voor onderzoek is onverenigbaar met de uitoefening van het ambt van docent."

Artikel 99. In artikel 5.17, eerste lid, nummer 5, van hetzelfde decreet wordt het punt op het eind van de zin door een kommapunt vervangen.

In hetzelfde lid, gewijzigd door de decreten van 26 juni 2006 en 23 juni 2008, wordt een nummer 6 ingevoegd, luidend als volgt :

"6. Hij was gedurende de laatste vijf schooljaren bij de betrokken inrichtende macht in actieve dienst."

Artikel 100. In artikel 5.17bis, eerste lid, nummer 2, van hetzelfde decreet, ingevoegd bij decreet van 26 juni 2006, wordt de passus "of bij andere inrichtende machten alsmede de verdere beroepservaring" vervangen door de passus "en/of dienstancienniteit bij andere inrichtende machten respectievelijk de verdere beroepservaring".

Artikel 101. In artikel 5.33 van hetzelfde decreet wordt een derde lid ingevoegd, luidend als volgt :

"Het tweede lid geldt niet voor personeelsleden die op 1 september 2009 reeds definitief aan de hogeschool benoemd zijn."

Artikel 102. In artikel 5.34bis, eerste lid, nummer 2, van hetzelfde decreet, ingevoegd bij decreet van 26 juni 2006, wordt de passus "of bij andere inrichtende machten alsmede de verdere beroepservaring" vervangen door de passus "en/of dienstancienniteit bij andere inrichtende machten respectievelijk de verdere beroepservaring".

Artikel 103. In artikel 5.75 van hetzelfde decreet wordt het punt op het eind van de zin door een kommapunt vervangen.

In hetzelfde artikel wordt een nummer 12 ingevoegd, luidend als volgt :

"12. Organisatie en uitvoering van maatregelen inzake voortgezette opleiding."

Artikel 100. In artikel 5.79ter, tweede lid, nummer 2, van hetzelfde decreet, ingevoegd bij decreet van 26 juni 2006, wordt de passus "of bij andere inrichtende machten alsmede de verdere beroepservaring" vervangen door de passus "en/of dienstancienniteit bij andere inrichtende machten respectievelijk de verdere beroepservaring".

Artikel 105. In titel V, ondertitel 15, van hetzelfde decreet wordt een artikel 5.81bis ingevoegd, luidend als volgt :

"Artikel 5.81bis. *Erkenning van dienstjaren*

De erkenning van dienstjaren gebeurt voor het onderhoudspersoneel overeenkomstig de in het Gemeenschaps-onderwijs toepasbare bepalingen."

Artikel 106. In artikel 6.3, eerste lid, van hetzelfde decreet wordt de passus "wordt een betrekking als hoofdsecretaris" vervangen door de passus "worden twee betrekkingen als hoofdsecretaris".

Artikel 107. Artikel 6.7, § 1, derde lid, van hetzelfde decreet wordt door de volgende bepaling vervangen :

"Het voor de hogeschool voor het bestuurs- en onderwijszend personeel voorziene lestijdenpakket komt tijdens de schooljaren respectievelijk de academiejaren 2009-2010 tot en met 2012-2013 overeen met het lestijdenpakket dat aan de hogeschool bij toepassing van het eerste lid voor het schooljaar respectievelijk het academiejaar 2008-2009 toegekend werd."

Artikel 108. Artikel 6.8 van hetzelfde decreet wordt door de volgende bepaling vervangen :

"Artikel 6.8. *Bijkomend lestijdenpakket voor onderzoek*

Voor de uitoefening van haar taken op het vlak van het onderzoek ontvangt de hogeschool naast het in artikel 6.7 vermelde lestijdenpakket twee voltijdse betrekkingen.

Dit bijkomend lestijdenpakket wordt aan de personeelsleden met het ambt van lasthebber voor onderzoek toegekend."

Artikel 109. Artikel 6.9, tweede lid, van hetzelfde decreet wordt vervangen door de volgende bepaling :

"Het aantal betrekkingen voor het onderhoudspersoneel komt tijdens de schooljaren respectievelijk academiejaren 2009-2010 tot en met 2012-2013 overeen met het aantal betrekkingen dat aan de hogeschool bij toepassing van het eerste lid voor het schooljaar respectievelijk het academiejaar 2008-2009 toegekend werd."

Artikel 110. In artikel 7.2, § 1, van hetzelfde artikel wordt de laatste zin geschrapt.

Dezelfde paragraaf wordt met een tweede lid aangevuld, luidend als volgt :

"Het bedrag van het aan de hogeschool toegekende werkingsmiddelen komt tijdens de schooljaren respectievelijk academiejaren 2009-2010 tot en met 2012-2013 overeen met het bedrag van de werkingsmiddelen dat aan de hogeschool bij toepassing van het eerste lid voor het schooljaar respectievelijk het academiejaar 2008-2009 toegekend werd."

Artikel 111. In artikel 7.3 van hetzelfde decreet wordt het woord "begrotingsjaar" vervangen door de woorden "academiejaar".

Artikel 112. Artikel 7.4, § 2, eerste lid, van hetzelfde decreet wordt door de volgende bepaling vervangen :

"Gastdocenten worden op basis van honoraria aangesteld. Daartoe legt de hogeschool een voor de honoraria van gastdocenten geldend tarievenstelsel vast."

Het derde lid van dezelfde paragraaf wordt door de volgende bepaling vervangen :

"Het bij toepassing van het tweede lid toegekende bedrag wordt aan het begin van het academiejaar als forfaitair bedrag aan de hogeschool overgemaakt. Het bedrag dat op het eind van het betrokken academiejaar niet werd gebruikt, wordt teruggestort. De inrichtende macht overhandigt daartoe en met het oog op de controle aan de Regering op het eind van dit jaar de bijhorende bewijsstukken."

Artikel 113. § 1. In titel IX van hetzelfde decreet wordt een artikel 9.11bis ingevoegd, luidend als volgt :

"Artikel 9.11bis. *Bekwaamheidsbewijs voor leden van het bestuurs- en onderwijszend personeel*

Artikel 5.15, § 1, eerste lid, nummer 5, letter d), is niet van toepassing op het schooljaar 2010-2011".

§ 2. In dezelfde titel van hetzelfde decreet wordt een artikel 9.11ter ingevoegd, luidend als volgt :

"Artikel 9.11ter. *Beëindigen van keuzevakken*

Artikel 3.18, leden 2 en 3, artikel 3.21, leden 3 en 4, artikel 3.22, artikel 3.33, § 4, en artikel 3.35, leden 2 en 3, zijn niet van toepassing op de studenten die ten minste het tweede studiejaar in de loop van het academiejaar 2008-2009 beëindigd hebben."

HOOFDSTUK XXVIII. — *Wijziging van het decreet van 21 april 2008 houdende valorisatie van het lerarenberoep*

Artikel 114. In artikel 84 van het decreet van 21 april 2008 houdende valorisatie van het lerarenberoep wordt de passus "artikel 26, § 2" vervangen door de passus "artikel 26, § 2, eerste lid".

Artikel 115. Artikel 109 van hetzelfde decreet wordt als volgt gewijzigd :

1. In § 1, eerste lid, worden na de woorden "personeelsleden worden" de woorden "in het betrokken ambt" ingevoegd.

2. In § 1, tweede lid, wordt de passus "op voorwaarde dat deze hun in de schooljaren 2007-2008 of 2008-2009 tijdens ten minste 15 weken werden toegekend" vervangen door de passus "op voorwaarde dat het om hetzelfde ambt respectievelijk dezelfde ambten gaat als dat respectievelijk die welke het personeelslid in de schooljaren 2007-2008 of 2008-2009 telkens gedurende ten minste 15 weken uitgeoefend heeft".

3. In § 2 wordt na de passus "de schooljaren 2007-2008 of 2008-2009" het woord "telkens" ingevoegd.

4. In § 2 wordt na de passus "de weddeschaal 222 genoten, krijgen" de passus "in het ambt respectievelijk de ambten dat respectievelijk die zij in de bovenvermelde periode van 15 weken uitgeoefend hebben" ingevoegd.

5. Er wordt een § 4 ingevoegd, luidend als volgt :

"§ 4. De in artikel 103 vermelde personeelsleden die houder zijn van een bekwaamheidsgedwingschrift voor het ambt van leermeester in de lichamelijke opvoeding in het lager onderwijs dat voor 1 januari 1990 werd uitgereikt overeenkomstig het koninklijk besluit van 5 mei 1958 houdende instelling van een bijzondere examencommissie belast met het uitreiken van het bekwaamheidsgedwingschrift voor het ambt van bijzonder leermeester in de lichamelijke opvoeding aan de lagere scholen, worden bij het diploma niveau II+ ingedeeld."

HOOFDSTUK XXIX. — *Wijziging van het decreet van 23 juni 2008 houdende maatregelen inzake onderwijs*

Artikel 116. In artikel 6, derde lid, van het decreet van 23 juni 2008 houdende maatregelen inzake onderwijs wordt de passus "het bevallingsverlof en het voorbehoedend verlof" vervangen door de passus "het bevallingsverlof, de moederschapsbescherming en het voorbehoedend verlof".

Artikel 117. In artikel 45, tweede lid, van hetzelfde decreet worden de woorden "lid 3" vervangen door de woorden "vierde lid".

Artikel 118. In de titel van hoofdstuk XVII van hetzelfde decreet wordt het woord "maatregelen" vervangen door de woorden "dringende maatregelen".

Artikel 119. In artikel 60 van hetzelfde decreet wordt het woord "maatregelen" vervangen door de woorden "dringende maatregelen".

Artikel 120. In artikel 98, achtste lid, van hetzelfde decreet wordt het getal "56" vervangen door het getal "58".

HOOFDSTUK XXXX. — *Slotbepalingen*

Artikel 121. Opheffingsbepaling

Artikel 4quater, § 2, tweede lid, van het besluit van de Regering van de Duitstalige Gemeenschap van 9 november 1994 betreffende de onderbreking van de beroepsloopbaan in het onderwijs en de psycho-medisch-sociale centra, ingevoegd bij decreet van 25 juni 2007, wordt opgeheven.

Artikel 122. Opheffingsbepaling

Artikel 2.8, § 2, eerste lid, nummer 6, dat de nummers 6.1 tot en met 6.9 omvat, en het tweede lid van het decreet van 27 juni 2005 tot oprichting van een autonome hogeschool worden opgeheven.

Artikel 123. Opheffingsbepaling

Artikel 97 van het decreet van 23 juni 2008 houdende maatregelen inzake onderwijs 2008 wordt opgeheven.

Artikel 124. Inwerkingtreding

Artikel 111 treedt in werking op 1 juli 2005.

De artikelen 77 en 78 treden in werking op 1 mei 2007.

De artikelen 118 en 119 treden in werking op 1 juni 2008.

De artikelen 19, 20, 117 en 120 treden in werking op 1 juli 2008.

De artikelen 18, 60, 61, 66, 67, 114, 116, 121 en 123 treden in werking op 1 september 2008.

De artikelen 65 en 115 treden in werking op 1 januari 2009.

De artikelen 26, 28, 30, 41, 42, 43, 55, 56, 57, 62, 63, 64, 80, 86, 89, 90, 100, 102 en 104 treden in werking op 1 juni 2009.

De artikelen 12 en 13 treden in werking op 1 juli 2009.

De artikelen 21, 23, 31, 32, 35, 44, 58, 59, 70, 71, 72, 79, 81, 82, 83, 84, 88, 91, 92, 93, 94, 95, 96, 97, 98, 101, 103, 105, 106, 107, 108, 109, 110, 112, 113 en 122 treden in werking op 1 september 2009.

De artikelen 68 en 69 treden in werking op 1 oktober 2009.

De artikelen 25, 40, 54, 74, 85 en 99 treden in werking op 1 januari 2010.

De artikelen 14 tot en met 17, 22, 24, 27, 29, 34, 36, 37, 73, 75, 76 en 87 treden in werking op 1 september 2010.

De artikelen 1 tot en met 11, 33, 38, 39, 45 tot en met 53 treden in werking op de dag van de publicatie van het decreet in het *Belgisch Staatsblad*.

Wij kondigen dit decreet af en bevelen dat het door het *Belgisch Staatsblad* bekendgemaakt wordt.

Gedaan te Eupen, 25 mei 2009.

K.-H. LAMBERTZ

Minister-President van de Regering van de Duitstalige Gemeenschap,
Minister van Lokale Besturen

B. GENTGES

Vice-Minister-President van de Regering van de Duitstalige Gemeenschap,
Minister van Vorming en Werkgelegenheid, Sociale Zaken en Toerisme

O. PAASCH

Minister van Onderwijs en Wetenschappelijk Onderzoek

I. WEYKMANS

Minister van Cultuur en Media, Monumentenzorg, Jeugd en Sport

Nota

Zitting 2008-2009 :

Genummerde bescheiden : 150 (2008-2009) Nr. 1. — *Ontwerp van decreet :* 150 (2008-2009), Nr. 2. — *Voorstel tot wijziging :* 150 (2008-2009), Nr. 3. — *Verslag*

Integraal verslag : 25 mei 2009, Nr. 14 (2008-2009) Discussie en aanneming